

Wissenschaftsstadt  
Darmstadt



# Armut in Darmstadt

- Zweiter Bericht -

Beiträge zur Sozialberichterstattung 1999  
Der Magistrat  
Sozial – und Jugenddezernat

## **Armut in Darmstadt Zweiter Bericht**

### **Herausgeber:**

Wissenschaftsstadt Darmstadt  
Der Magistrat  
Sozial- und Jugenddezernat

### **Gesamtverantwortung:**

Dr. Wilma Mohr, Leiterin der Sozialverwaltung

### **Verfasserinnen und Verfasser:**

#### **AG Sozialplanung (Verwaltung)**

Günther Bachmann, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik  
Georg Haumann, Stab für kommunale Gesamtentwicklung  
Arvyd von Kullwitz, Sozialverwaltung, Sozial- und Jugendhilfeplanung  
Sybille Menke-Kasugai, Stadtplanungsamt  
Dr. Wilma Mohr, Sozialverwaltung  
Michael Schäfer, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik  
Andreas Schmidt, Sozialverwaltung, Controlling

#### **AG Armut (Freie Träger)**

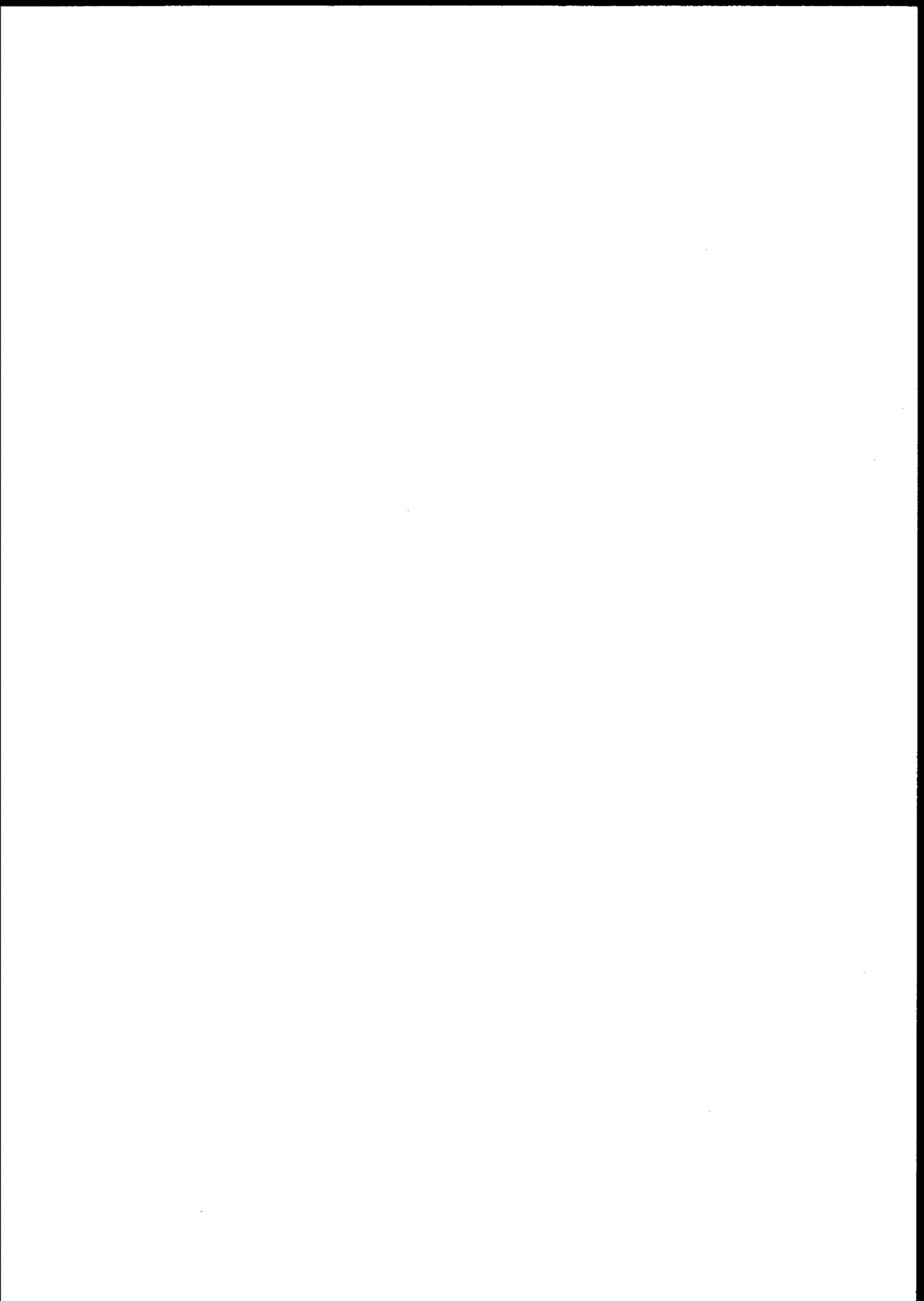
Margit Balß, Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Christel Friedrich, Deutsches Rotes Kreuz  
Maryke Eppendorf-van Rijn, Diakonisches Werk  
Dietmar Lange, scentral  
Burkhard Luckscheiter, Internationaler Bund  
Horst Miltenberger, Caritasverband  
Jürgen Mühlfeld, Diakonisches Werk  
Monika Otte, Verein f. Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen (BAFF)  
Gudrun Schneider, Caritasverband

### **Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Michael Briesenick, Sozialverwaltung  
Alp Otman, Interkulturelles Büro  
Annegret Schmidt, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik  
Thomas Zipf, Städtischer Sozialdienst, Schuldnerberatung

### **Textverarbeitung:**

Barbara Wachtel, Sozialverwaltung



## Vorwort

Nachdem der erste Armutsbericht (Armut in Darmstadt 1995) in der Darmstädter Öffentlichkeit sehr gut angenommen und diskutiert wurde, beschlossen die Stadtverordneten eine Fortschreibung des Berichtes. „Armut in Darmstadt“ fand auch reges überregionales Interesse, so dass im April 1996 eine zweite Auflage gedruckt werden musste.

Die dezernats- und ämterübergreifende AG Sozialplanung war erneut für die Erstellung des Berichtes verantwortlich. Gemeinsam mit der AG Armut, in der dieses Mal noch mehr freie Träger beteiligt waren als beim ersten Armutsbericht, wurde die Analyse der aktuellen Situation vorgenommen. Es sollte auch überprüft werden, was von den Anregungen und Vorschlägen des ersten Armutsberichtes umgesetzt wurde.

Die schlechte Nachricht zuerst: die Anzahl der von Sozialhilfe abhängigen Menschen in Darmstadt hat im Berichtszeitraum (1995 – Ende 1998) absolut und relativ zugenommen. Das lässt sich an der Sozialhilfedichte festmachen: Sie ist von 5,1 % in 1995 auf 6,5 % in 1998 gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von 1223 Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger innerhalb von drei Jahren. Und das, obwohl Darmstadt und sein Umland zu den reichsten Regionen Europas zählen. Es wurde schon im ersten Bericht „Armut in Darmstadt“ darauf hingewiesen, dass es für eine Kommune fast unmöglich ist, gegen globale Tendenzen von Arbeitsplatzverlusten gegenzusteuern.

Dennoch, und das ist die gute Nachricht, hat sich die Stadt Darmstadt zu ihrer sozialen Verantwortung bekannt und – trotz seit Jahren angespannter Haushaltslage – eine Reihe von sozial- und jugendpolitischen Maßnahmen sowie Maßnahmen der Stadtentwicklung, die im ersten Armutsbericht von den Fachleuten empfohlen wurden, ergriffen, um der sozialen „Schieflage“ entgegenzuwirken (vgl. Abschnitt 9).

Auch im zweiten Darmstädter Armutsbericht wurden wieder eine Fülle von Anregungen erarbeitet. Ich wünsche mir:

- dass auch dieser Bericht von der Darmstädter Bevölkerung aufmerksam gelesen wird, vor allem von denjenigen, die über die Ressourcen verfügen, um uns bei der schwierigen Aufgabe, die soziale Situation für die Menschen verbessern helfen zu können,
- dass die Ergebnisse der Sozial- und Armutsberichterstattung auch in den nächsten Jahren für das politische Handeln in unserer Stadt maßgebend sein werden und bleiben.

Dafür will ich mich einsetzen, damit die sozialen Ungleichgewichte nicht größer werden.



Gerd Grünewaldt  
Sozial- und Jugenddezernent

Armut in Darmstadt  
Zweiter Bericht

**Inhaltsverzeichnis**

1.	Einleitung	S. 4
2.	Armut hat viele Gesichter	S. 6
2.1	Armut und Schulden – „Schuldenkarriere“ einer Familie	S. 6
2.2	Armut und alleinerziehende Mütter – Frau K.	S. 7
2.3	Armut und Sucht – Herr B.	S. 7
2.4	Armut und Krankheit – Frau Karla P.	S. 8
2.5	Armut bei psychisch Kranken – Herr X	S. 9
2.6	Armut im Alter – Frau O.	S.10
2.7	Armut und Migration	S.11
3.	Armut und Sozialhilfe	S.14
3.1	Sozialhilfedichte und Kosten	S.14
3.2	Verteilung der HLU nach Alter, Geschlecht und Nationalität	S.17
3.2.1	Alter	S.17
3.2.2	Geschlecht	S.18
3.2.3	Nationalität	S.19
3.3	Struktur der Bedarfsgemeinschaft	S.23
3.3.1	„Alleinerziehende“	S.24
3.4	Ursachen des HLU-Bezuges	S.25
3.5	Beginn des HLU-Bezuges	S.26
3.6	Die räumliche Verteilung der Sozialhilfedichte	S.27
4.	Überschuldung – Ausdruck von Armut	S.30
5.	Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit in Darmstadt	S.35
5.1	Globalisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Südhessen	S.35
5.2	Die langfristige Beschäftigungsentwicklung in Darmstadt	S.36
5.3	Langfristige Trends der Arbeitslosigkeit in Darmstadt	S.37
5.4	Struktur der Arbeitslosigkeit in Darmstadt	S.38
5.5	Arbeitslosigkeit aus beraterischer Sicht	S.40
6.	Beschäftigungsförderung – ein Weg aus der Sozialhilfe	S.42
7.	Wohnen und Armut	S.44
7.1	Bundesweite Trends am Wohnungsmarkt	S.44
7.2	Entwicklung auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt	S.45
7.3	Sozialer Wohnungsbau	S.47
7.4	Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf	S.49
7.5	Wohnungssuchende	S.50
7.6	Obdachlosigkeit	S.51
7.7	Wohngeld	S.53

8.	Gesundheit und Armut	S.56
8.1	Sucht	S.56
8.2	Psychisch Kranke	S.57
8.3	Pflegebedürftigkeit	S.58
8.4	Die Förderung der Selbsthilfe	S.60
9.	Zusammenfassung und fachpolitische Stellungnahme	S.62
9.1	Kurzfassung der Ergebnisse und der Maßnahmen zur sozialen Sicherung	S.62
9.2	Fachpolitische Stellungnahme und Empfehlung	S.65
9.2.1	Sozialpolitische Konsequenzen auf kommunaler Ebene	S.65
9.2.2	Konsequenzen für die Sozialberichterstattung	S.67
	Literaturverzeichnis	S.69
	Verzeichnis der Tabellen und Grafiken	S.70

## 1. Einleitung

Armut in Darmstadt (2) ist eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des ersten Armutsberichtes. Er wurde – damit die Vergleichbarkeit gegeben ist – weitgehend genauso aufgebaut wie der erste. Soweit Zeitreihen vorlagen, haben wir sie verwendet. Für die statistischen Daten wurde der Stichtag 31.12.1998 zugrundegelegt, die aktuellsten zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts. Bei den sozialpolitischen Maßnahmen wurden die Ergebnisse des Jahres 1999 mit einbezogen. Es wurde darauf verzichtet, den aktuellen Stand der Armutsberichterstattung zu referieren, weil sich daraus für Darmstadt keine neuen Aspekte ergaben.

Die wichtigste Veränderung gegenüber 1995 besteht darin, dass wir nunmehr einen Armutsbericht vorlegen können, der nicht nur mit **mehr** freien Trägern der Sozial- und Jugendhilfe erarbeitet wurde, sondern dass es dieses Mal gelungen ist, eine von freien Trägern und Verwaltung gemeinsam getragene Fassung vorzulegen.

Da die **Fallberichte** des ersten Armutsberichtes von vielen als besonders wichtig und eindrucksvoll empfunden wurden, haben wir uns entschieden, auch hier eine Fortschreibung vorzunehmen. Für die Leserinnen und Leser, denen der erste Bericht nicht zur Verfügung steht, haben wir die Fallberichte gekürzt noch einmal dargestellt. Grenzen und Möglichkeiten der Sozialarbeit werden darin ersichtlich.

Deutlicher als im ersten Armutsbericht zeigte sich die besondere Betroffenheit von Armut bei Migrantinnen und Migranten. Die Problemlage ist jedoch so vielschichtig, dass sie in diesem Bericht unmöglich umfassend erörtert werden konnte. Zudem lag das Thema „quer“ zum methodischen Ansatz der Fortschreibung. Wir haben daher einen Kompromiss gesucht und das Thema folgendermaßen aufgegriffen:

- Dokumentation von drei Lebensgeschichten von Migrantinnen und Migranten, die aus ehemaligen Anwerbeländern kamen, nur vorübergehend in Deutschland arbeiten wollten und gleichwohl blieben (Abschnitt 2.7).
- Exkurs zu „Armutsrisiko Migration“ (im Abschnitt 3.2.4). Exkurs deshalb, weil sich das Kapitel ansonsten lediglich auf Sozialhilfeempfänger bezieht.
- Besonderer Abschnitt in der fachpolitischen Stellungnahme.

Im ersten Armutsbericht musste an vielen Stellen auf methodisch-statistische Probleme hingewiesen werden. Wir können nunmehr festhalten, dass es noch immer viele unge löste Probleme gibt, dass es aber im Bereich der Sozialhilfestatistik gelungen ist,

- die Validität der Daten im allgemeinen zu verbessern
- die „Bedarfsgemeinschaften“ in der Sozialhilfe weiter auszudifferenzieren und damit genauere Informationen über die soziale Struktur zu erhalten
- durch die Teilnahme am Städtevergleichsring Hessen und Saarbrücken verbesserte Vergleichsmöglichkeiten zu haben<sup>1</sup>

In den einzelnen Kapiteln des Berichts wurde nicht nur die Entwicklung fortgeschrieben sondern auch auf die bereits erfolgten **Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut** hingewiesen. Dieses gilt ganz besonders für das Kapitel: Beschäftigungsförderung als Weg aus der Sozialhilfe.

<sup>1</sup> Es würde zu weit führen, die Ergebnisse des Städtevergleichs rings hier ausführlich zu präsentieren, wir haben uns daher im wesentlichen auf den Vergleich der Sozialhilfedichte beschränkt. Genauere Informationen über die Ergebnisse des Städtevergleichs rings finden sich auf den Internet-Seiten der Wissenschaftsstadt Darmstadt unter der Adresse [www.darmstadt.de/darmstadtneu/info/index.html](http://www.darmstadt.de/darmstadtneu/info/index.html) bzw. auf den WWW-Seiten unter „DA-Info“ und „Politik, Soziales, Behörden“.

Insofern könnte der Bericht auch „Armut in Darmstadt und Sozialpolitik zu ihrer Bekämpfung“ heißen. Da nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit die Hauptursache für die Abhängigkeit von Sozialhilfe ist, hat das Kapitel **Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit** in diesem Bericht einen breiteren Raum eingenommen als im ersten Armutsbericht. Ein besonderer Abschnitt ist der **Überschuldung** gewidmet, es wurde bereits im ersten Armutsbericht auf die sich zuspitzende Problematik hingewiesen, neue Statistiken wurden hierzu ausgewertet.

Den Begriff der **sozialen Brennpunkte** haben wir in diesem Bericht nicht mehr verwendet, weil er nicht mehr der Realität entspricht, die wir heute vorfinden. Der Abschnitt „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ befasst sich mit all den Stadtteilen/Stadtvierteln, in denen verstärkt soziale Problemlagen vorhanden sind.

Im Abschnitt Zusammenfassung findet sich eine Kurzfassung der Ergebnisse, in der fachpolitischen Stellungnahme die Perspektiven für die weitere Arbeit.

## 2. Armut hat viele Gesichter

Unter dieser Überschrift wurden im ersten Bericht – Armut in Darmstadt – Fallbeispiele vorgestellt, um die vielfältigen Auswirkungen von Armut anhand konkreter Einzelschicksale auch den Leserinnen und Lesern nahe zu bringen, die nicht täglich mit der Materie befasst sind. Die damals gewählten Fallbeispiele sind, soweit ihr weiterer Verlauf hier bekannt ist, in Kurzform beschrieben, die neueste Entwicklung jeweils in Kursivschrift angefügt.

Um deren Fortgang zu dokumentieren, werden in diesem Kapitel die damals gewählten Beispiele erneut herangezogen, soweit sie noch aktuell sind oder deren weiterer Verlauf hier bekannt ist.

Die Fallbeispiele werden nochmals in Kurzform zusammengefasst, die neueste Entwicklung ist jeweils in Kursivschrift hinzugefügt.

Die Fortschreibung der Beispiele zur Obdachlosigkeit unterblieb, da sie im ersten Bericht Armut in Darmstadt bereits anonyme Interviews der Fachberatungsstelle (Teestube Konkret) des Diakonischen Werkes wiedergegeben hatten und somit nicht weiter verfolgt werden konnten.

Neu hinzu kam ein Beispiel aus dem Umfeld der Migrantinnen und Migranten. Zu diesem Thema sind Daten und Fakten in Kapitel 3.2.3 dargestellt.

### 2.1 Armut und Schulden – „Schuldenkarriere“ einer Familie

Peter und Gabi, 21 und 18 Jahre alt, heirateten, als Gabi schwanger wurde. Eine gemeinsame Wohnung wurde angemietet, für Kautions, Einrichtung und ein gebrauchtes Auto ein Kredit von über 35.000 DM aufgenommen. Die monatliche Ratenbelastung von 689 DM und die Miete plus Nebenkosten von 950 DM bestritt man von Peters Gehalt (2.500 DM netto). Mit dem Rest konnte man gerade so leben, wobei das Girokonto immer bis zum Limit überzogen war.

Zwei Jahre später kam das zweite Kind. Da das Geld noch weniger reichte, bestellte man dringend benötigte Kleidung und ein Kinderbett bei Versandhäusern. Als Peter einen Verkehrsunfall verschuldete, mussten 3.000 DM für die Reparatur aufgebracht werden. Die Bank hatte den Kredit bereits zweimal aufgestockt und war zu keinem weiteren Entgegenkommen bereit. Über ein Zeitungsinserat nahm man bei einer Schweizer Bank 5.000 DM auf, um das Auto reparieren zu können (Peter brauchte es, um zur Arbeit zu kommen) und um zwei rückständige Monatsmieten zu zahlen. Die monatliche Belastung für die Kredite und die Versandhausbestellungen war auf 1.175 DM gestiegen. Diese Summe konnte nicht mehr gezahlt werden und erste Lohnpfändungen gingen beim Arbeitgeber ein.

1995, 8 Jahre später, hatten Peter und Gabi drei Kinder und Schulden in Höhe von 64.000 DM. Alleine die Verzugszinsen betrugen monatlich 606 DM. Peter arbeitete zwar nach wie vor, die Familie war jedoch auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

*Die familiäre Situation ist unverändert. Peter hat mittlerweile eine neue Arbeit gefunden. Die Familie bezieht aber noch immer ergänzende Sozialhilfe. Mit den Gläubigern wurde vereinbart, dass diese auf Vollstreckungsmaßnahmen verzichten und im Gegenzug von der Schuldnerberatung einmal jährlich über den Sachstand in Kenntnis gesetzt werden.*

*Die Beantragung eines Verfahrens im Rahmen der Insolvenzordnung (InsO) scheitert z. Zt. noch an der nicht geklärten Frage, ob Prozesskostenhilfe gewährt wird oder nicht.*

Quelle: Städtischer Sozialdienst, Schuldnerberatung

## 2.2 Armut und alleinerziehende Mütter – Frau K.

Mit 19 Jahren machte Frau K. ihr Abitur und absolvierte danach ein soziales Jahr in einem Altersheim. Anschließend arbeitete sie dort als ungelernte Kraft.

Mit 23 Jahren begann Frau K. ihr Architekturstudium. Sie lernte ihren späteren Partner kennen und wurde mit 24 Jahren schwanger.

Während sie bislang ihren Lebensunterhalt durch Jobs selbst bestritten hatte, war dies mit der Schwangerschaft nicht mehr möglich. Mit ihrem Partner gab es schon vor der Geburt ihres Kindes massive Probleme, das Paar trennte sich.

Da Frau K. völlig mittellos war, stellte sie einen Antrag auf Sozialhilfe, der jedoch abgelehnt wurde, da sie eigentlich einen Anspruch auf Bafög hatte. Bafög bekam Frau K. jedoch nicht, da ihre Eltern im Sinn der Bafögbestimmungen unterhaltsverpflichtet waren. Um weiterstudieren zu können, hätte Frau K. ihre Eltern auf Unterhalt verklagen müssen. Da dies für sie nicht in Frage kam, exmatrikulierte sie sich und war somit in der Lage, Sozialhilfe beziehen zu können.

Nachdem Frau K. ein Jahr lang Sozialhilfe bezogen hatte, fand eine Annäherung zu dem Vater ihres Kindes statt und die Beziehung wurde wieder aufgenommen. Während dieser Zeit war der Lebensunterhalt über den Partner sichergestellt und Frau K. immatrikulierte sich erneut. Das zweite Kind wurde geboren. In der Beziehung kam es erneut zu Spannungen, mit dem Resultat, dass der Vater ihrer zwei Kinder auszog. Wieder stand der Weg zum Sozialamt an, wieder musste sich Frau K. exmatrikulieren, um überhaupt Sozialhilfe beziehen zu können.

Inzwischen war Frau K. 31 Jahre alt und alleinerziehende Mutter einer 4jährigen Tochter und eines 7jährigen Sohnes. Der Sohn besuchte die Schule und ging anschließend in einen Hort. Nachdem Frau K. keinen Kindergartenplatz für ihre Tochter bekommen hatte, meldete sie sie in einer privaten Kindergruppe an, um nun arbeiten gehen zu können. Die hierfür anfallenden Kosten von 250 DM wurden vom Jugendamt jedoch nicht übernommen.

An Sozialhilfe erhielt Frau K. monatlich für ihre Tochter 287 DM plus 50 DM Kleidergeld. Für ihren Sohn erhielt sie 339 DM plus 50 DM Kleidergeld.

*Durch Vermittlung des Städtischen Sozialdienstes konnte Frau K. 1996 im Rahmen des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ halbtags in der Sozialverwaltung beschäftigt werden. Parallel dazu hat sie ihr Studium fortgesetzt und 1997 erfolgreich abgeschlossen. Seit Ende 1997 steht sie in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis und ist unabhängig von Sozialhilfe.*

Quelle: Städtischer Sozialdienst

## 2.3 Armut und Sucht – Herr B.

1995 war Herr B. 52 Jahre alt, alkoholabhängig, ohne Arbeit. In früher Kindheit war sein Vater verstorben, großgezogen wurde er vorwiegend von den Großeltern, da die Mutter berufstätig war. Nachdem die Mutter wieder geheiratet hatte, gelang es ihm nicht, eine Beziehung zum Stiefvater und den Stiefgeschwistern aufzubauen, so dass er sich in der Kindheit immer schon isoliert erlebt hat. Er hatte sich immer besonders angestrengt, wollte immer besonders gut sein, um darüber Anerkennung zu bekommen. Er entwickelte ein starkes Kontrollbedürfnis anderer, um selbst besser zu sein. Dadurch überforderte er sich ständig selbst. Seine Mutter starb, als er 13 Jahre alt war. Nach abgeschlossener Lehre wurde er Zeitsoldat. Er heiratete, aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.

Nach der Bundeswehrzeit baute er ein eigenes Haus, mehrere Versuche, sich selbständig zu machen, missglückten. Während der Ehe begann er, Alkohol zur Stressbewältigung einzusetzen. Dies steigerte sich bis hin zur Abhängigkeit. Die Ehe scheiterte, das Haus musste verkauft und die berufliche Existenz aufgrund der Abhängigkeit aufgegeben werden. Zurück blieb ein hoher Schuldenberg. Er verfiel in Resignation. Kurze Zeit arbeitete er im Angestelltenverhältnis.

Es gelang ihm, über eine zunächst stationäre und später ambulante Therapie, ohne Alkohol zu leben, dennoch lebte er im Grunde genommen allein und isoliert, sein Einkommen bestand aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Aufgrund der hohen Schulden sah er für sich wenige Perspektiven. Resignation in Bezug auf berufliches und soziales Weiterkommen standen im Vordergrund.

*Die Lebenskrise des Herrn B., wie sie sich noch zum Zeitpunkt des ersten Berichtes dargestellt hat, konnte kontinuierlich aufgearbeitet werden. Eine zusätzliche Stabilisierung erfolgte als Herr B. beim Kreuzbund an einer Selbsthilfegruppe für Alkoholabhängige teilnahm. Herr B. verblieb in der Gruppe ca. 2 Jahre. Auch der gescheiterte Versuch, Herrn B. mit seiner Familie zusammenzuführen, hielten ihn nicht ab, weiterhin einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen, die er inzwischen aufgenommen hatte.*

*Zuletzt stand Herr B. in Arbeit, war von Sozialhilfe unabhängig und ist auch im Zusammenhang mit Alkohol nicht mehr in Erscheinung getreten. Seit ca. 1 ½ Jahren hat Herr B. die Dienste der Suchtberatungsstelle nicht mehr in Anspruch genommen.*

Quelle: Caritas, Suchtberatungsstelle

#### **2.4 Armut und Krankheit – Karla P.**

Zum Zeitpunkt des ersten Armutsberichtes war Karla P. 37 Jahre alt. Fünf Jahre vorher war sie an einem bösartigen Gehirntumor erkrankt. Karla P. lebte gemeinsam mit einer Freundin in einer Wohngemeinschaft. Ihren Beruf als Sozialarbeiterin, den sie zehn Jahre ausgeübt hatte, musste Karla P. aufgrund ihrer Krankheit 1992 aufgeben. Als Folgen ihres Gehirntumors waren massive Einschränkungen ihrer Bewegungsfähigkeit, sowie ein Anfallsleiden zurückgeblieben. Mitte 1993 wurde sie von ihrer Krankenkasse ausgesteuert. Bis zur Gewährung der von ihr beantragten Leistungen der Rentenversicherung lebte Karla P. von Arbeitslosenhilfe. Seit 01.01.1994 erhielt sie Erwerbsunfähigkeitsrente, welche deutlich unter ihrem früheren Erwerbseinkommen lag. Sie bemühte sich, über ihre Anerkennung als Schwerbehinderte durch das Versorgungsamt, sowie über Anträge bei Krankenkasse und Sozialamt Leistungen zu erhalten, die ihre Pflege sicherstellten, ihrer Gesundheit förderlich waren und die ihr eine Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben weitgehend ermöglichte und insbesondere ihre Lebensgrundlage sicherte.

Karla P. hatte es geschafft, durch eigene Initiative ihr Leben so zu gestalten, dass sie so weit wie möglich ihre Gesundheit pflegen und erhalten und einem Fortschreiten der Erkrankung vorbeugen konnte. Dies verlangte ihr einen hohen persönlichen Einsatz ab und bedeutete für sie massive finanzielle Belastungen. Um Depression und Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, machte sie eine Psychotherapie, die nicht von der Krankenkasse übernommen wurde. Diese Kosten musste sie von ihrer Rente aufbringen. Darüber hinaus sah sie sich nach alternativen Heilmöglichkeiten um und fand eine ihre Erkrankung unterstützende Diät, die ebenfalls sehr teuer war. Karla P. knüpfte an diese Ernährungsform große Hoffnungen und sah darin eine entscheidende Hilfe zur Verhinderung eines weiteren Voranschreitens der Krankheit. So war sie auch in dieser Hinsicht gezwungen, sich weiterhin einzuschränken und die erforderlichen Kosten von ihrer Rente aufzubringen.

Karla P. konnte zunächst auf Ersparnisse zurückgreifen, die damals jedoch weitgehend aufgebraucht wurden. Wie sie mit ihren finanziellen Mitteln weiterhin das für ihre Gesundheit Erforderliche tun konnte, blieb damals ungewiss.

Was für Karla P. in ihrer Situation besonders belastend war:

- Die Erkrankung von Karla P. führte zu Isolation und sozialer Verarmung.
- Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben war zum einen krankheitsbedingt, zum anderen auch aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen nur sehr eingeschränkt möglich.
- Alternative Heilmöglichkeiten wurden von den Kostenträgern nur teilweise übernommen.
- Karla P.'s Situation stellte einen Grenzfall zwischen Krankheit und Behinderung dar. Dies hatte eine klare Zuständigkeitsregelung erschwert und für Karla P. zu einer aufreibenden Auseinandersetzung mit verschiedenen Behörden geführt.
- Karla P. berichtete, dass sie häufig die Erfahrung gemacht hatte, dass ihr ein autonomes Leben als alleinstehende Frau nach Ausbruch der Krankheit nicht mehr zugestanden wurde. So wurde ihr mehrfach von unterschiedlichen Stellen der Vorschlag unterbereitet, doch wieder zu ihren Eltern zurückzuziehen.

*Karla P. ist am 17.06.1997 an den Folgen ihrer Erkrankung gestorben.*

*Etwa ein Jahr vor ihrem Tod hatte Karla P. den Wunsch, in eine behindertengerechte Wohnung zu ziehen, da sie aufgrund ihrer Erkrankung immer mehr in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt war und das selbständige Wohnen in ihrer Wohnung im dritten Stock erschwert wurde. Karla P.'s Wunsch auf Umzug in diese Wohnung konnte nicht mehr erfüllt werden.*

Quelle: Städtischer Sozialdienst

## **2.5 Armut bei psychisch Kranken – Herr X**

1995 war Herr X 35 Jahre alt, in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Er war verheiratet, wurde geschieden. Aus der Ehe hatte Herr X zwei Kinder, die bei der Mutter lebten. Ein weiteres Kind hatte Herr X mit seiner ehemaligen Lebensgefährtin. Viele Abbrüche von Arbeitsverhältnissen. 1965 erkrankte Herr X an einer schizophrenen Psychose. Zunächst ambulante Behandlung. Danach Reha-Maßnahme. Weitere kurze Klinikaufenthalte.

Herr X hatte Schulden in Höhe von DM 25.000,-, dazu wäre Herr X theoretisch unterhaltspflichtig gewesen. Da Herr X aufgrund seiner psychischen Erkrankung nicht erwerbstätig sein konnte, bezog er zunächst Krankengeld, Arbeitslosengeld, dann Sozialhilfe. Die von Herrn X beantragte Erwerbsunfähigkeitsrente wurde abgelehnt. Wegen Differenzen über Zuständigkeiten zwischen den Ämtern und Krankenkassen machte Herr X weitere Schulden. Die Ableistung eines Offenbarungseides wurde gefordert. Kurzzeitig wurde Herr X obdachlos, fand dann jedoch ein Zimmer. Verschiedene Berufswünsche von Herrn X wurden vom Arbeitsamt als nicht förderungsfähig abgelehnt. Bei anderen Arbeitsversuchen (z.B. Krankenpflege) kam es wiederum zu Abbrüchen, weil Herr X sich psychisch überfordert fühlte.

Herr X war nicht in der Lage, seine Ausgaben zu überblicken oder eine Schuldenregulierung anzustreben.

Es war geplant, Herrn X über eine Reha-Maßnahme, die inzwischen bewilligt worden war, wieder ins Erwerbsleben zu integrieren.

*Herr X hat die Reha-Maßnahme angetreten und auch erfolgreich beendet. Seine Arbeitsfähigkeit war danach insoweit hergestellt, als Herr X, mit Unterbrechungen, in verschiedenen Aus-  
helfstätigkeiten beschäftigt war.*

*Schon während dieser Zeit ließ der Kontakt zur Beratungsstelle immer mehr nach, seit über  
einem Jahr ist Herr X nicht erschienen.*

*Das Selbstverständnis der Beratungsstelle beruht, wie bei anderen Beratungsstellen auch, auf  
dem Prinzip der Freiwilligkeit. Der „Fall“ Herr X gilt daher als abgeschlossen. Über sein weite-  
res Schicksal ist nichts bekannt.*

Quelle: Caritas, Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle

## **2.6 Armut im Alter – Frau O.**

Frau O. war damals knapp 70 Jahre alt. Mit 12 Jahren aus wohlhabenden oberschlesischen Verhältnissen nach Darmstadt vertrieben, lernte Frau O. nach dem Pflichtjahr Verkäuferin.

1949 heiratete sie ihren von schlimmen Kriegsverletzungen und langer Gefangenschaft körperlich wie seelisch schwer gezeichneten Verlobten. Aus der Ehe gingen bis 1960 insgesamt sieben Kinder hervor. Ihr Mann, ein ehemaliger Lehrer, brachte weder die Kraft auf, sich eine neue Existenz zu schaffen, noch seine schweren Kriegsfolgen anerkennen zu lassen und Rente- oder Versorgungsleistungen durchzusetzen. Die Familie lebte praktisch durchgängig von Sozialhilfeleistungen.

Mit 48 Jahren starb der Mann, zuletzt jahrelang von seiner Frau versorgt und gepflegt. Frau O. erhielt keinerlei Rente aus den Ansprüchen ihres verstorbenen Mannes und hielt es auch für aussichtslos dafür zu kämpfen. Sie bezog schließlich lediglich eine Rente für die Zeit der Kindererziehung in Höhe von 395 DM monatlich, im übrigen zahlte ihr das Sozialamt neben der Miete noch ca. 250 DM zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Davon zahlte sie monatlich 65 DM für Strom und ca. 50 DM für Telefongebühren.

Frau O. hatte sich an ihre Armut gewöhnt und war trotzdem ein tatkräftiger, fröhlicher Mensch geblieben, Mittelpunkt ihrer großen Familie und beliebt in der Nachbarschaft und im Stadtteil.

Ungeachtet dessen haben Armut, besonders aber die von ihr empfundene Schande, in Abhängigkeit von staatlichen „Almosen“ leben zu müssen, bei ihr tiefe Spuren hinterlassen.

*Frau O. ist inzwischen 73 Jahre alt geworden. Seit der Darstellung ihres Falles im ersten Darmstädter Armutsbericht hat sich aus ihrer Sicht, ihre Situation positiv verändert. Sie ist vor etwa 1 ½ Jahren aus dem Darmstädter Stadtteil, in dem sie Jahrzehnte lang gewohnt hat, aufs Land gezogen. Sie wohnt jetzt bei ihrer Tochter und deren Ehemann in einem kleinen Einfamilienhaus mit großem Garten in einer Landkreisgemeinde, ca. 15 km von Darmstadt entfernt. Obwohl dadurch die Zuständigkeit der Sozialverwaltung der Stadt Darmstadt nicht mehr gegeben ist, hält sie noch immer losen Kontakt. Durch den Umzug zur Tochter hat sich ihr gewohntes Lebensumfeld gravierend verändert. Sie berichtet, dass sie anfängliche Probleme damit gehabt habe, sich in der dörflichen Umgebung zurecht zu finden. Die Sitten und Gebräuche sowie der Umgang der Menschen miteinander sei doch völlig anders, als in der Großstadt, in mancher Hinsicht schwieriger. Durch die Nähe zu ihren Kindern, eine zweite Tochter wohnt im selben Ort, die schöne Wohnsituation, den großen Garten und das Gefühl, hier auch im Alter sicher aufgehoben und versorgt zu sein, ist ihr jedoch diese Veränderung wertvoll gewesen. Für ihre eigene abgeschlossene Wohnung im ersten Stock des Hauses zahlt sie eine entsprechende Miete sowie die Nebenkosten. Da sich im Übrigen ihre Einkommenssituation nur unwesentlich verändert hat, ist sie weiterhin auf Sozialhilfeleistungen angewiesen.*

*Die Tatsache, weiterhin nicht gesetzlich krankenversichert zu sein, sondern mit einem entsprechend gekennzeichneten Sozialamtskrankenschein beim Arzt oder im Krankenhaus aufzufallen, ärgert sie weiterhin sehr.*

*Sie empfindet dies als diskriminierend und vermeidet daher Arztbesuche soweit möglich. Viele Medikamente habe sie aus eigener Tasche bezahlt bzw. sich von ihren Kindern schenken lassen. Fahrten aus dem Dorf, z. B. nach Darmstadt, zu ihren anderen Kindern sind noch schwieriger geworden, da die Fahrtkosten höher sind. Sie versucht deshalb, verschiedene Besuche miteinander zu verbinden und bleibt bei dieser Gelegenheit manchmal auch über Nacht bei einem ihrer Kinder in Darmstadt, um dadurch Kosten zu sparen.*

*Frau O. berichtet über interessante und erfreuliche Auswirkungen, die die Darstellung ihres Falles im Armutsbericht 95 gehabt habe. Aufgrund der damaligen Darstellung hatte seinerzeit ein Journalist des Hessischen Rundfunks mit ihr Kontakt aufgenommen und ausführlich über ihren Fall berichtet. Infolge dieser Berichterstattung hatten sich, vermittelt durch den Journalisten, mehrere Personen gemeldet, die mit Frau O. Kontakt aufnehmen wollten.*

*Zu einer sehr netten und offenbar sehr gut situierten Dame steht sie bis heute in engem, freundschaftlichen Kontakt. Diese holt sie in regelmäßigen Abständen mit ihrem Auto zum Kaffeetrinken oder zum Frühstück ab. Auch zu dem Journalisten besteht weiterhin Kontakt.*

*Insgesamt ist Frau O. mit sich und ihrem Leben zufrieden. An die Tatsache, dass sie in einem reichen Land und einer reichen Umgebung als armer Mensch am Rande des Existenzminimums leben muss, wird sie sich jedoch nie ganz gewöhnen und sie wird sich damit auch nie ganz abfinden können..*

Quelle: Städtischer Sozialdienst

## **2.7 Armut und Migration**

Frau F. reiste mit ihrem dreijährigen Sohn im Sommer 1974 aus der Türkei nach Darmstadt zu ihrem hier arbeitenden Ehemann.

Der Sohn ist körperlich behindert und bedurfte der ständigen Pflege der Mutter. Ihr Mann arbeitete als Hilfsarbeiter. Aus für die Frau unerfindlichen Gründen ließ der Mann sie und den Sohn zwei Jahre später bei einem Türkei-besuch allein zurück und nahm ihre Reisepässe mit nach Deutschland.

Monatelang bemühte sich Frau F. um neue Pässe. Als sie unerwartet in Darmstadt in der Wohnung ihres Mannes auftaucht, will dieser sie nicht mehr aufnehmen. Der Druck des Freundeskreises und einiger Verwandter zwingt ihn jedoch zur Aufnahme. Die Beziehung entwickelt sich sehr konflikthaft. 1978 verlässt Herr F. seine Frau, nimmt den Sohn mit und kündigt die Wohnung. Sein Kalkül ist, dass seine Frau als Wohnsitzlose die Aufenthaltserlaubnis verlieren werde und gezwungen sei, aus finanziellen und ausländerrechtlichen Gründen das Land zu verlassen.

Nur durch die tatkräftige Hilfe von Freunden findet sie eine Wohnung und zunächst nur Gelegenheitsarbeiten. Erst 1981 erhält sie eine Festanstellung als Reinigungskraft in der Hotelbranche. Erst jetzt, da sie selbst für sich sorgen kann, lernt sie lesen und schreiben. Sie macht auch den Führerschein.

Im Mai 1999 ist sie aus gesundheitlichen Gründen mit Vollendung des 60. Lebensjahres gezwungen, in Rente zu gehen. Sie erhält eine Bruttorente von 516,85 DM. Nach Abzug von 6,85 % Krankenkassenbeitrag und 0,85 % Beitrag für die Pflegeversicherung bleibt ihr eine Nettorente von rund DM 477,-. Die Rente deckt nicht einmal die Miete.

Obwohl Frau F. etwa 18 Jahre lang ohne Unterstützung für sich sorgen konnte und Beiträge zahlte, ist sie nun auf Wohngeld und ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Ferner muss sie Anträge auf Befreiung von Zuzahlungen auf Arzneimittel, von GEZ und Sachleistungen stellen. Diese Sachleistungen erhält sie, nachdem ihre Wohnung besichtigt worden ist. Frau F. bedarf der ständigen ärztlichen Behandlung. Ohne Begleitung kann sie sich kaum bewegen. Die Gefahr der Vereinsamung ist groß.

Der jetzt 58jährige türkische Staatsbürger M. machte sich mit 26 Jahren aus seiner kleinen, ländlichen Heimatstadt auf den Weg ins Ungewisse. Er hatte die 5jährige Grundschule in der Türkei absolviert, jedoch keinen Beruf erlernt. Er ließ eine Frau und 3 Kinder zurück. Er hatte sich von der Auswanderung finanzielle Unabhängigkeit erhofft.

Von 1968 – 1971 lebte er alleine in Darmstadt und arbeitete in wechselnden Berufen, zunächst als Maler, später als Fließband- und als Lagerarbeiter. 1971 kam seine Frau R. mit den 7, 6 und 3 Jahre alten Kindern nach Darmstadt. Ein Jahr später wurde der 7jährige Sohn wieder in die Türkei geschickt, um dort die Grundschule zu besuchen. Herr M. hatte damals kein Vertrauen in die deutsche Schule. Es kamen weitere zwei Kinder zur Welt. Frau R. kehrte mit den Kindern für ein Jahr in die Türkei zurück, um 1976 wieder nach Deutschland zu kommen. Mit der Geburt eines weiteren Kindes umfasste die Familie nun 8 Personen. Die Familie lebte nun kontinuierlich in Deutschland.

Herr M. war Alleinverdiener. Er verdiente damals zwischen 1200 und 1300 DM, zu wenig, um neben der Unterstützung der Mutter für eine Rückkehr in die Türkei zu investieren. 1981 wird Herr M. arbeitslos. Nach vierjähriger Arbeitslosigkeit findet er 1985 erneut Arbeit, die er bis 1992 behalten sollte. Er verdient mittlerweile zwischen 1900 und 2200 DM, doch sind auch die Lebenshaltungskosten gestiegen. Seine Frau verdient als Reinigungskraft etwa 300 DM hinzu.

Seit 1992 ist Herr M. nun arbeitslos. Er bezieht Arbeitslosenhilfe und ergänzende Wohngeld. Aufgrund seines Alters und seines gesundheitlichen Zustands hat er kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Er ist von seiner Frau geschieden. Zu seinen Kindern hat er kaum Kontakt. Aus gesundheitlichen Gründen stellte er 1997 einen Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente, der jedoch abgelehnt wurde. Im kommenden Jahr will er erneut einen Antrag stellen. Seine Rente wird wegen der geringen Beitragsjahre unter dem Sozialhilfeniveau liegen.

Der Alltag von Herrn M. ist von Einsamkeit geprägt. Die wenigen Kontakt zu Deutschen, die er während seiner Berufstätigkeit hatte, sind mit der Arbeitslosigkeit eingeschlafen. Auch das türkische Café kann er aus Geldnot immer weniger aufsuchen. Herr M. zieht sich immer mehr zurück. In den vergangenen 31 Jahren war nur selten in der Türkei. So verlor er die Kontakte zu Freunden und Verwandten in der Türkei. Das psychische Empfinden von Herrn M. ist geprägt vom Fremdsein in Deutschland, von dem Dilemma, sozial, finanziell und politisch nicht „integriert“ zu sein, und von der immer geringer werdenden Chance auf eine Rückkehr in die Türkei.

Herr K. aus Griechenland ist Arbeitsmigrant und lebt seit 1965 in der Bundesrepublik Deutschland. Zehn Jahre nach seiner Einreise kamen seine Frau und seine zwei erwachsenen Söhne. Seine Frau war nicht berufstätig, weil sie sehr oft kränkelte. Nach 15 Arbeitsjahren erkrankte Herr K. so sehr, dass er seine Arbeit nicht weiterführen konnte. Er bat seine Firma, ihm eine leichtere Arbeit zu geben. Vertreter der Firma behaupteten, dass sie für ihn keine leichtere Arbeit hätten. Da er der deutschen Sprache nicht mächtig und nicht in der Lage war, seine Rechte auch gerichtlich geltend zu machen, kündigte er. Nach kurzer Arbeitslosigkeit ging er in Rente.

Seine Rente war, da er nur 15 Arbeitsjahre bei nicht sehr hohem Lohn nachweisen konnte, niedrig: sie betrug etwa 500,- DM. Seine Frau erhielt deshalb eine Unterstützung von 150,- DM. Vor sechs Jahren erkrankte seine Frau schwer und wurde pflegebedürftig. Er pflegte seine Frau bis zu ihrem Tod im Jahr 1996. Seit dem lebt er alleine von einer Rente in Höhe von 750,- DM.

Er bekommt ergänzende Sozialhilfe und Kleidergeld. Seine Söhne, verheiratet, können ihn nicht unterstützen. Der eine Sohn ist arbeitslos. Die Familie lebt von dem Einkommen der Ehefrau. Der andere Sohn ist Alleinverdiener. Herr K. berichtet, dass er früher, als seine finanzielle Lage besser war, sich mit Landsleuten im Kaffeehaus getroffen habe, dass sie gemeinsam kleine Ausflüge in die Umgebung gemacht hätten. Das könne er sich jetzt nicht mehr leisten.

Er berichtet, dass er – wegen der Fahrtkosten, die ihm nicht vom Sozialamt erstattet werden – oftmals auch die Beratung bei einem Wohlfahrtsverband nicht aufsuchen kann. Auch ein Rheumamedikament, das nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden kann, kann er sich nicht kaufen. Er spielt mit dem Gedanken, das Telefon abzumelden, weil es ihm schwer fällt, die Gebühren zu bezahlen. Es ist unübersehbar, dass seine Armut seine Isolation sehr verstärkt. Er sitzt zumeist zu Hause und sieht fern.  
Quellen: Caritas, Migrationsdienst

### 3. Armut und Sozialhilfe

Im Zusammenhang mit Sozialhilfe wird die Armutsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland kontrovers geführt.

Das Meinungsspektrum reicht von der Gleichsetzung der Sozialhilfe mit Armut bis zu der gegenteiligen Auffassung, wonach Armut durch die Leistungen der Sozialhilfe wirkungsvoll bekämpft wird. Nach dieser Definition ist **nicht arm**, wer Sozialhilfe bezieht; der Sozialhilfebezug stellt die bekämpfte Armut dar.

Der erste Bericht Armut in Darmstadt hat sich ausführlich mit dem Armutsbegriff auseinandergesetzt, so dass nicht erneut darauf eingegangen werden soll.

Gleichwohl sind die Verfasserinnen und Verfasser des Berichtes der Auffassung, dass letztlich dahingestellt bleiben kann, inwieweit Sozialhilfebedürftigkeit mit Armut gleichzusetzen ist. In Darmstadt, wie auch bundesweit, sind die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen gestiegen. Dadurch wurden nicht nur die kommunalen Haushalte belastet, sondern es hat sich auch der Anteil der von Sozialhilfe Abhängigen erhöht.

Es ist Aufgabe der Sozialhilfe „die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“<sup>2</sup>. Im Umkehrschluss bedeutet Sozialhilfebedürftigkeit demnach den gesetzlich definierten und administrativ anerkannten Mangel der Betroffenen an ökonomischen und soziokulturellen Ressourcen. Neben den finanziellen Belastungen der kommunalen Haushalte ist besonders dies von handlungsrelevanter Bedeutung für kommunale Sozialpolitik und damit auch für die Sozialberichterstattung.

Je nach Art der Notlage unterscheidet die Sozialhilfe zwei Haupthilfearten.

Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Bekleidung, Hausrat etc. aus eigener Kraft nicht decken können, haben Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). In außergewöhnlichen Krisensituationen, z. B. gesundheitlichen Beeinträchtigungen, wird Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt (HBL).

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhielten 1995 in Darmstadt ca. 77 % der Betroffenen, 16,3 % erhielten sowohl HLU als auch HBL. 6,8 % der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe erhielten ausschließlich Hilfe in besonderen Lebenslagen<sup>3</sup>.

Am 31.12.1998 bezogen ca. 80 % HLU, ca. 18 % sowohl HLU als auch HBL und nur noch ca. 2 % ausschließlich HBL<sup>4</sup>.

Die Dominanz der Leistungsart HLU außerhalb von Einrichtungen ist bundesweit zu beobachten. Sie hat dazu geführt, dass unter Expertinnen und Experten die HLU außerhalb von Einrichtungen als „Sozialhilfe im engeren Sinne“ bezeichnet wird. Deshalb werden in diesem Kapitel nur die Daten über HLU außerhalb von Einrichtungen verwandt.

Die Personen, die ausschließlich Hilfe in besonderen Lebenslagen erhielten, blieben für die weitergehenden Untersuchungen und Aussagen unberücksichtigt, ebenso wie sozialhilfebedürftige Personen in Einrichtungen.

#### 3.1 Sozialhilfedichte und Kosten

Um Vergleiche zu anderen Städten herstellen zu können aber auch um regionale Unterschiede zu erkennen, wird die sogenannte Sozialhilfedichte ermittelt.

<sup>2</sup> § 1 Abs. 2, Bundessozialhilfegesetz (BSHG)

<sup>3</sup> Armut in Darmstadt, Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/1995, S. 29, Magistrat der Stadt Darmstadt, Sozialdezernat

<sup>4</sup> Quelle: Auswertung aus PROSOZ

Sie drückt das Verhältnis aus von Bezieherinnen und Beziehern von HLU außerhalb von Einrichtungen zu 100 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Am 31.12.1998 bezogen 8.783 Personen in Darmstadt HLU außerhalb von Einrichtungen. Dies entspricht einer **Sozialhilfedichte von 6,5 %**.

Tabelle 1

<b>Sozialhilfedichte in Darmstadt 1992 bis 1998</b>			
Stichtag	Einwohner/innen <sup>1)</sup>	Empf. von Sozialhilfe außerhalb von Einricht. <sup>2)</sup>	Sozialhilfedichte Empf. auf 100 Einw.
30.06.1992	138.800	3.718	2,7
30.06.1993	138.708	4.511	3,3
30.06.1994	137.052	5.516	4,0
30.06.1995	136.764	6.478	4,7
31.12.1995	136.708	6.924	5,1
31.12.1996	136.085	7.096	5,2
31.12.1997	135.642	7.560	5,6
31.12.1998	135.315	8.783	6,5

1) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen. 2) Auswertung aus PROSOZ.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Der Anstieg der Sozialhilfedichte innerhalb von 3 ½ Jahren um 1,8 Prozentpunkte bedeutet eine Zunahme um ca. 36 %.

Zusammen mit dem Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik beteiligt sich die Sozialverwaltung an einer interkommunalen Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Daten aus der Sozialhilfe so aufzuarbeiten, dass ein interkommunaler Vergleich möglich wird. Aus diesen Datenbeständen<sup>5</sup> ergab sich, bezüglich der Sozialhilfedichte in den beteiligten Städten:

Tabelle 2

<b>Sozialhilfedichte in ausgesuchten Städten zum 31.12.1998</b>			
Stadt	Einwohner/innen 31.12.1998	Empf. von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen	Sozialhilfedichte Sozialhilfeempf. auf 100 Einw.
Darmstadt	135.315	8.783	6,5
Kassel	193.740	21.263	11,0
Marburg	77.424	4.180	5,4
Offenbach	116.453	10.497	9,0
Saarbrücken	185.891	17.425	9,4

Quelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik; Interkommunaler Städtevergleich 1998

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

<sup>5</sup> Interkommunaler Städtevergleich, die HLU im Vergleich 1998, Kassel

Der Anstieg der Sozialhilfedichte schlägt sich auch in den Ausgaben nieder. Die folgende Tabelle/Grafik vergleicht die Ausgaben für HLU mit den Ausgaben des gesamten Verwaltungshaushaltes.

Tabelle 3, Grafik 1

Entwicklung verschiedener Ausgabearten der Stadt Darmstadt in 1000 DM				
Jahr	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes insgesamt		Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt	
	absolut	1980=100	absolut	1980=100
1980	363.375,2	100,0	10.548,7	100,0
1981	362.022,1	99,6	12.127,8	115,0
1982	378.333,2	104,1	11.576,5	109,7
1983	386.702,2	106,4	11.451,5	108,6
1984	410.099,3	112,9	12.778,5	121,1
1985	469.242,5	129,1	15.742,9	149,2
1986	486.783,8	134,0	18.273,8	173,2
1987	485.262,3	133,5	19.068,2	180,8
1988	495.822,5	136,4	18.353,6	174,0
1989	540.551,1	148,8	18.601,9	176,3
1990	531.740,5	146,3	20.413,8	193,5
1991	559.218,1	153,9	23.460,3	222,4
1992	619.424,6	170,5	25.308,7	239,9
1993	652.755,6	179,6	33.480,6	317,4
1994	690.320,1	190,0	33.241,6	315,1
1995	675.005,7	185,8	36.600,8	347,0
1996	664.482,6	182,9	39.042,5	370,1
1997	683.380,0	188,1	45.520,1	431,5
1998	695.280,0	191,3	50.446,6	478,2

Quelle: Haushaltspläne der Stadt Darmstadt, Angaben der Sozialverwaltung

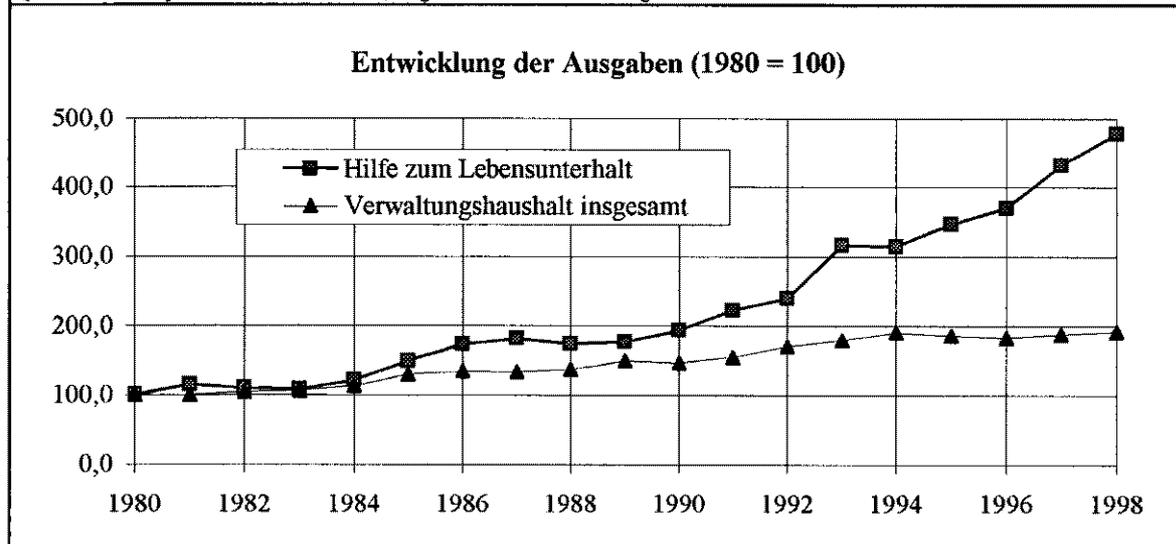


Tabelle u. Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

1980 betragen die Ausgaben im Verwaltungshaushalt noch ca. 363.375.000,- DM, 1998 dagegen schon 695.320.000,- DM. Damit haben sich die Ausgaben im Verwaltungshaushalt seit 1980 fast verdoppelt. Der Anstieg beruht dabei weniger auf einer Erhöhung der Ausgaben, vielmehr ist hierfür die Inflation verantwortlich. (Inflationsrate ca. 60 % seit 1980).

Im gleichen Zeitraum stiegen die HLU-Ausgaben von ca. 10.548.000,- DM in 1980 auf ca. 50.446.000,- DM in 1998.

**Seit 1980 haben sich die Ausgaben für HLU somit fast verfünffacht.** Diese Steigerung hat ihre Ursache in einer Zunahme der Fallzahlen, nicht jedoch in einer Steigerung der Leistungen bei den Einzelfällen.

Der Anteil am Verwaltungshaushalt beträgt nunmehr ca. 7,3 % nach noch knapp 3 % in 1980.

### 3.2 Verteilung der HLU nach Alter, Geschlecht und Nationalität

#### 3.2.1 Alter

Ein wesentliches Merkmal der Differenzierung der am HLU-Bezug gemessenen Armut ist das Alter. Bereits im ersten Darmstädter Armutsbericht 1995 konnte belegt werden, dass immer mehr Minderjährige auf HLU angewiesen waren, zuletzt jede, jeder Neunte<sup>6</sup>. Ihr Anteil an der Gesamtpopulation der Bezieherinnen und Bezieher von HLU betrug ca. 37,4 %. Damit stellten die Minderjährigen die stärkste Betroffenenengruppe, gefolgt von den 18- bis unter 40-Jährigen mit ca. 33,5 %.

Zum Stichtag 1998 hat sich an diesen Verhältnissen kaum etwas geändert.

- ca. 35,9 % (3.152 von 8.783) sind Minderjährige
- ca. 35,1 % (3.082 von 8.783) gehören der Altersklasse 18 bis unter 40 Jahre an
- ca. 6,8 % (595 von 8.783) sind 65 Jahre und älter.

Die Bedeutung der Altersstruktur der Bezieherinnen und Bezieher von HLU außerhalb von Einrichtungen ergibt sich jedoch erst bei einer Analyse der altersspezifischen Sozialhilfedichte:

Tabelle 4, Grafik 2

Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Altersgruppen zum 31.12.1998				
Altersgruppe	Einwohner/innen <sup>1)</sup>	Empf. von Sozialhilfe außerhalb von Einr. <sup>2)</sup>	Sozialhilfedichte	
			31.12.1998	30.06.1995
0 bis unter 7 Jahre	8.655	1.434	16,6	13,2
7 bis unter 14 Jahre	8.451	1.131	13,4	10,7
14 bis unter 18 Jahre	4.948	587	11,9	7,9
18 bis unter 40 Jahre	46.546	3.082	6,6	4,5
40 bis unter 65 Jahre	43.121	1.954	4,5	3,1
65 Jahre und älter	23.594	595	2,5	2,4
insgesamt	135.315	8.783	6,5	4,8

1) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen. 2) Auswertung aus PROSOZ.

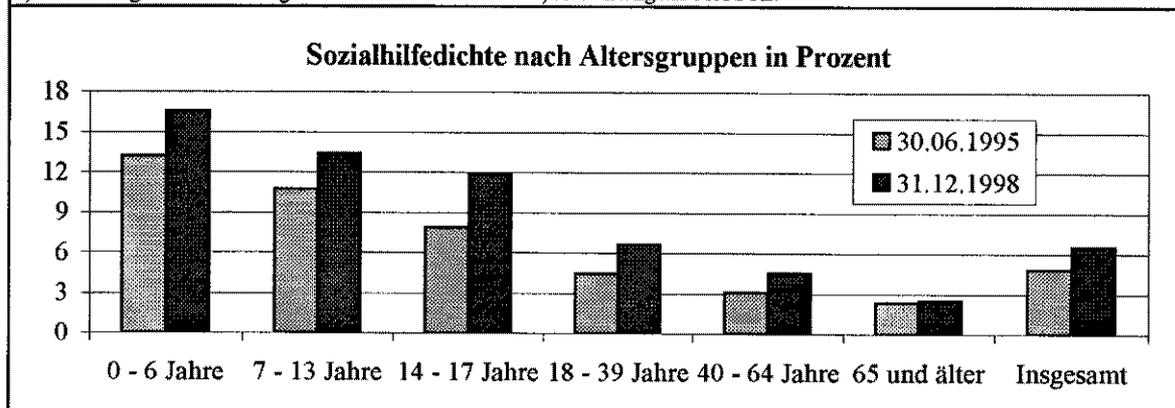


Tabelle und Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

<sup>6</sup> Armut in Darmstadt, 1/1995, a.a.O., S. 33

Für die HLU-Bezieherinnen und -Bezieher gilt grundsätzlich, dass die älteren Geburtenjahrgänge der Darmstädter Wohnbevölkerung eine geringere Sozialhilfedichte aufweisen als die jüngeren. Die vergleichsweise geringe Sozialhilfedichte bei den über 65-Jährigen von 2,5 % darf jedoch nicht zu dem Schluss führen, dass die „Altersarmut“ in Darmstadt überwunden ist. Dieser Personenkreis bezieht erfahrungsgemäß häufiger Sozialleistungen **innerhalb** von Einrichtungen.

Die Sozialhilfedichte ist im Vergleich zu 1995 in allen Altersgruppen gestiegen, weist jedoch bei den Kindern und Jugendlichen die höchsten Steigerungsraten auf. Mit 14,3 % verfügen die Minderjährigen in Darmstadt über die höchste Sozialhilfedichte (3152 von 22.054). **Dies bedeutet, dass zum Stichtag 1998 jede, jeder siebte Minderjährige HLU bezogen hat.**

Unter den Minderjährigen war die Altersklasse 0 bis unter 7 Jahre mit einer Sozialhilfedichte von 16,6 % am häufigsten betroffen. Jedes sechste Kind unter sieben Jahren bezog HLU. Da diese in Familien leben, drückt sich in diesen Zahlen die besondere Belastung von Familien aus.<sup>7</sup>

### 3.2.2 Geschlecht

Der Frauenanteil an der Darmstädter Bevölkerung Ende 1998 betrug 51,8 %. Innerhalb der HLU lag der Frauenanteil bei 54,7 % nach noch 56,6 % in 1995. Insgesamt nähert sich die geschlechtsspezifische Verteilung bei der HLU der Verteilung bei der Wohnbevölkerung weiter an. Dabei fällt die Frauenquote bei den Deutschen mit ca. 56 % höher aus als der Frauenanteil bei den ausländischen Bezieherinnen und Beziehern von HLU (ca. 51,7 %). Der Darmstädter Frauenanteil entspricht mit 54,7 % den Frauenanteilen der am interkommunalen Vergleich beteiligten Städte.<sup>8</sup>

Tabelle 5

Einwohner/innen und Empf. von Sozialhilfe in Darmstadt nach Geschlecht zum 31.12.1998				
Geschlecht	Einwohner/innen <sup>1)</sup>		Empfänger/innen von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen <sup>2)</sup>	
	absolut	in %	absolut	in %
männlich	65.280	48,2	3.981	45,3
weiblich	70.035	51,8	4.802	54,7
insgesamt	135.315	100,0	8.783	100,0

1) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen. 2) Auswertung aus PROSOZ.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Wenngleich für die Wissenschaftsstadt Darmstadt über die Entwicklung des Frauenanteils bei den Empfängerinnen und Empfängern von HLU keine Zeitreihen vorliegen, deutet einiges darauf hin, dass das Merkmal Geschlecht alleine betrachtet bei der Entstehung von Sozialhilfebedürftigkeit nicht mehr die dominierende Rolle einnimmt wie noch in den siebziger Jahren<sup>9</sup>.

Erst das Zusammenwirken verschiedener Faktoren trifft in ihrer Summe die Geschlechter unterschiedlich häufig, das Armutsrisiko bei Frauen ist ein anderes als bei Männern (vgl. hierzu auch Kapitel Überschuldung).

<sup>7</sup> Zu den Folgen von Armut für Kinder und Jugendliche, vgl. Beitrag Dr. Mohr, in Dokumentation der Armutskonferenz der Hessischen Landesregierung vom 27.11.1998.

<sup>8</sup> Interkommunaler Städtevergleich, Bandbreite Frauenquote, 54,6 % - 56 %.

<sup>9</sup> vgl. Hermann-Hessel, Andrea u.a. (1994); Frauenarmut – kein Problem mehr in den neunziger Jahren? in: Armut am Main, (Hg.) Bartelheimer u.a., S. 84 ff.

### 3.2.3 Nationalität

1998 betrug der Ausländeranteil an der Darmstädter Bevölkerung 15,2 % (20.493 von 135.315). Mit **32,6 % (2.861 von 8.783)** war der Ausländeranteil bei den Bezieherinnen und Beziehern von HLU mehr als doppelt so hoch.

Signifikante Unterschiede zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung ergeben sich bei der Sozialhilfedichte. Einer Sozialhilfedichte von ca. 14 % bei den Ausländerinnen und Ausländern<sup>10</sup> steht eine Sozialhilfedichte von ca. 5,2 % bei der deutschen Bevölkerung gegenüber<sup>11</sup>. Dabei ist zu beachten, dass die Sozialhilfedichte bei den Ausländern innerhalb der einzelnen Nationalitäten stark differiert, von 8,7 % bei den Italienern bis 87,7 % bei den Afghanen.

Tabelle 6, Grafik 3

Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Nationalitäten zum 31.12.1998					
Nationalität	Empfänger/innen von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen <sup>1)</sup>			Einwohner/innen 31.12.1998 <sup>2)</sup>	Sozialhilfedichte je Nationalität
	männlich	weiblich	zusammen		
deutsch	2.600	3.322	5.922	114.822	5,2
türkisch	439	478	917	5.145	17,8
italienisch	108	110	218	2.494	8,7
marokkanisch	112	97	209	987	21,2
afghanisch	108	99	207	236	87,7
iranisch	100	96	196	859	22,8
jugoslawisch	62	78	140	927	15,1
russisch	45	66	111	199	55,8
irakisch	59	46	105	162	64,8
sonstige	348	410	758	9.484	8,0
insgesamt	3.981	4.802	8.783	135.315	6,5
dar. Ausländer/innen	1.381	1.480	2.861	20.493	14,0

1) Auswertung aus PROSOZ. 2) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

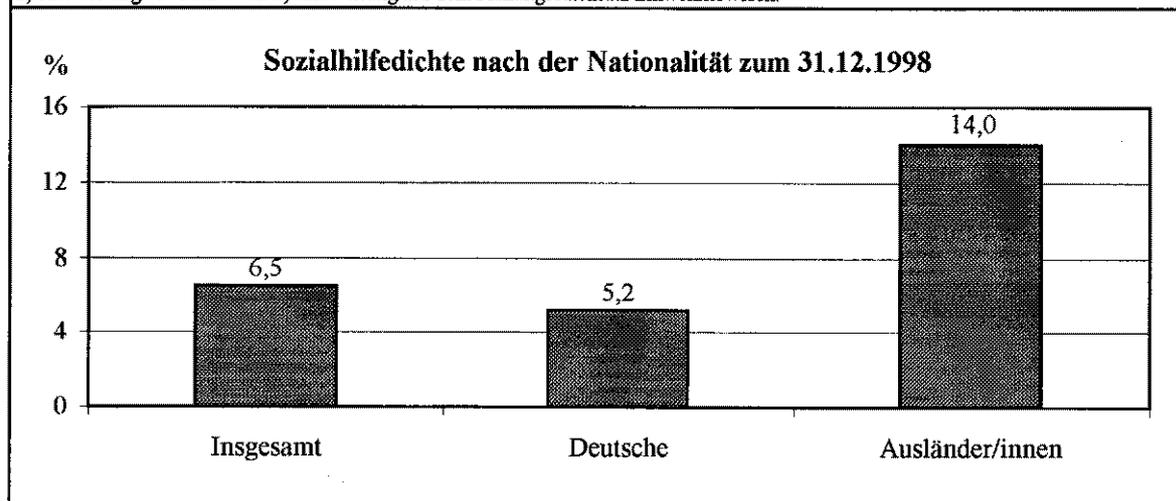


Tabelle u. Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

<sup>10</sup> Ohne Asylbewerberinnen und -bewerber

<sup>11</sup> Bei der deutschen Bevölkerung mitgerechnet sind die sogenannten Spätaussiedler. Differenzierungen zu diesem Personenkreis sind nicht möglich, da sie von den Meldebehörden als „deutsch“ erfasst werden.

Die insgesamt höhere Sozialhilfedichte bei der ausländischen Bevölkerung ist ein erster Hinweis auf ein erhöhtes Armutsrisiko. Er findet seine Entsprechung auch bei der Arbeitslosenquote, die bei den Ausländerinnen und Ausländern beinahe doppelt so hoch ist wie bei der deutschen Bevölkerung (vgl. Kap. 5.4).

Im ethnischen Vergleich der Sozialhilfedichte nach Altersklassen ergeben sich weitere Unterschiede.

Tabelle 7

Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Altersgruppen und Nationalität zum 31.12.1998						
Altersgruppe	Deutsche			Ausländer/innen		
	Soz. Empf. <sup>1)</sup>	Einw. <sup>2)</sup>	Dichte	Soz. Empf. <sup>1)</sup>	Einw. <sup>2)</sup>	Dichte
0 bis unter 7 Jahre	979	6.909	14,2	455	1.746	26,1
7 bis unter 14 Jahre	748	6.932	10,8	383	1.519	25,2
14 bis unter 18 Jahre	353	4.018	8,8	234	930	25,2
18 bis unter 40 Jahre	2.029	36.508	5,6	1.053	10.038	10,5
40 bis unter 65 Jahre	1.386	37.642	3,7	568	5.479	10,4
65 Jahre und älter	427	22.813	1,9	168	781	21,5
insgesamt	5.922	114.822	5,2	2.861	20.493	14,0

1) Auswertung aus PROSOZ. 2) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Die Sozialhilfedichte bei den minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern beträgt 25,6 % (1.072 von 4.195) gegenüber 11,6 % (2.080 von 17.859) bei den Deutschen. D. h., **jede, jeder vierte minderjährige Ausländer/in war auf HLU angewiesen**. Dabei ist die Dichte innerhalb aller Altersklassen der minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer fast gleich. Bei den deutschen Minderjährigen liegt der Schwerpunkt auf Kindern unter sieben Jahren.

Auffällig ist die Sozialhilfedichte bei den über 65-Jährigen Ausländerinnen und Ausländern. Sie beträgt 21,5 % und bedeutet, dass jede, jeder fünfte Ausländer/in über 65 Jahre zum Stichtag 31.12.1998 in Darmstadt HLU erhielt.

Die im Vergleich zu den Deutschen um mehr als das Doppelte höhere Sozialhilfedichte bei den Ausländerinnen und Ausländern verteilt sich unterschiedlich auf die Geschlechter.

Tabelle 8

Sozialhilfedichte der Ausländer/innen nach Altersgruppen und Geschlecht zum 31.12.1998						
Altersgruppe	Ausl. Soz. Empf. <sup>1)</sup>		Ausl. Einw. <sup>2)</sup>		Soz. Dichte Ausl.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
0 bis unter 7 Jahre	234	221	876	870	26,7	25,4
7 bis unter 14 Jahre	207	176	778	741	26,6	23,8
14 bis unter 18 Jahre	102	132	486	444	21,0	29,7
18 bis unter 40 Jahre	489	564	5.574	4.464	8,8	12,6
40 bis unter 65 Jahre	270	298	2.972	2.507	9,1	11,9
65 Jahre und älter	79	89	416	365	19,0	24,4
insgesamt	1.381	1.480	11.102	9.391	12,4	15,8

1) Auswertung aus PROSOZ. 2) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Bei den 18 bis 65 Jahre alten Ausländerinnen beträgt die Sozialhilfedichte 12,4 % (862 von 6.971), bei den Ausländern entsprechenden Alters 8,9 % (759 von 8.546). Insgesamt ist die Sozialhilfedichte bei den erwachsenen ausländischen Frauen um 3,6 Prozentpunkte (13 % zu 9,4 %) oder 38 % höher als bei den ausländischen Männern. Das höhere Sozialhilferisiko ausländischer Frauen wird noch durch den Umstand verdeutlicht, dass der Frauenanteil an der erwachsenen ausländischen Gesamtbevölkerung in Darmstadt 45 % beträgt (7.336 von 16.298).

Im Zusammenhang mit dem Merkmal Nationalität kann für Darmstadt aufgrund der Datenlage die Aussage getroffen werden, dass Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere die Frauen, einem höheren Risiko unterliegen, wenn es um HLU-bezogene Armut geht.

### **EXKURS: Armut und Migration aus der Sicht der Migrationsdienste in Darmstadt**

In diesem Abschnitt wird die Armut unter der in den letzten 45 Jahren nach Darmstadt zugewanderten Bevölkerung dargestellt. Diese Personengruppe wird im Folgenden als Migrantinnen/Migranten bezeichnet. Im Jahr 1998 waren in der Beratungsstelle des Caritasverbandes knapp 50 % der Ratsuchenden arbeitslos, Frührentner oder Rentner, in der Beratung für Italiener und Italienerinnen umfasste diese Gruppe sogar weit über 50 %. Der Beratungsanteil allein in Fragen zur Lebenssicherung – mit anderen Worten also Armutsberatung – beliefen sich auf 41 %. Besonders hoch war der Beratungsanteil nur zur Sicherung von BSHG-Ansprüchen bei den Portugiesinnen und Portugiesen und bei außereuropäischen Migrantinnen und Migranten.

- Armut und Migration stehen häufig in einem wechselseitigen Verhältnis. Armut ist – neben Verfolgung, Gewalt, Folter, Kriegen und Bürgerkriegen – ein bedeutsamer Faktor, der zum Verlassen der Heimat führt. Gänzlich fehlende schulische und berufliche Ausbildung ist oft eine zusätzliche Ursache von Armut. Nach 1955 suchten Landwirtschaft und Industrie in Deutschland kräftige, zupackende Arbeitskräfte für schwere, gefährliche und schlecht bezahlte Arbeiten, für die Einheimische nicht mehr gefunden werden konnten. Nach Ausbildung und Qualifikation wurde nicht groß gefragt. Diese Arbeitsplätze, für die in großer Zahl angeworben wurde, waren über die Jahrzehnte in besonderem Maße „modernisierungs- und damit entlassungsgefährdet“. So kann Migration, deren Ursache häufig Armut ist, aufgrund der sozioökonomischen Zuweisungen im Aufnahmeland selbst zur Ursache von Armut werden.
- Ein weiterer Faktor, der unter den gegebenen sozioökonomischen Bedingungen das Armutsrisiko vergrößern kann, ist der immer wieder gefährdete und zeitlich begrenzte Aufenthaltsstatus. Trotz einer mittlerweile 45jährigen Geschichte der Zuwanderung verfügen nur 54 %<sup>12</sup> der ausländischen Darmstädter Bevölkerung über einen Aufenthaltstatus, der u. a. Lebensplanung, sowie Bildung und Ausbildung arbeitsplatzsichernde Vorbedingungen sind, die aber ohne die Möglichkeit zu Langzeitplanungen immer wieder neu gefährdet sind, dann steckt ebenso in den zeitlich begrenzten und gefährdeten Aufenthaltsstatus ein Armutsrisiko.
- Ein dritter Faktor ist die nicht mehr zu übersehende Altersarmut unter Migrantinnen und Migranten. Nicht nur die schwierigen und gefährlichen Arbeiten mit hohem Krankheitsrisiko und der Gefahr der frühen Arbeitsunfähigkeit haben erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Renten, sondern auch die überwiegend im Vergleich zu den Einheimischen niedrigere Entlohnung und kürzeren Beitragszeiten.

<sup>12</sup> Statistik des Bundesverwaltungsamtes, zum Stichtag 31.12.1998 für Darmstadt. Nur ein unbefristeter Aufenthalt gestattet eine Lebensplanung. Deshalb wurden in diese Prozentzahl als Aufenthaltstatus berücksichtigt: unbefristete Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsberechtigung, befristete und unbefristete Aufenthaltserlaubnis EU

Zudem gibt es Gruppen von Migrantinnen/Migranten, auf die sich dieser Bericht aufgrund mangelnder Datenbasis nicht beziehen kann:

- Es handelt sich zum einen um Menschen, die Elend und Not in ihrem Herkunftsland hinter sich lassen und versuchen, „illegal“, d. h. ohne jegliche rechtliche Grundlage, in den Ländern Europas – so auch in Deutschland und Darmstadt – zu leben und zu arbeiten. Darüber hinaus sind es Asylsuchende, deren Asylbegehren abgelehnt wurde und deren oft sehr begründete Angst vor Verfolgung und Folter im Herkunftsland sie treibt unterzutauchen. Angst ist ihre ständige Begleiterin, Angst vor dem Entdecktwerden, Angst davor, den Lebensunterhalt nicht verdienen zu können, Angst, krank zu werden und den Arzt nicht bezahlen zu können. Besondere Leidtragende sind die Kinder, die keinen Kindergarten und keine Schule besuchen können. Ihre psychische Gesundheit, ihre Bildung und Ausbildung sind in hohem Maße gefährdet. Aufgrund der strikten Sondergesetze für Nichtdeutsche ist eine Beratung zur Legalisierung der Betroffenen praktisch nicht zu leisten.
- Bei der anderen Gruppe handelt es sich um diejenigen Darmstädterinnen und Darmstädter, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, seien es nun Duldungen oder Gestattungen, lediglich Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Während des BSHG laut § 1 den Anspruch erhebt, mit der Höhe des Hilfesatzes das sozioökonomische Existenzminimum zu sichern, also vor physischer, psychischer und sozialer Verelendung zu schützen, liegt die Hilfe nach dem AsylbLG um mehr als 25 % unter dem BSHG-Satz. Hinzu kommt, dass die Leistungen für Krankenversorgung, Schwangeren- und Neugeborenenausstattung, Kindergartenbeiträge, Schulbildung und vieles mehr sehr gekürzt, wenn nicht gestrichen sind. Diese Menschen – Flüchtlinge, dem Bürgerkrieg Entflohenen und Geduldeten – leben deutlich unterhalb des gesellschaftlich festgesetzten soziokulturellen Existenzminimums. Für diese vom AsylbLG betroffenen Menschen – in Darmstadt waren es 1998 exakt 785 Männer, Frauen und Kinder<sup>13</sup> - bedeutet dieses deutliche Unterschreiten der Armutsgrenze, dass sie in zentralen Bereichen wie Nahrung, Wohnung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bildung, Freizeit und soziale Beziehungen nicht mit der Mindestausstattung versorgt sind. Die Folge ist gesellschaftliche Ausgrenzung. Überdies sind sie aufgrund der gesetzlichen Vorgaben – Arbeitsverbot und Bevorrechtigtenklausel gem. § 285 SGB III – nur sehr schwer im Stande, sich durch Arbeit aus dieser Notsituation selbst zu befreien. Aufgrund der strikten gesetzlichen Vorgaben können wir den Menschen, die dem AsylbLG unterliegen und in unseren Beratungsstellen Rat und Hilfe suchen, kaum helfen. Dennoch gehören z. B. beim Migrationsdienst nur eines Wohlfahrtsverbandes knapp 14 % der um Rat Suchenden zu dieser Gruppe.
- Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Aussiedler/Aussiedlerinnen, obwohl sie soziologisch gesehen, zugewanderte Personen sind, rechtlich Deutsche sind und in der Statistik auch als solche geführt werden, genauso wie die eingebürgerten Personen ausländischer Herkunft. Gleichwohl wissen wir aus der praktischen Erfahrung, dass vor allem die letzte Generation der eingewanderten Deutschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in hohem Maße abhängig von Sozialhilfe und einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt ist.

<sup>13</sup> Hessisches Statistisches Landesamt, Statistische Berichte, Die Sozialhilfe in Hessen 1998, Wiesbaden Oktober 1999

Das AsylbLG umfaßt den folgenden Personenkreis:

- Kriegsflüchtlinge mit Aufenthaltsbefugnis nach 32/32a AuslG
- Asylsuchende im Verfahren
- Ausländer mit Duldung
- sonstige Ausreisepflichtige

### 3.3 Struktur der Bedarfsgemeinschaften

Die Prüfung für die Anspruchsberechtigung von HLU ist grundsätzlich auf die Einzelperson bezogen. Gleichwohl wird, unter bestimmten Voraussetzungen, die Familie/der Haushalt als einheitliche Bedarfsgemeinschaft gesehen, wobei nur die Personen, die mit ihrem Einkommen und Vermögen zu berücksichtigen sind, die Bedarfsgemeinschaft bilden<sup>14</sup>.

Aufgrund der auf Einzelpersonen bezogenen Anspruchsberechtigung erhält im Umkehrschluss nicht jedes Familien-/Haushaltsmitglied HLU. Die Folge ist, dass Bedarfsgemeinschaften und Haushalte **nicht** identisch sind. So kann ein Fünf-Personen-Haushalt, weil z. B. nur drei Haushaltsmitglieder HLU beziehen, zu einer Drei-Personen-Bedarfsgemeinschaft werden.

Die Auswertung der Strukturdaten ergab für Darmstadt folgendes Bild:

Tabelle 9

Struktur der Bedarfsgemeinschaft	Anzahl	
	absolut	in %
1 Erwachsener ohne Kinder darunter Frauen	2.157 1.087	49,4
1 Erwachsener + 1 Kind darunter Frauen	583 556	13,3
1 Erwachsener + mehrere Kinder darunter Frauen	449 434	10,3
2 Erwachsene ohne Kinder	419	9,6
2 Erwachsene + 1 Kind	260	6,0
2 Erwachsene + 2 Kinder	204	4,7
2 Erwachsene + mehr als 2 Kinder	173	4,0
3 Erwachsene + Kinder	15	0,3
<b>Bedarfsgemeinschaften mit Erwachsenen</b>	<b>4.260</b>	<b>97,5</b>
Bedarfsgemeinschaften bestehend ausschließlich aus Kindern	108	2,5
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	<b>4.368</b>	<b>100,0</b>
Quelle: PROSOZ		

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Die häufigste Art der Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt ist die Single-Bedarfsgemeinschaft. Auf diesen Typus entfallen ca. 50 % der Bedarfsgemeinschaften. Die Verteilung der Geschlechter ist paritätisch.

An zweiter Stelle folgt die Bedarfsgemeinschaft mit einem oder einer Erwachsenen und einem oder mehreren Kindern. Auf diesen Typus entfallen ca. 24 % der Bedarfsgemeinschaften, wobei hier jedoch hervorzuheben ist, dass der Frauenanteil deutlich überwiegt. Er beträgt 96 % (vgl. hierzu auch Kap. 3.3.1 „Alleinerziehende“).

Auf die kinderlose Bedarfsgemeinschaft mit 2 Erwachsenen entfallen ca. 10 %.

<sup>14</sup> Vgl. Schellhorn/Jirasek/Seipp, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, 15. Auflage

### 3.3.1 „Alleinerziehende“

Aussagen zu Alleinerziehenden gestalten sich schwierig. Zum einen fehlt es an einer verbindlichen Definition und Abgrenzung der Zielgruppe, wodurch, je nach Interpretation unterschiedliche Haushaltsstrukturen als alleinerziehend definiert werden. Im Zusammenhang mit HLU ist zum anderen zu berücksichtigen, dass die Gewährung eines sogenannten Mehrbedarfs für Alleinerziehende zwar der fachlichen aber am BSHG orientierten Bewertung unterliegt.

Dadurch ist das Versagen eines Mehrbedarfes nicht zwingend Beleg dafür, dass es sich bei den Antragsstellerinnen und Antragsstellern **nicht** um Alleinerziehende im strukturellen Sinne handelt. Am Beispiel der Alleinerziehenden mit nur einem Kind, das älter als sieben Jahre ist, wird dies deutlich. Diese Personen erhalten keinen Mehrbedarf für Alleinerziehende. Die Systematik des BSHG geht dabei davon aus, dass das Alter des Kindes einer Arbeitsaufnahme der Antragsstellerin, des Antragsstellers nicht länger entgegensteht und somit ein Mehrbedarf nicht gerechtfertigt ist.

Bei der nachfolgenden Tabelle wurden nur Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt, die sich aus einem oder einer Erwachsenen und Minderjährigen zusammensetzten und darüber hinaus ein Mehrbedarf für Alleinerziehende gezahlt wurde.

Tabelle 10

Bedarfsgemeinschaften der "Alleinerziehenden" in Darmstadt zum 31.12.1998			
Geschlecht	Alleinerziehende		
	mit 1 Kind	mit mehr als 1 Kind	insgesamt
männlich	4	-	4
weiblich	110	144	254
insgesamt	114	144	258
dar. im Alter von			
18 bis 27 Jahre	50	25	75
28 bis 40 Jahre	52	105	157
41 Jahre u. älter	12	14	26

Quelle: PROSOZ.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Die 258 Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt, die nach der zuvor getroffenen Definition als „Alleinerziehend“ einzustufen sind, bedeuten 6 % aller Bedarfsgemeinschaften (258 von 4.368).

Ihr Anteil an den Bedarfsgemeinschaften, die aus einer oder einem Erwachsenen bestehen, beträgt jedoch 25 % (258 von 1.032).

Praktisch alle alleinerziehenden Sozialhilfeempfänger in Darmstadt sind Frauen.

Der altersbezogene Schwerpunkt liegt mit ca. 60 % (157 von 258) bei Frauen der Altersklasse 28 bis 40 Jahre.

Bei mehr als der Hälfte, ca. 56 % (144 von 258) gehörten zwei und mehr Kinder zur Bedarfsgemeinschaft.

Abschließend lässt sich feststellen, dass in Darmstadt im Zusammenhang mit alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften als Risikofaktor für HLU-bezogene Armut, fast ausschließlich Frauen mittleren Alters mit zwei und mehr Kindern betroffen sind.

### 3.4 Ursachen des HLU-Bezuges

Im Rahmen der Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes 1994 wurde auch die Sozialhilfestatistik reformiert. In der neuen Statistik sind neun Ursachenkategorien festgelegt, die auch hier verwendet wurden.

Da jedoch lediglich die Hauptursache erfasst wird, können Ursachenzusammenhänge nicht belegt werden.

Darüber hinaus wird die Ursache in der Regel beim „Erstbezug“ erhoben und später nicht fortgeschrieben bzw. modifiziert. Ursachenketten oder Ursachenwechsel im Verlauf der Bezugsdauer sind nicht nachvollziehbar. Schließlich ist auch die Ursachenzuordnung der subjektiven Einschätzung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter überlassen, was in Darmstadt, wie anderswo, dazu führte, dass ein Großteil unter der Ursachenkategorie „sonstige Gründe“ subsummiert worden ist.

Trotz dieser statistischen Unzulänglichkeiten hat sich die AG Sozialplanung für die Auswertung entschieden. Allerdings hat sie nur die Ursachenzuordnung bei Bedarfsgemeinschaften mit Erwachsenen berücksichtigt. Bedarfsgemeinschaften mit ausschließlich Minderjährigen wurden nicht erfasst. Hier wurde unterstellt, dass die Ursache der Sozialhilfebedürftigkeit nicht bei den Minderjährigen liegt, sondern im häuslichen Umfeld.

Tabelle 11, Grafik 4

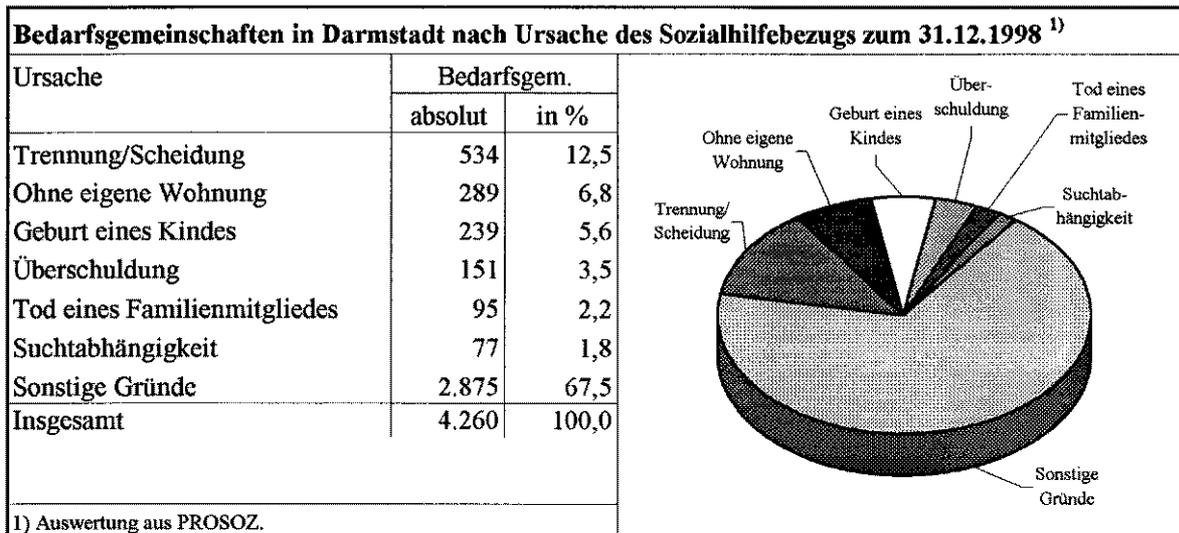


Tabelle u. Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Mit 67,5 % aller Bedarfsgemeinschaften sticht die Ursachenkategorie „sonstige Gründe“ hervor.

Abgesehen von den angeführten Erfassungsmängeln verbirgt sich hinter dieser Kategorie überwiegend die Ursache „Arbeitslosigkeit“. In der reformierten Sozialhilfestatistik ist die Arbeitslosigkeit als Ursachenkategorie nicht gesondert ausgewiesen.

Eine vertiefende Auswertung zu den Bedarfsgemeinschaften ergab bei den sonstigen Gründen, dass ca. 50 % (1.421 Erwachsene) der Bedarfsgemeinschaften mit dem Ursachenschlüssel sonstige Gründe bei Beginn des Sozialhilfebezuges arbeitslos gemeldet waren.

### 3.5 Beginn des HLU-Bezuges

Wie bereits im ersten Darmstädter Armutsbericht ausgeführt sind Daten über Verlauf und Dauer des Sozialhilfebezuges von elementarer Bedeutung. Nur sie wären in der Lage Aufschluss darüber zu geben, ob es sich um quasi „naturwüchsige“ Abstiegskarrieren bei HLU-Bezieherinnen und Bezieher oder um Abfolgen von Armutsphasen, Unterbrechungen des HLU-Bezuges und Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt handelt.

Trotz deutlicher Fortschritte in der Datenlage können für Darmstadt noch immer keine Aussagen zu Dauer und Verlauf getroffen werden. Dies wäre nur durch aufwendige Analysen der Einzelakten zu leisten. Eine Auswertung der verfügbaren Sozialhilfedaten ließ dennoch die nachfolgenden Aussagen zu.

In der Sozialhilfestatistik wird das Datum des Zahlungsbegins ausgewiesen. Bei der Auswertung wurde jedoch deutlich, dass Zahlungsunterbrechungen von weniger als einem Jahr statistisch nicht nachweisbar sind. Deswegen kann zwischen ununterbrochenem Bezug und Bezug mit kurzen Unterbrechungen nicht differenziert werden.

In Darmstadt kam hinzu, dass in Folge einer Programmumstellung zum 01.01.1994 von HES-SIAS auf PROSOZ (Herten) die Bezugsdauer nur bis 1994 zurückverfolgt werden kann.

Die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften erhielt erstmalig in den letzten zwei Jahren HLU. Dies belegt aus anderer Sicht den Anstieg der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe in den Jahren 1998 und 1997 (vgl. Kap. 3.1).

Andererseits erhielten Ende 1998 ca. 20 % der Hilfsbedürftigen seit fünf und mehr Jahren Sozialhilfe.

Tabelle 12, Grafik 5

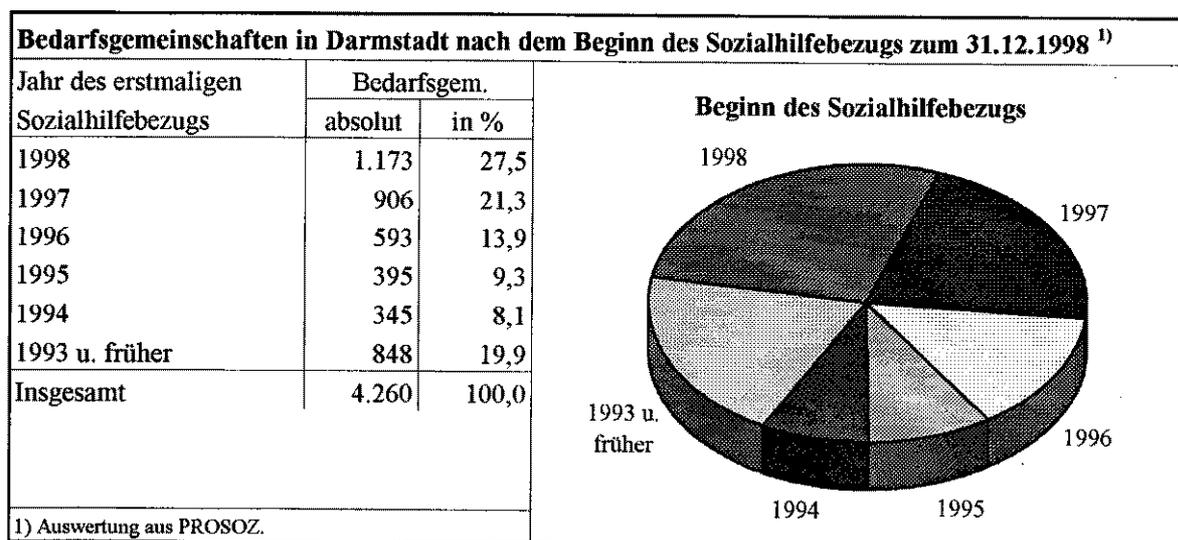


Tabelle u. Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

### 3.6 Die räumliche Verteilung der Sozialhilfedichte

Mit der Regionalisierung der Sozialhilfedichte wird die Absicht verfolgt, für das Stadtgebiet eine „Topographie“ der HLU-bezogenen Armut zu erstellen.

Dafür wurde, auf der Grundlage der statistischen Bezirke, für jeden Bezirk die Sozialhilfedichte berechnet und zu einem Mittelwert in Verhältnis gesetzt. Diese Vorgehensweise ermöglicht die Identifikation der Stadtteile/Stadtviertel mit hohen bzw. extremen Anteilen von HLU-Bezieherinnen und -Bezieher und versetzt die sozialpolitisch Handelnden in die Lage, stadtteilbezogen zu agieren.

Die Ergebnisse sind in Tabelle 13 und in Grafik 6 aufgezeigt.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verfügt über zwei Stadtviertel, die sich hinsichtlich der Sozialhilfedichte deutlich aus dem übrigen Stadtgebiet hervorheben.

Mit einer Sozialhilfedichte von ca. 21 % liegt der Statistische Bezirk 910, Kranichstein-Süd, um mehr als das Dreifache über dem Städtischen Durchschnitt.

Gleiches gilt für die Kirchtannensiedlung (Stat. Bezirk 750) in Eberstadt, mit einer Sozialhilfedichte von 20,6 %. In beiden hoch verdichteten Stadtteilen/Stadtviertel hat die Sozialhilfedichte, im Vergleich zu 1995, dramatisch zugenommen. Seinerzeit betrug sie in Kranichstein-Süd 12,3 % und in der Kirchtannensiedlung 14,7 %.

Mit deutlichem Abstand, 12,3 % folgt das Industrieviertel (Stat. Bezirk 260), das ebenfalls in die Kategorie der extrem belasteten statistischen Bezirke einzustufen ist. Allerdings ist das Industrieviertel mit Kranichstein Süd und der Kirchtannensiedlung wenig vergleichbar. Es handelt sich dort um eine andere Siedlungsstruktur mit keiner geschlossenen Wohnbebauung.

Aus Sicht der AG Sozialplanung lassen sich auf der Grundlage der HLU-bezogenen „Armutstopographie“ für Darmstadt folgende Aussagen treffen:

- Die allgemeine Zunahme der Sozialhilfedichte hat die Stadtteile/Stadtviertel unterschiedlich betroffen, die Schere zwischen weniger belasteten und extrem belasteten Stadtteilen/Stadtvierteln klafft immer weiter auseinander.
- Außer den extrem belasteten Stadtvierteln konzentrieren sich die Bezirke mit einer überdurchschnittlichen Sozialhilfedichte auf Darmstadt-Stadtmitte, Darmstadt-Nord und Kirchtannensiedlung.
- Ca. 31 % aller Bezieherinnen und Bezieher von HLU wohnen in Kranichstein-Süd und in der Kirchtannensiedlung, dort bezogen mehr als ein fünftel der jeweiligen Wohnbevölkerung HLU (Stat. Bezirke 910 und 750).
- Der Stadtteil Kranichstein (Stat. Bezirke 910 und 920) ist in seiner Gesamtheit mit der höchsten Sozialhilfedichte belastet (17,1 %).

Tabelle 13

Sozialhilfedichte in Darmstadt nach statistischen Bezirken zum 31.12.1998			
Statistische Bezirke/ Stadtteile	Empf. von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen <sup>1)</sup>	Einwohner/innen zum 31.12.1998 <sup>2)</sup>	Sozialhilfedichte ( Sozialhilfeempf. je 100 Einw. )
110 Stadtzentrum	110	1.310	8,4
120 Rheintor/Grafenstraße	302	3.246	9,3
130 Hochschulviertel	20	548	3,6
140 Kapellplatzviertel	241	5.128	4,7
150 St. Ludwig mit Eichbergviertel	283	5.905	4,8
100 DA-Mitte	956	16.137	5,9
210 Johannesviertel	242	4.859	5,0
220 Martinsviertel-West	457	5.597	8,2
230 Martinsviertel-Ost	429	5.564	7,7
240 Waldkolonie	255	3.703	6,9
250 Bahnhofsviertel	55	593	9,3
260 Industrieviertel	315	2.556	12,3
270 Am Ziegelbusch	272	4.373	6,2
200 DA-Nord	2.025	27.245	7,4
310 Am Oberfeld	26	3.244	0,8
320 Mathildenhöhe	119	2.622	4,5
330 Woogsviertel	273	4.783	5,7
340 An den Lichtwiesen	34	2.023	1,7
300 DA-Ost	452	12.672	3,6
410 Paulusviertel	69	5.008	1,4
420 Alt-Bessungen	263	6.065	4,3
430 An der Ludwigshöhe	80	1.637	4,9
400 DA-Bessungen	412	12.710	3,2
510 Am Südbahnhof	148	2.990	4,9
520 Heimstättensiedlung	125	5.857	2,1
530 Verlegerviertel	329	3.929	8,4
540 Am Kavalleriesand	10	776	1,3
500 DA-West	612	13.552	4,5
DA-Innenstadt	4.457	82.316	5,4
610 Alt-Arheilgen	252	4.207	6,0
620 Arheilgen-Süd	162	4.114	3,9
630 Arheilgen-West	209	5.090	4,1
640 Arheilgen-Ost	31	1.545	2,0
600 DA-Arheilgen	654	14.956	4,4
710 Alt-Eberstadt	199	4.998	4,0
720 Am Lämmchesberg	122	3.399	3,6
730 Villenkolonie	46	4.000	1,2
740 Am Frankenstein	71	3.360	2,1
750 Kirchtannensiedlung	1.313	6.366	20,6
700 DA-Eberstadt	1.751	22.123	7,9
810 Wixhausen-West	50	2.196	2,3
820 Wixhausen-Ost	130	3.551	3,7
800 DA-Wixhausen	180	5.747	3,1
910 Kranichstein-Süd	1.419	6.779	20,9
920 Kranichstein-Nord	322	3.394	9,5
900 DA-Kranichstein	1.741	10.173	17,1
Stadtgebiet insgesamt	8.783	135.315	6,5

1) Auswertung aus PROSOZ. 2) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

#### 4. Überschuldung – Ausdruck von Armut

Zwischen Überschuldung und materieller Armut besteht ein erkennbarer Zusammenhang.

Das Eingehen von Zahlungsverpflichtungen an sich gehört in unserer Gesellschaft mittlerweile zu „normalen“ Vorgängen in privaten Haushalten. Es wird dann zum Problem, wenn die Betroffenen nicht mehr in der Lage sind, ihren Zahlungsverpflichtungen in einer von den Gläubigern akzeptablen Weise nachzukommen, d. h., das verfügbare Einkommen nicht ausreicht, um die Verpflichtungen abzudecken.

Beim Entstehen von Überschuldung spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Neben psychischen, eher im Persönlichkeitsbereich liegenden Ursachen, entsteht Überschuldung auch aufgrund sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen. Die wachsende Arbeitslosigkeit, die aggressive Werbung und die Vergabepraktiken bei Krediten seien beispielhaft genannt.

Die Verschuldung und erst recht die Überschuldung privater Haushalte ist nicht präzise darstellbar, da es keine umfassenden statistischen Erhebungen gibt. Sehr wohl nennen lassen sich jedoch verschiedene Indikatoren.

So hat sich nach den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank das Volumen vergebener Konsumentenkredite von 130.720 Millionen DM in 1980 auf 423.700 Millionen DM im Dezember 1998 erheblich schneller entwickelt als die Bevölkerungsentwicklung (ca. 61 Mio. in 1980 auf ca. 82 Mio. in 1998). Unter Konsumentenkredite fallen hierbei nicht Kredite zur Immobilienfinanzierung, Privatdarlehen und öffentliche Darlehen.

Alle Erfahrungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der Überschuldung steigt, je mehr der folgenden Risikofaktoren vorliegen:

- Arbeitslosigkeit
- geringes Einkommen
- fehlender Schul- und/oder Berufsabschluss
- alleinige Erziehung von Kindern
- mehrere Kinder im Haushalt
- ausschließlicher oder vorwiegender Bezug von Sozialleistungen

Überschuldung hat aber auch volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Die Einnahmen sinken, da weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vereinnahmt werden können. Verringertes Einkommen der Betroffenen führt außerdem zu einer verringerten Kaufkraft.

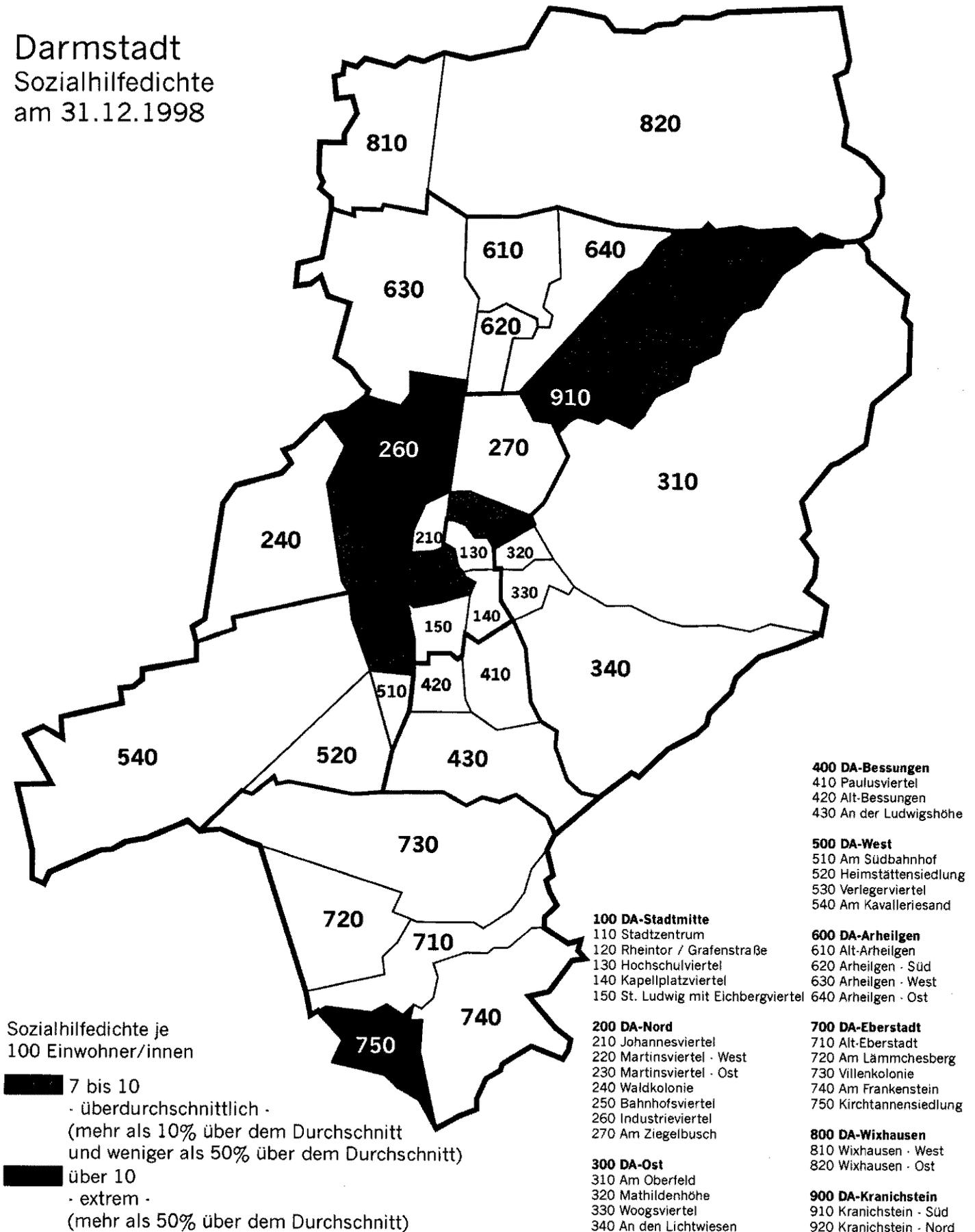
Im Gegenzug sind vermehrt Sozialleistungen aufzubringen infolge einer steigenden Zahl von Anspruchsberechtigten. Beispielhaft deutlich wird dies bei gescheiterter Selbständigkeit. In Ermangelung von Ansprüchen gegenüber dem Arbeitsamt ist dieser Personenkreis ausschließlich auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Gleiches gilt für Selbständige, die nach Geschäftsaufgabe nicht über eine ausreichende Altersversorgung verfügen.

Als Beweis dafür, dass Überschuldung aus politischer Sicht eine Dimension erreicht hat, die staatliches Handeln erfordert, kann die Insolvenzordnung (InsO) angeführt werden. Sie trat zum 01.01.1999 in Kraft und bietet den Überschuldeten, die keine einvernehmliche Schuldenregulierung erreichen konnten, die Möglichkeit, über ein mehrjähriges gesetzliches Verfahren auch dann eine Gesamtsanierung zu erreichen, wenn keine Einigung mit den Gläubigern möglich ist.

Grafik 6

# Darmstadt

## Sozialhilfedichte am 31.12.1998



Der allgemeine Trend zunehmender Überschuldung lässt sich auch für Darmstadt bestätigen<sup>15</sup>. Die Stadt verfügt seit 1985 über eine eigene Schuldnerberatung, die als Sonderdienst dem Städtischen Sozialdienst angehört. Sie wird von vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrieben, denen ein Zeitdeputat von insgesamt drei Vollzeitstellen zur Verfügung steht. Arbeitsschwerpunkte der Schuldnerberatung sind:

- Kurzberatungen, d. h. einmalige Beratungen, binnen Wochenfrist, als Maßnahmen der Krisenintervention.
- Langfristige Beratungen/Regulierungen im Sinne einer Analyse der Schuldsituation, Überprüfung der Forderungen, Kontaktaufnahme mit den Gläubigern, Budgetberatung und schließlich Beratung im persönlichen Bereich, alles mit dem Ziel einer umfassenden Schuldenregulierung.
- Fachberatung, d. h. Beratung und fachliche Begleitung verschiedener Anstellungsträger in Darmstadt, die ihrerseits Überschuldete betreuen.

Auf der Basis der Daten der Schuldnerberatung (Stichtag 31.12.1998) lassen sich folgende Aussagen treffen:

- Im Zeitraum von 1995 bis 1998 betrug die Steigerung bei den ratsuchenden Erwachsenen ca. 77 % (695 Personen zu 1.233).
- Von insgesamt 2.003 erfassten Personen (einschließlich der Kinder) waren ca. 42 % zwischen 18 bis unter 40 Jahre alt. Der Anteil der Minderjährigen betrug ca. 32 %. Bei den erwachsenen Ratsuchenden waren signifikante Unterschiede im sozialen Status, bezogen auf das Geschlecht, festzustellen.
- Von 212 geschiedenen Ratsuchenden waren 63 % Frauen.
- 119 Ratsuchende lebten getrennt, davon waren 59 % Frauen.
- 327 waren ledig, 68 % davon waren Männer.
- 193 der Ratsuchenden waren Alleinerziehende. Bemerkenswert ist der Umstand, dass 51 % der von Überschuldung betroffenen Minderjährigen in Haushalten von Alleinerziehenden lebten.

Wenngleich die Daten der Schuldnerberatung noch keine gesicherten Aussagen zulassen (Zeitreihen sind zu kurz), ist ein gewisser Trend erkennbar:

- Im Zusammenhang mit Überschuldung sind Alleinerziehende einem höheren Risiko ausgesetzt (vgl. auch Kap. 3.3.1)
- Das Risiko einer Überschuldung ist bei geschiedenen Frauen höher als bei geschiedenen Männern, bei Ledigen ist das Verhältnis umgekehrt.
- Von Überschuldung betroffen sind in der Hauptsache die jüngeren Altersgruppen unmittelbar als Schuldner/innen oder indirekt als deren Kinder.

Für die Armutsberichterstattung hat die Schuldnerberatung zusätzliche Auswertungen durchgeführt, mit deren Hilfe die räumliche Verteilung von Überschuldeten innerhalb des Stadtgebietes aufgezeigt werden soll. Sie ist auf den folgenden Seiten dargestellt. (vgl. Tabelle 14 und Grafik 7). Selbstverständlich sind dabei nur die Personen berücksichtigt, die bei der Schuldnerberatung vorstellig wurden, Selbstständige gehören nicht dazu. Unberücksichtigt blieben auch Überschuldete, die gleichzeitig HLU erhielten. Damit sollten Doppelungen mit der Berechnung der Sozialhilfedichte (vgl. Kap. 3) vermieden werden.

<sup>15</sup> Das in der Folge verwandte Zahlenmaterial ist, wo nicht anders gekennzeichnet, dem Jahresbericht 1998 der Schuldnerberatung der Stadt Darmstadt entnommen.

Tabelle 14

<b>Ratsuchende Personen der Schuldnerberatung im Jahr 1998 nach statistischen Bezirken</b>			
Statistische Bezirke/ Stadtteile	Ratsuchende Personen <sup>1)</sup>	Einwohner/innen zum 31.12.1998 <sup>2)</sup>	Ratsuchende auf 1000 Einwohner/innen
110 Stadtzentrum	23	1.310	17,6
120 Rheintor/Grafenstraße	42	3.246	12,9
130 Hochschulviertel	3	548	5,5
140 Kapellplatzviertel	95	5.128	18,5
150 St. Ludwig mit Eichbergviertel	98	5.905	16,6
100 DA-Mitte	261	16.137	16,2
210 Johannesviertel	39	4.859	8,0
220 Martinsviertel-West	32	5.597	5,7
230 Martinsviertel-Ost	39	5.564	7,0
240 Waldkolonie	53	3.703	14,3
250 Bahnhofsviertel	24	593	40,5
260 Industrieviertel	26	2.556	10,2
270 Am Ziegelbusch	37	4.373	8,5
200 DA-Nord	250	27.245	9,2
310 Am Oberfeld	14	3.244	4,3
320 Mathildenhöhe	23	2.622	8,8
330 Woogsviertel	55	4.783	11,5
340 An den Lichtwiesen	11	2.023	5,4
300 DA-Ost	103	12.672	8,1
410 Paulusviertel	19	5.008	3,8
420 Alt-Bessungen	50	6.065	8,2
430 An der Ludwigshöhe	17	1.637	10,4
400 DA-Bessungen	86	12.710	6,8
510 Am Südbahnhof	32	2.990	10,7
520 Heimstättensiedlung	46	5.857	7,9
530 Verlegerviertel	46	3.929	11,7
540 Am Kavalleriesand	11	776	14,2
500 DA-West	135	13.552	10,0
DA-Innenstadt	835	82.316	10,1
610 Alt-Arheilgen	65	4.207	15,5
620 Arheilgen-Süd	32	4.114	7,8
630 Arheilgen-West	56	5.090	11,0
640 Arheilgen-Ost	5	1.545	3,2
600 DA-Arheilgen	158	14.956	10,6
710 Alt-Eberstadt	35	4.998	7,0
720 Am Lämmchesberg	64	3.399	18,8
730 Villenkolonie	5	4.000	1,3
740 Am Frankenstein	9	3.360	2,7
750 Kirchtannensiedlung	184	6.366	28,9
700 DA-Eberstadt	297	22.123	13,4
810 Wixhausen-West	11	2.196	5,0
820 Wixhausen-Ost	17	3.551	4,8
800 DA-Wixhausen	28	5.747	4,9
910 Kranichstein-Süd	112	6.779	16,5
920 Kranichstein-Nord	31	3.394	9,1
900 DA-Kranichstein	143	10.173	14,1
<b>Stadtgebiet insgesamt</b>	<b>1.461</b>	<b>135.315</b>	<b>10,8</b>

1) Ohne Überschuldete im Sozialhilfebezug. 2) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik



Extrem belastete Stadtteile/Stadtviertel, d. h. mit einem Anteil Überschuldeter an der Wohnbevölkerung der 50 % und mehr über den städtischen Durchschnitt lag, sind Kranichstein-Süd (Statistischer Bezirk 910), die Kirchtannensiedlung (Statistischer Bezirk 750) und Am Lämmchesberg (Statistischer Bezirk 720), sowie fast die gesamte Stadtmitte.

Bemerkenswert ist, dass Kirchtannensiedlung und Kranichstein-Süd auch im Zusammenhang mit Überschuldung auffallen. Es unterstreicht die in Kapitel 3.6 getroffenen Feststellungen im Zusammenhang mit der räumlichen Verteilung der Sozialhilfedichte, wonach im Sinne einer „Armutstopographie“ für Darmstadt diese beiden Stadtviertel herausragen.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, blieben die Überschuldeten, die gleichzeitig Sozialhilfe bezogen, unberücksichtigt. Auf diese Gruppe entfielen weitere 542 Personen, die zu den 1.461 überschuldeten Personen hinzuzählen sind. Damit betrug der Anteil der überschuldeten Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe ca. 27 % aller von der Schuldnerberatung erfassten Personen (542 von 2003).

## 5. Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit in Darmstadt

Die Beschäftigungssituation und der Arbeitsmarkt in Darmstadt ist gegenwärtig in unserer Gesellschaft insgesamt durch tiefgreifende Wandlungsprozesse geprägt. Den wirtschaftlichen Veränderungen liegen drei sich gegenseitig beeinflussende langfristige Trends zugrunde:

- die Globalisierung der Wirtschaft
- die technologisch dynamische Entwicklung und
- der Strukturwandel der Wirtschaft in Südhessen, besonders in der Stadt Darmstadt

### 5.1 Globalisierung der Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Südhessen

Zwar spielen multinationale Unternehmen bei der Globalisierung der Wirtschaft eine bedeutende Rolle, aber die kleinen und mittelständischen hessischen Firmen haben die Herausforderungen der globalen Märkte mit ihren Chancen und Risiken erkannt. Ein „Globalisierungsindikator“ für die Darmstädter Wirtschaft ist der hohe Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. So wurden z. B. im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 1998 im Bereich Textil- und Bekleidungsbranche ca. 70 % (im hessischen Durchschnitt 26,5 %<sup>16</sup>), im Maschinenbau ca. 60 % (43,8 %), in der chemischen Industrie ca. 50 % (45,7 %) und im Wirtschaftsbereich Elektro- und Nachrichtentechnik, Feinmechanik und Optik ca. 45 % (35,2 %) des Umsatzes durch Auslandsaufträge erwirtschaftet<sup>17</sup>. Dies bedeutet, dass in der Textil- und Bekleidungsbranche etwa zwei Drittel aller Arbeitsplätze, im Maschinenbau und in der chemischen Industrie ca. jeder zweite Arbeitsplatz in Darmstadt von Auslandsaufträgen abhängig ist bzw. sind.

Durch die Globalisierung der Wirtschaft wurde und wird die Arbeitswelt in diesen Wirtschaftszweigen tiefgreifend verändert: manuelle und niedrig qualifizierte Arbeiten verloren zugunsten komplexer Aufgaben an hochtechnisierten Arbeitsplätzen an Bedeutung. Viele Arbeitsplätze mit geringen Ausbildungserfordernissen wurden durch moderne Technologien ersetzt, wodurch die Zahl der anspruchsvolleren Arbeitsplätze überproportional anwuchs.

Dazu kommt, dass der fortschreitende Strukturwandel in Darmstadts Wirtschaft die relative Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsabteilungen erheblich verändert. Waren im Jahr 1977 noch 37,0 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Darmstadt im verarbeitenden Gewerbe tätig, sind dies 1997 gerade noch ca. 27 %. In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen stieg der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 18,5 % (1977) auf jetzt 33,8 % (1997) an allen Beschäftigten an<sup>18</sup>. Diese dynamische Entwicklung hat enorme Konsequenzen für die Arbeitnehmerseite: so veralten Qualifikationen schnell, neue Qualifikationen müssen erworben werden und Berufsbilder verschwinden.

Die Globalisierung zeigt auch auf dem Darmstädter Arbeitsmarkt ihren ambivalenten Charakter: höhere Qualitätsanforderungen an die Arbeit und ihre Produkte, zunehmende Spezialisierung, Prozess- und Kundenorientierung sowie Gruppen- und Teamarbeit erfordern neue und erweiterte Kompetenzen der Beschäftigten. Die Kehrseite der Medaille besteht in dem zunehmenden Verlust der bisherigen relativen Arbeitsplatzsicherheit abhängig Beschäftigter. Die Beschäftigungschancen von un- und angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen – mit erheblichen Folgen für die Betroffenen.

<sup>16</sup> Hessisches Statistisches Landesamt, Verarbeitendes Gewerbe in Hessen, Wiesbaden 1999 sowie eigene Berechnungen

<sup>17</sup> a.a.O.; in der Klammer stehen zum Vergleich jeweils die hessischen Durchschnittswerte

<sup>18</sup> Hessisches Statistisches Landesamt Vierteljährliche Sozialversicherungsstatistik

## 5.2 Die langfristige Beschäftigungsentwicklung in Darmstadt

Um die Trends der langfristigen Beschäftigtenentwicklung in Darmstadt betrachten zu können, muss zwischen Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterschieden werden.

Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder einen Beruf ausüben oder Landwirtschaft betreiben. Zu den Erwerbstätigen zählen somit auch die Beamten.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind eine Untermenge der Erwerbstätigen, denn nur solche Personen zählen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die als Arbeiter/in, Angestellte oder Auszubildende in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind. 1996 waren in Darmstadt<sup>19</sup> 99.685 Personen erwerbstätig, davon waren 85.139 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Der Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Darmstadt stieg von 1977 bis 1992 kontinuierlich von 82.659 auf 97.596 Personen an und sank danach auf 84.766 Personen im Jahr 1997<sup>20</sup>. Der fortschreitende Strukturwandel, die dynamische technologische Entwicklung und die Abschwächung der Konjunktur haben von 1992 bis 1997 zu einem Rückgang um 13 % bei der Zahl der Beschäftigten geführt. Auf der anderen Seite ist insbesondere der Anteil der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen stark expandiert: Die Dienstleistungen sind der Motor der Beschäftigungszunahme in Darmstadt. Das rasche Wachstum dieses Wirtschaftszweiges hat in den vergangenen Jahren den Arbeitsplatzabbau in anderen Wirtschaftsbereichen teilweise kompensieren können – ohne dieses expansive Wachstum wäre die Beschäftigungssituation in Darmstadt viel dramatischer ausgefallen. Generell hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Zentrum der Region Starkenburg einen herausragend hohen Beschäftigtenbestand, insbesondere im Produzierenden Gewerbe<sup>21</sup>. Ferner ist Darmstadt das Dienstleistungszentrum der Region mit einer hohen Zahl an Beschäftigten. Von den 84.766 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kamen 1997 nur 27.866 aus Darmstadt, der größte Teil der Beschäftigten pendelt vom Umland in die Stadt Darmstadt ein.

Der Beschäftigungsrückgang in Darmstadts industrieller Basis zwischen 1991 und 1997 wurde nicht durch Massenentlassungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ausgelöst, sondern durch Rationalisierung der Produktion, Verlagerung von Produktionsstandorten, Auslagerung von Produktionsteilen an Fremdfirmen und durch Arbeitsplatzverluste bei Zulieferbetrieben verursacht.

Die Abnahme der Erwerbstätigkeit in der Region Starkenburg liegt in den letzten Jahren unter dem Landesdurchschnitt<sup>22</sup>. Dies erklärt sich durch den überdurchschnittlich hohen Anteil des öffentlichen Sektors an der Erwerbstätigkeit in Darmstadt (Beschäftigte der Stadtverwaltung, des Regierungspräsidiums, der Technischen Universität und der Fachhochschulen und viele andere öffentliche Einrichtungen).

Der Beschäftigungsrückgang wurde neben den oben erwähnten Gründen auch durch die natürliche Fluktuation, durch Vorruhestandsregelungen oder durch Umwidmung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtig freie Verhältnisse (insbesondere im Bereich Handel) verursacht. Entlassungswellen wie in anderen Regionen der Bundesrepublik oder anderen Branchen – wie Stahl oder Kohle – waren zum Glück für die städtische Arbeitsmarktsituation selten.

<sup>19</sup> Hessisches Statistisches Landesamt, Hessische Kreiszahlen 1/1998, Wiesbaden 1998

<sup>20</sup> Vierteljährliche Sozialversicherungsstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes

<sup>21</sup> HLT, Region Starkenburg: Stärken und Schwächen. Wiesbaden 1998, S. 12 - 16

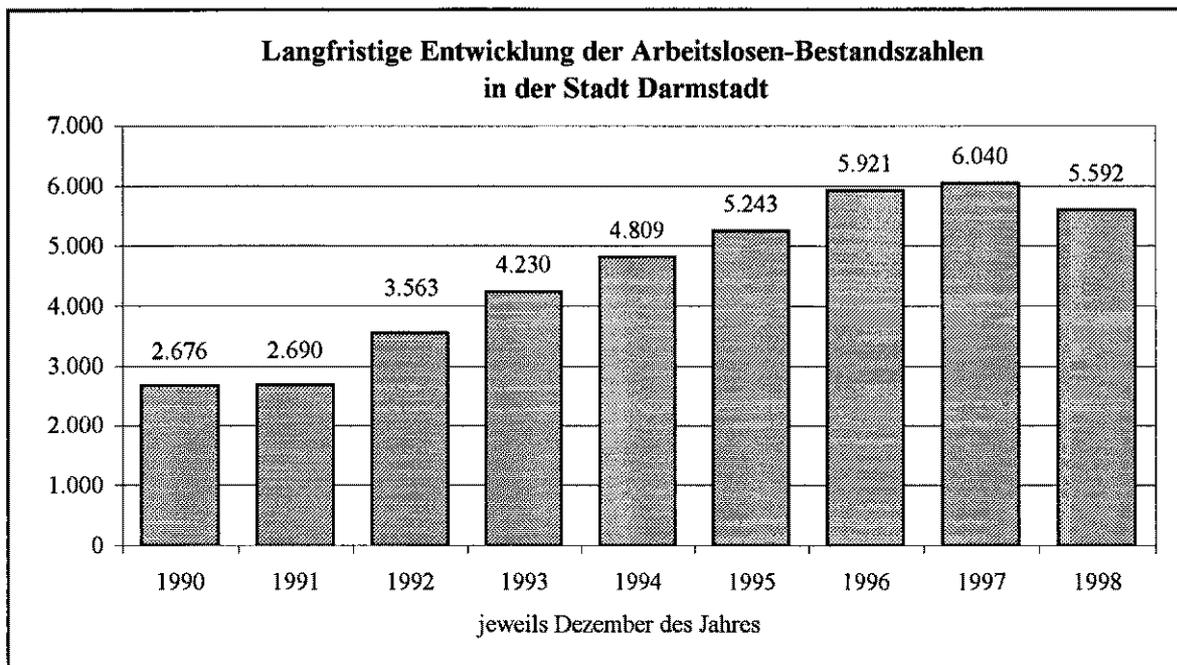
<sup>22</sup> HLT, Region Starkenburg: Stärken und Schwächen, Wiesbaden 1998, S. 12 - 16

Der Bestand an Beschäftigten reduzierte sich in Darmstadt von 1992 bis 1996 vor allem in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe (-26%), Baugewerbe (-26,8%) und in der Abteilung Verkehr und Nachrichten (-29%) über das übliche Maß hinaus.

### 5.3 Langfristige Trends der Arbeitslosigkeit in Darmstadt

Ein Vergleich der Arbeitslosenquoten zeigt, dass die Arbeitsmarktlage in Darmstadt – gemessen an der Entwicklung im Bundesgebiet – über den Betrachtungszeitraum 1992 bis 1998 günstiger ausfiel, da hier weniger Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen waren und sind. Dies ist – wie oben dargestellt – vor dem Hintergrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur mit einem hohen Dienstleistungsanteil und dem großen Anteil des Öffentlichen Sektors zu erklären. Ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau hat aber die Zahl der Arbeitslosen in der Region Starkenburg und in Darmstadt zwischen 1992 und 1998 deutlich stärker zugenommen als im Land Hessen, als im Durchschnitt der hessischen Landkreise bzw. kreisfreien Städte und als im Regierungsbezirk Darmstadt. Dies belegen die Zahlen: Ende Dezember 1991 betrug die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen in der Stadt Darmstadt 2.690 Personen. In den folgenden Jahren war der Anstieg beträchtlich und im Dezember 1998 waren 5.592 Männer und Frauen in Darmstadt arbeitslos.

Grafik 8



Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Die genannten Arbeitslosenzahlen repräsentieren jedoch nur die registrierte Arbeitslosigkeit in Darmstadt. Daneben besteht eine verdeckte Arbeitslosigkeit, die in dieser Statistik nicht erfasst wird. Dazu gehören:

- Personen, die arbeitslos waren und sich in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen befinden, die faktisch arbeitslos waren, in der Statistik aber nicht auftauchen.
- Personen, die arbeitslos waren und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden.
- Arbeitslose, die einer besonderen Form der Sperrzeiten unterliegen und in dieser Zeit (mindestens drei Monate) nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt werden, diese Fälle weisen von Monat zu Monat große Schwankungen auf.

- Arbeitslose, die länger als vier Wochen krank sind, auch sie zählen während der Krankheit nicht als Arbeitslose, weil sie dem Arbeitsmarkt faktisch nicht zur Verfügung stehen und damit zeitweise aus der Statistik herausfallen.
- Arbeitslose über 58 Jahre, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, Arbeitslosengeld beziehen, der Vermittlung des Arbeitsamtes aber nicht mehr unterliegen, sie werden ebenfalls nicht als Arbeitslose in der Statistik geführt.

#### 5.4 Struktur der Arbeitslosigkeit in Darmstadt

Leider liegen für das Stadtgebiet Darmstadt noch keine differenzierten Daten über Arbeitslosigkeit vor. So existieren keine Analysen über die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit über das Stadtgebiet oder Strukturdaten über bestimmte Arbeitslosen-Gruppen, z. B. nach Alter, Geschlecht oder Nationalität. Die Bundesanstalt für Arbeit wird dem Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik voraussichtlich erst etwa Mitte 2000 differenzierte (und anonymisierte) Daten über Arbeitslosigkeit in Darmstadt – im Rahmen eines Vertrages zwischen der Bundesanstalt und dem Deutschen Städtetag – zur Verfügung stellen können. Aus diesem Grund wurden die Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit, insoweit sie Daten über die Situation der Arbeitslosigkeit in der Stadt Darmstadt wiedergeben, ausgewertet. Auch anhand dieser Daten kann ein gewisser Überblick über die Struktur der Arbeitslosigkeit in Darmstadt für die letzten Jahre gegeben werden.

Tabelle 15

<b>Entwicklung der Arbeitslosen-Bestandszahlen und der Arbeitslosenquote in der Stadt Darmstadt</b>									
Arbeitslose	Dez. 1996	März 1997	Juni 1997	Sep. 1997	Dez. 1997	März 1998	Juni 1998	Sep. 1998	Dez. 1998
insgesamt	5.921	6.378	6.148	6.229	6.040	6.147	5.711	5.587	5.592
Arbeitslosenquote in %	10,1	10,8	10,6	10,8	12,1	10,6	11,3	9,5	11,0
Männer	3.571	3.889	3.715	3.718	3.634	3.726	3.422	3.314	3.332
Frauen	2.350	2.489	2.433	2.511	2.406	2.421	2.289	2.273	2.260
Deutsche	4.298	4.605	4.434	4.541	4.401	4.461	4.177	4.079	4.019
Ausländer/innen	1.623	1.773	1.714	1.688	1.639	1.686	1.534	1.508	1.573
Arbeiter/innen	3.436	3.732	3.576	3.589	3.522	3.643	3.327	3.247	3.310
Angestellte	2.485	2.646	2.572	2.640	2.518	2.504	2.384	2.340	2.282
Vollzeit	5.455	5.858	5.655	5.710	5.550	5.648	5.229	5.103	5.099
Teilzeit	466	520	493	519	490	499	482	484	493
unter 25 Jahre	633	728	666	745	676	666	572	599	538
dav. unter 20 Jahre	.	.	.	.	164	.	126	139	137
20 bis 24 Jahre	.	.	.	.	512	.	446	460	401
25 bis 54 Jahre	4.283	4.580	4.382	4.379	4.284	4.388	4.065	3.897	3.971
55 Jahre und älter	1.005	1.070	1.100	1.105	1.080	1.093	1.074	1.091	1.083
Langzeitarbeitslose (über 1 Jahr)	1.877	2.052	2.056	2.199	2.251	2.339	2.184	2.096	2.069
Schwerbehinderte	242	268	284	276	285	257	272	279	255

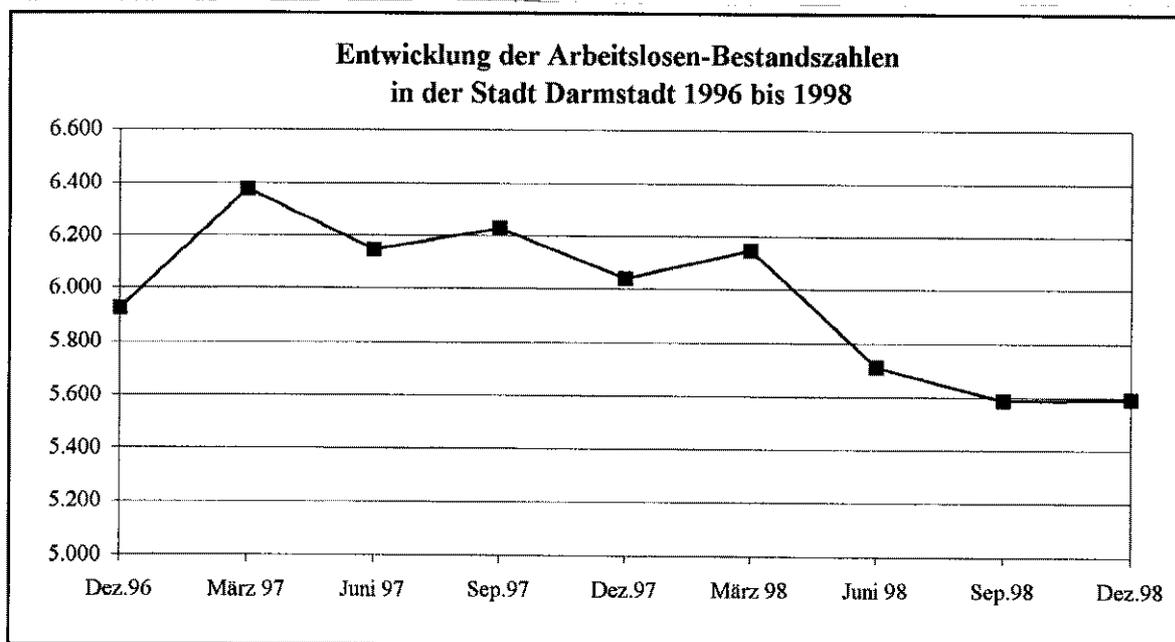
Quelle: Landesarbeitsamt Hessen; Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Bei der Betrachtung der Strukturdaten der Arbeitslosen zum 31.12.1998 fällt folgendes auf:

- die Arbeitslosigkeit von Männern ist überdurchschnittlich: ca. 60 % aller Arbeitslosen sind Männer, 40 % Frauen,
- der Anteil ausländischer Arbeitsloser liegt mit 28 % deutlich über dem städtischen Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung mit ca. 15 %,
- der Anteil der arbeitslosen Arbeiterinnen und Arbeiter liegt mit 59 % aller Arbeitslosen sehr deutlich über dem städtischen Durchschnittswert von ca. 30 %<sup>23</sup>,
- auffällig ist der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen arbeitslosen Personen in Darmstadt mit 37 %: 2.069 Personen sind in Darmstadt länger als ein Jahr arbeitslos,
- der Anteil der arbeitslosen Personen über 55 Jahre beträgt 19,3 %,
- der Anteil der arbeitslosen Personen mit einer Behinderung liegt bei 4,6 %,
- in Darmstadt sind 538 Jugendliche ohne Arbeit, davon 401 im Alter zwischen 20 und 24 Jahren.

Grafik 9



Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Mögliche Ursache für die überproportional hohe Arbeitslosenquote bei der ausländischen Bevölkerung ist deren schulische und berufliche Qualifikation.

1998 hatten insgesamt 21,3 % der Darmstädter Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen keinen deutschen Pass. Auch die Verteilung auf die verschiedenen Schultypen ist stark asymmetrisch. Es findet eine Konzentration der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen statt, wo ihr Anteil 48,2 % erreicht. Dagegen sind sie an den Gymnasien mit 7,3 % stark unterrepräsentiert<sup>24</sup>.

Die Asymmetrie ist auch bei der beruflichen Ausbildung ausgeprägt. Der Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen liegt bei 14,6 %.

<sup>23</sup> der Anteil der Arbeiter/innen an den Erwerbstätigen in Darmstadt (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1994 bis 1998 nach Regionaleinheiten, Wiesbaden 1999 Ergebnisse des hessischen Mikrozensus)

<sup>24</sup> Quelle: Interkulturelles Büro

Die Ausbildungsbeteiligung (Anteil der ausländischen Jugendlichen an der Gesamtzahl der geschlossenen Ausbildungsverträge) beträgt im Bereich der Industrie- und Handelskammer 1,9 % und im Bereich der Handwerkskammer 16,6 % und ist unterdurchschnittlich.

Der Anteil der ausländischen Jugendlichen zwischen 18 – 21 Jahren an der entsprechenden Altersgruppe insgesamt beträgt ca. 23 %<sup>25</sup>.

Im Vergleich mit anderen Städten in der Bundesrepublik gehört die Wissenschaftsstadt Darmstadt eher zu den potentiellen „Gewinnern“ im globalen Wettbewerb um Standortvorteile. Der rasante Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist in Darmstadt glimpflicher verlaufen als in anderen Regionen. Die guten Strukturvoraussetzungen wie die hervorragende Verkehrsinfrastruktur, das hohe Ausbildungsniveau der Arbeitnehmer/innen und die Vielfalt an hochwertigen, modernen Dienstleistungen führen dazu, dass Darmstadt und sein Umland mitten in einer der reichsten Regionen in Europa liegt.

Die Schattenseiten der Globalisierung der Wirtschaft sind jedoch auch in Darmstadt unübersehbar: bestimmte Gruppen haben heute große Schwierigkeiten, ihren Arbeitsplatz zu halten oder einen neuen zu finden. Insbesondere Personen mit niedriger Ausbildungs- und Berufsqualifikation, Arbeiterinnen und Arbeiter, Ältere oder auch niedrig qualifizierte Jugendliche zählen zu den „Verlierern“ der Globalisierung. Insbesondere die auf hohem Niveau stagnierende Zahl der Langzeitarbeitslosen zeigt die strukturellen Schwächen des Darmstädter Arbeitsmarktes. Tendenzen zu einer Spaltung der Gesellschaft, wie sie von vielen Autoren beschrieben wurde, sind auch in Darmstadt deutlich feststellbar.

### 5.5 Arbeitslosigkeit aus beraterischer Sicht

Im Rahmen der beraterischen Tätigkeit verschiedener freier Träger bestätigt sich sehr deutlich, dass Arbeitslosigkeit für den Personenkreis der über 18 Jahre alten Sozialhilfeempfänger/innen einer der Hauptgründe für den Bezug von Sozialhilfe ist.

Innerhalb der arbeitenden Bevölkerung gibt es immer weniger lineare Erwerbsverläufe. Zeiten von Arbeitslosigkeit werden zu einer Regelercheinung in den Biographien der Erwerbstätigen. Gründe hierfür sind unter anderem:

- Eine hohe Arbeitslosenquote von ca. 10 % im Bundesdurchschnitt,
- wachsende Kompetenz- und Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten,
- Stagnation bzw. Rückläufigkeit der Brutto/Netto Löhne im Niedriglohnbereich,
- rückläufige Zahlen von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen,
- sich verändernde Lebensstruktur, wie z. B.:
  - die Zunahme von Alleinerziehenden als Familienversorgerinnen,
  - Berufstätigkeit des 2. Erwachsenen in der Familie zur Stabilisierung des Familieneinkommens.

Hierzu kommt, dass gesetzlich gewährte Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld (ALG), Arbeitslosenhilfe (ALH) nach dem Sozialgesetzbuch Teil III (SGB III) heute oftmals nicht mehr ausreichen, um die Lebenshaltungskosten der betroffenen Familien oder Einzelpersonen decken zu können. Dies liegt daran, dass einerseits die Fiskalleistungen nach dem SGB III in den vergangenen Jahren zurückgenommen wurden, andererseits die als Berechnungsgrundlage herangezogenen Nettolöhne sich im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten verringert haben. Somit liegen immer öfter Ansprüche von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe unter dem Leistungsanspruch nach dem BSHG.

<sup>25</sup> Quelle: Interkulturelles Büro

Die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Personen stehen einem Arbeitsmarkt gegenüber, der auf den ersten Blick gesehene Arbeitsplätze anbietet.

Die Veränderungen des Arbeitsmarktes führen jedoch immer seltener zu einer Übereinstimmung der Bewerberprofile mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Die Bewerberinnen und Bewerber verfügen oft nicht über die gewünschte berufliche Qualifikation bzw. Erfahrung. Sie sind nicht flexibel genug, der fehlende Führerschein verhindert Mobilität, Schlüsselqualifikationen sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden und Zusatzqualifikationen wie z. B. PC-Kenntnisse, die heute für fast jeden Beruf gefordert sind, konnten bislang nicht erworben werden.

Frauen sind durch fehlende Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Dies gilt insbesondere für den Personenkreis der Alleinerziehenden. Die vor allem in den Dienstleistungsbereichen Einzelhandel, Pflege und Gastronomie angebotenen Arbeitsplätze für Frauen setzen einen flexiblen Umgang mit Arbeitszeiten (z. B. Schicht- und Wochenendarbeitszeiten) voraus. Ein hohes Maß an Organisation ist notwendig, um selbst Teilzeitbeschäftigungen nachgehen zu können. Die gesamten Rahmenbedingungen wie z. B. die öffentliche Kinderbetreuung sind weit davon entfernt, diesen Erfordernissen zu entsprechen.

Bemühungen von Seiten der Industrie und des Handels, sich gegenüber den Bedürfnissen dieser Personengruppe zu öffnen, sind kaum zu erkennen.

Die Verweildauer in Arbeitslosigkeit lag für 1998 im Bundesdurchschnitt bei 29,9 Wochen und ist somit gegenüber 1997 um 2,3 Wochen gesunken; aber, die Zahl der Langzeitarbeitslosen (Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind) stieg in diesem Zeitraum um 8 % auf 1,52 Millionen<sup>26</sup>.

Ist eine Person länger als ein Jahr arbeitslos, gilt sie als nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar. Die psychosozialen Folgen sind gravierend, der Personenkreis bedarf im Regelfall einer spezifischen Unterstützung, um Selbstwertgefühl, Motivation und Lebensperspektiven neu aufbauen zu können. Diese Hilfestellung muss immer das Einzelschicksal der Betroffenen berücksichtigen und als Ziel, die Wiedereingliederung in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vor Augen haben.

Die Erfahrungen aus beraterischen Tätigkeiten zeigen, dass Familien, die sich in der Sozialhilfe „einrichten“, diesen Zustand als eigenständiges Lebensmuster und Lebensstruktur fortschreiben. Hier müssen Wege gefunden werden, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Das vorbildhafte Handeln in der Erziehung sowohl in der Familie als auch in anderen gesellschaftlichen Strukturen bedarf zielgerichteter Impulse, um dem hohen Anteil an Sozialhilfe empfangenden Kindern und Jugendlichen entgegen wirken zu können. Die zunehmend hohe Jugendarbeitslosigkeit signalisiert diesen Bedarf entschieden. Die über das „Sofortprogramm“ der Bundesregierung in die Wege geleiteten Schritte decken bei weitem nicht den momentanen Bedarf an Ausbildungsplätzen und haben oftmals den Charakter einer Symptombehandlung.

<sup>26</sup> Bundesanstalt für Arbeit, Geschäftsbericht 1998, Nürnberg 1999

## 6. Beschäftigungsförderung – ein Weg aus der Sozialhilfe

Bei der Entstehung materieller Armut ist Arbeitslosigkeit einer der Hauptrisikofaktoren. Angesichts des Strukturwandels ganzer Wirtschaftszweige, der fortschreitenden Automatisierung und Globalisierung von Arbeitsmärkten wird jedoch schnell deutlich, dass die Möglichkeiten der Kommunen, Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen oder gar zu verhindern, außerordentlich eingeschränkt sind. Dennoch ist es auch Aufgabe der Kommunen, sich an Lösungen von Beschäftigungsproblemen zu beteiligen, allerdings unter lokalspezifischen Gesichtspunkten.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat sich 1996, unter mehreren Optionen, für eine „Kooperative Beschäftigungsförderung“<sup>27</sup> mit folgendem Aufgabenprofil entschieden:

- Schaffung von Qualifizierungsmaßnahmen für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes, um deren Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- Entwicklung neuer Produkte und Beschäftigungsmöglichkeiten im ökologischen und sozialen Bereich, um
  - über Existenzgründungen sich tragende Betriebe im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen
  - für bestimmte Zielgruppen einen zweiten Arbeitsmarkt zu eröffnen.
- Einsatz von Beschäftigungsförderung als Instrument für Gleichstellungspolitik
- Entlastung von Sozialhilfeausgaben, die im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit entstehen.

Gleichsam als politisches Postulat soll die Darmstädter Beschäftigungsförderung darüber hinaus mit den sonstigen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung verbunden werden.

Die Beschäftigungsförderung in Darmstadt ist der Sozialverwaltung zugeordnet. Sie verfügt über vier Mitarbeiter/innen mit einem Arbeitsvolumen von drei Vollzeitstellen und einer Teilzeitstelle von 25 Wochenarbeitsstunden.

Kooperationspartner sind u. a. der Internationale Bund (IB), das Arbeitsamt Darmstadt, das „Wurzelwerk“ in Groß-Umstadt, der Verein für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen (BAFF), die „KOOP Frauen“ und Unternehmen der freien Wirtschaft.

Neben Qualifizierungsmaßnahmen für besondere Problemgruppen, die unter Nutzung diverser öffentlicher Fördermittel durchgeführt werden, gehören die Maßnahmen der sogenannten Hilfe zur Arbeit<sup>28</sup> zum Tätigkeitsprofil der Beschäftigungsförderung.

Dabei werden arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger für maximal ein Jahr tariflich entlohnt beschäftigt, um entweder ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen oder, aufgrund erworbener Ansprüche auf Arbeitslosengeld, sie zumindest vorübergehend von Sozialhilfe unabhängig zu machen.

Im Zusammenhang mit der regionalisierten Bekämpfung von Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene ist die Beschäftigungsförderung auch an dem Projekt „Soziale Stadt“ (ehem. Einfache Stadterneuerung) beteiligt. Hierbei handelt es sich um ein überwiegend durch Landes-/Bundesmittel gefördertes Projekt zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur von besonders belasteten Stadtteilen.

<sup>27</sup> Magistratsbeschluss Nr. 0264 vom 17. April 1996

<sup>28</sup> § 19 BSHG

Ausdrücklicher Bestandteil dieses Projektes ist die „Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung von Arbeits- Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Bewohner“<sup>29</sup> Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit (1996 – 1998) konnte die Beschäftigungsförderung<sup>30</sup>:

- 248 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Die Arbeitsplätze rekrutierten sich dabei aus kleineren und mittleren Unternehmen.
- 498 Personen dem zweiten Arbeitsmarkt zuführen. Schwerpunkte bildeten u. a. der Bereich Elektronik-Recycling, das Secondhand-Warenhaus (Secondo) und Hauswirtschaftsprojekte.
- 500 Personen in Qualifizierungsmaßnahmen einbinden, wie Förder- und Orientierungskurse, Sprachlehrgänge etc.

Bei Auswahl und Einsatz der für die einzelnen Maßnahmen in Frage kommenden Personen ist es bisher gelungen, nahezu eine paritätische Verteilung der Geschlechter sicherzustellen.

Die Projekte Café „BAFF“ und Warenhaus „Secondo“ sind zur Zeit noch klassische Projekte im zweiten Arbeitsmarkt. Perspektivisch sollen sie jedoch so strukturiert werden, dass sie sich wirtschaftlich selbst tragen, um dann als Existenzgründungen auf dem „freien Markt“ zu konkurrieren.

Die Erfahrungen der Beschäftigungsförderung belegen, dass die Zielgruppe über keine oder nur geringe berufliche Qualifikation verfügt. Dies mindert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen alleine reichen nicht aus, vielmehr wären mehr Arbeitsplätze mit vergleichsweise niederem Anforderungsprofil erforderlich.

Eine weitere Schlussfolgerung aus der seitherigen Tätigkeit ist die Notwendigkeit, die Wirtschaftlichkeit der Beschäftigungsprojekte durch eine deutliche Verbesserung der Einnahmen weiter zu erhöhen.

Unter dem Aspekt der Einsparungen von Sozialhilfekosten können, infolge derzeit noch fehlender Instrumentarien für detaillierte Kosten-Leistungsvergleiche, nur Näherungswerte ermittelt werden.

Der neueste Jahresbericht der Beschäftigungsförderung weist für Darmstadt eine jährliche Einsparung an Sozialhilfekosten von ca. 2,5 Mio. DM aus. In diesem Bericht sind auch die Zahlen über die weitere Entwicklung der Vermittlungen in den ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt enthalten<sup>31</sup>.

<sup>29</sup> Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ – HEGISS, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden, März 1999, S. 12

<sup>30</sup> Quelle: Sozialverwaltung, Beschäftigungsförderung

<sup>31</sup> Sozialverwaltung, Jahresbericht 1998/99 der Beschäftigungsförderung in Darmstadt

## 7. Wohnen und Armut

Neben der Arbeitslosigkeit wird die Wohnungsnot häufig in einem Atemzug mit der gegenwärtigen Armutsentwicklung in Deutschland genannt. Die Wohnsituation und die Wohnumfeldes der Bevölkerung ist elementarer Bestandteil der Sozialberichterstattung. Von der Wohnqualität hängt nicht nur das Wohlbefinden der Menschen ab, sondern auch ihre Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Menschen, die einen sozialen Brennpunkt oder das Frauenhaus als Adresse angeben, unterliegen noch immer einer Stigmatisierung.

Allgemein hängt der Zugang zum Wohnungsmarkt zum einen von der Struktur des lokalen Wohnungsmarktes ab, zum anderen von den individuellen Voraussetzungen der Wohnungssuchenden.

Die individuelle Position auf dem Wohnungsmarkt wird durch folgende Strukturen bestimmt:

- ökonomische Ressourcen der Wohnungssuchenden,
- Haushalts- und Familienstruktur,
- sozialer Status
- Umzugsbereitschaft und -notwendigkeit.

Prekäre Wohnungsverhältnisse können den Einstieg in eine „Armutskarriere“ darstellen. Bei der typischen Wirkungskette folgen auf Arbeitslosigkeit Mietschulden, die wiederum veranlassen den Vermieter, mit einer Räumungsklage zu reagieren, worauf – im schlimmsten Fall – am Ende eine Unterbringung in Not- oder Sammelunterkünften steht.

### 7.1 Bundesweite Trends am Wohnungsmarkt

Wohnungsnot in der Bundesrepublik oder in einer Stadt lässt sich durch vier Ursachen beschreiben: durch demographische Ursachen, durch gesellschaftlich-ökonomische Gründe, durch individuelle Betroffenheit und durch politische Entscheidungen.

Die demographischen Ursachen werden durch den Wandel der Lebens- und Haushaltsformen verursacht:

- Trend zum Alleinwohnen (Stichwort: Singles),
- Trend zu Wohnungen mit größerer Wohnfläche,
- Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten und dadurch erhöhter Bedarf an Wohnraum
- Mobilitätsanforderungen durch den Arbeitsmarkt, wodurch der Bedarf von Nebenwohnsitzen steigt.

Gesellschaftlich-ökonomische Gründe von Wohnungsnot sind:

- Mietsteigerungen,
- Luxusmodernisierung von Wohnungen mit höheren Mietkosten,
- Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Zweckentfremdung von Wohnraum durch Umwandlung in Büros, Praxen
- Nutzung vorhandenen Wohnraums als Arbeitsplatz durch Selbstständige.

Die individuelle Betroffenheit von Wohnungsnot liegt in der Überschuldung der Haushalte mit der Folge von Mietzahlungsschwierigkeiten (vgl. Kap. 4). Ferner sind Personen mit Niedrigeinkommen, Arbeitslose, psychisch Kranke etc. einem höheren Risiko von Wohnungsnot ausgesetzt.

Die politischen Ursachen von Wohnungsnot liegen im staatlichen Rückzug aus dem Wohnungssektor und der Deregulierung des Wohnungsmarktes. Durch den partiellen Rückzug des Staates aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaues kann es – mit großen regionalen Unterschieden – zu Problemen am Wohnungsmarkt kommen.

Die strukturellen Probleme am Wohnungsmarkt entstehen durch:

- eine das Angebot übersteigende Nachfrage nach Wohnungen bzw. nach bestimmten Wohnungstypen oder –größen,
- hohe Mietpreise,
- Verknappung billigen Wohnraums,
- Rückgang des sozialen Wohnungsbaus
- Modernisierung von Altbauten.

In Deutschland haben – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wie z. B. den Niederlanden oder Großbritannien – weniger Haushalte Privateigentum an Immobilien. Bei der Sondererhebung zum Mikrozensus vom April 1998<sup>32</sup> zeigte sich, dass 59,1 % aller Haushalte in Deutschland zur Miete und nur 40,9 % aller Haushalte im eigenen Haus oder der eigenen Eigentumswohnung wohnen. Diese Tatsache wird sich erst mittelfristig und langsam ändern, wie die Zahl der neu gebauten Wohnungen für Deutschland ergibt:

Bei den Baugenehmigungen für Wohnungen in 1997 entfielen auf öffentliche Bauherren lediglich 1,5 % des gesamten Bauvolumens, auf private Haushalte dagegen ca. 56 und auf Wohnungsunternehmen ca. 42 %<sup>33</sup>. Der partielle Rückzug der staatlichen Bautätigkeit insgesamt und vor allem aus dem sozialen Wohnungsbau wird hier für die Bundesrepublik offenkundig.

Wichtig für die Beurteilung von Wohnungsnot ist auch der Vergleich der Einkommensentwicklung der privaten Haushalte und der Anstieg der Mietpreise:

Von 1991 bis 1998 hat sich der Gesamtindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte um 19,4 % erhöht, der Index der Ausgaben für Wohnen jedoch um 31,3 %. Dieser berücksichtigt Ausgaben für die Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe<sup>34</sup>. In der Konsequenz bedeutet dies, dass im Jahre 1998 Mieten und Nebenkosten 25 % des privaten Verbrauchs betragen, nach noch 19 % in 1993<sup>35</sup>.

## 7.2 Entwicklung auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt

Die Entwicklung des Wohnungsbestandes auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt und der Bestand nach Wohnungstypen sind ebenfalls wesentliche Merkmale der örtlichen Wohnverhältnisse.

Ist die Entwicklung der Nachweis über Bautätigkeiten auf dem Wohnungssektor, so ist der Wohnungsbestand (Tab. 17), in Verhältnis gesetzt zu den Wünschen von Wohnungssuchenden (Kap. 7.5, Tab. 20, Grafik 11) ein Indikator dafür, inwieweit das Wohnungsangebot mit den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden übereinstimmt.

Das Bilden von Zeitreihen zum Bedarf von Wohnungssuchenden wäre eine Voraussetzung, um die Kommune in die Lage zu versetzen, zumindest im sozialen Wohnungsbau das Wohnungsangebot mittelfristig zu steuern.

<sup>32</sup> Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1998, Metzler-Poeschel Stuttgart 1999, S. 243, Tabelle 10.11

<sup>33</sup> Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1998, Metzler-Poeschel Stuttgart 1999, S. 232, Tabelle 10.1

<sup>34</sup> Statistisches Bundesamt, Preise, Fachreihe 17

<sup>35</sup> Statistisches Bundesamt, Einkommens-Verbrauchsstichprobe 1998

Tabelle 16

Entwicklung des Wohnungsbestandes in Darmstadt 1988 bis 1998 <sup>1)</sup>							
Jahr	Wohnungs- bestand am 31.12.	Zunahme an Wohnungen im Jahr					
		insgesamt	davon mit ... Räumen				
			1	2	3	4	5 u. mehr
1988	68.032	404	33	91	138	68	74
1989	68.330	298	3	25	82	61	127
1990	68.690	360	22	38	37	101	162
1991	69.137	447	38	26	89	179	115
1992	69.935	798	172	207	186	121	112
1993	70.218	283	3	44	55	96	85
1994	70.891	673	69	176	189	112	127
1995	71.796	905	180	335	151	129	110
1996	72.676	880	167	240	227	158	88
1997	73.125	449	27	75	159	113	75
1998	73.702	577	62	55	211	116	133

Quelle: Darmstadt in Zahlen 1998 1) Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

In den letzten zehn Jahren hat sich der Wohnungsbestand in Darmstadt um 5.670 Wohnungen erhöht. (73.702 zu 68.032). Nach Wohnungstypen ist festzuhalten, dass 1995 und 1996 die größten Zuwächse bei 2-Zimmer-Wohnungen erfolgten, seit 1997 jedoch eher 3-Zimmer-Wohnungen bevorzugt errichtet werden.

Der Bestand nach Wohnungstypen zum 31.12.1998 stellt sich folgendermaßen dar:

- 4-Zimmer-Wohnungen 31,1 %
- 5- und mehr-Zimmer-Wohnungen 28,4 %
- 3-Zimmer-Wohnungen, 24,1 %
- 2- bzw. 1-Zimmer-Wohnungen jeweils unter 10 %.

Tabelle 17

Wohnungsbestand in Darmstadt nach Anzahl der Räume zum 31.12.1998 <sup>1)</sup>						
Bestand	Wohnungen insgesamt	davon mit ... Räumen				
		1	2	3	4	5 u. mehr
absolut	73.702	4.984	7.059	17.753	22.938	20.968
in %	100	6,8	9,6	24,1	31,1	28,4

Quelle: Darmstadt in Zahlen 1998 1) Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Der Wohnungsbestand von 73.702 Wohnungen bedeutet, dass, bezogen auf die Darmstädter Gesamtbevölkerung (135.315), am 31.12.1998 rechnerisch für 1,84 Personen eine Wohnung zur Verfügung stand.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass zur Gesamtbevölkerung weitere 9.375 Personen zu rechnen sind, die mit Nebenwohnsitz gemeldet waren. Unter Berücksichtigung dieses Personenkreises ergibt sich ein Quote von 1,96 Personen je Wohnung.

Im Zusammenhang mit Armutsberichterstattung ist naturgemäß der Mietzins und seine Auswirkungen von besonderem Interesse. Für Darmstadt liegen zwar keine Daten über den Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand vor, es ist jedoch zu vermuten, dass das Verhältnis dem Hessischen Landeswert von 56,7 % entspricht<sup>36</sup>.

Zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete erstellt das Institut Wohnen und Umwelt den darmstädter Mietspiegel. Dies ist eine amtliche Auskunft über das allgemeine Mietpreisgefüge in Darmstadt.

Ein Vergleich des Mietspiegels 1988 mit dem Mietspiegel für 1997 führt zu folgenden Feststellungen:

Am Beispiel einer typischen Mietwohnung von 80 m<sup>2</sup>, Baujahr 1987/88 stieg die Miete bis 1997 um 22,2 %, bei einer Mietwohnung von 60 m<sup>2</sup> betrug die Mietsteigerung sogar 24,9 %. Bei den Nebenkosten betrug die Steigerungsrate im gleichen Zeitraum 41,4 %. Differenziert nach einzelnen Positionen ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild. So stiegen die Wasserkosten um 95,1 %, die Heizkosten um 43,3 % und die Kosten für Straßenreinigung um 12,5 %. Die Kosten für die Müllabfuhr sind um 17,8 % gefallen.

Als Schlussfolgerung bleibt: Auch in Darmstadt sind Mieten und bestimmte Teile der Nebenkosten in den letzten Jahren stärker als andere Lebenshaltungskosten gestiegen. Insbesondere betroffen von dieser Preissteigerung sind Haushalte mit niedrigem Einkommen.

### 7.3 Sozialer Wohnungsbau

Die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus mittels Sozialwohnungen diente der Überwindung der schlimmsten Wohnungsnot in der Nachkriegszeit mit dem Ziel der Schaffung preiswerten Wohnraums. Doch zeigen sich für die Bundesrepublik neue Tendenzen auf dem Wohnungsmarkt: die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung führte in den letzten Jahrzehnt zu einer massiven Forcierung der freien Wohnungsmarktwirtschaft, verbunden mit einem deutlichen Rückgang des Sozialwohnungsbaus. Dies blieb auch für Darmstadt nicht folgenlos. Zum 30.06.1995 (Armutsbericht 1995) verfügte die Stadt über mehr als 8000 öffentlich geförderte Wohnungen. Seither sind die sogenannten „Sozialwohnungen“ um 916 Wohnungen auf 7.107 Wohnungen zurückgegangen.

Der noch im Armutsbericht von 1995 befürchtete dramatische Rückgang ist somit nicht eingetreten. Hauptursache hierfür ist, dass seit der letzten Untersuchung in umfangreichem Maße Wohnungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen wurden. Aus dem Blickwinkel von preisgünstigem Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen relativiert sich der Bestand an Wohnungen im sozialen Wohnungsbau insofern, als zum Jahreswechsel 1998/1999 hiervon 1.361 Haushalte eine sogenannte Fehlbelegungsabgabe entrichten mussten, da das erzielte Einkommen die Bemessungsgrenze überschritt<sup>37</sup>.

Von Aussagekraft ist eine kleinräumige Betrachtung des Auslaufens der Sozialbindung im Wohnungsbestand. Vor allem die statistischen Bezirke 140 „Kapellplatzviertel“, 150 „St. Ludwig mit Eichbergviertel“, 910 „Kranichstein-Süd“, aber auch 510 „Am Südbahnhof“ sind hiervon betroffen. Neugeschaffene öffentlich geförderte Wohnungen liegen in den Statistischen Bezirken 270 (Am Ziegelbusch), 620 (Arheilgen-Süd) und 720 (Am Lämmchesberg), mit jeweils 100 Wohnungen.

<sup>36</sup> Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1998, S. 243

<sup>37</sup> Quelle: Amt für Wohnungswesen

Tabelle 18, Grafik 10

Öffentlich geförderte Wohnungen in Darmstadt nach statistischen Bezirken			
Statistische Bezirke/ Stadtteile	31.12.1998	30.06.1995	Veränderung 1995/98
110 Stadtzentrum	-	-	-
120 Rheintor/Grafenstraße	60	51	9
130 Hochschulviertel	31	31	-
140 Kapellplatzviertel	133	371	-238
150 St. Ludwig mit Eichbergviertel	287	523	-236
100 DA-Mitte	511	976	
210 Johannesviertel	187	173	14
220 Martinsviertel-West	395	361	34
230 Martinsviertel-Ost	339	469	-130
240 Waldkolonie	127	147	-20
250 Bahnhofsviertel	26	-	26
260 Industrieviertel	75	17	58
270 Am Ziegelbusch	453	286	167
200 DA-Nord	1.602	1.453	
310 Am Oberfeld	-	12	-12
320 Mathildenhöhe	117	137	-20
330 Woogsviertel	72	176	-104
340 An den Lichtwiesen	119	44	75
300 DA-Ost	308	369	
410 Paulusviertel	103	98	5
420 Alt-Bessungen	127	241	-114
430 An der Ludwigshöhe	17	-	17
400 DA-Bessungen	247	339	
510 Am Südbahnhof	72	304	-232
520 Heimstättensiedlung	114	142	-28
530 Verlegerviertel	212	229	-17
540 Am Kavalleriesand	33	-	33
500 DA-West	431	675	
DA-Innenstadt	3.099	3.812	
610 Alt-Arheilgen	78	80	-2
620 Arheilgen-Süd	400	280	120
630 Arheilgen-West	355	347	8
640 Arheilgen-Ost	30	23	7
600 DA-Arheilgen	863	730	
710 Alt-Eberstadt	28	54	-26
720 Am Lämmchesberg	308	116	192
730 Villenkolonie	18	-	18
740 Am Frankenstein	6	6	-
750 Kirchtannensiedlung	1.386	1.368	18
700 DA-Eberstadt	1.746	1.544	
810 Wixhausen-West	2	4	-2
820 Wixhausen-Ost	240	246	-6
800 DA-Wixhausen	242	250	
910 Kranichstein-Süd	461	992	-531
920 Kranichstein-Nord	696	695	1
900 DA-Kranichstein	1.157	1.687	
Stadtgebiet insgesamt	7.107	8.023	-916

Quelle: Amt für Wohnungswesen

Tabelle und Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Armut in Darmstadt - Zweiter Bericht.

## 7.4 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf

Der Anstieg der Armut als Folge der andauernden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise stellt die Städte und Kommunen vor neue Herausforderungen. Es zeichnet sich eine zunehmende Polarisierung von Arm und Reich ab, die sich auch räumlich dokumentiert. In bestimmten Stadtteilen und Wohngebieten konzentrieren sich Armutslagen und Multi-problemsituationen.

In den traditionell benachteiligten Wohngebieten Kirschenallee und Rodgaustraße/Messeler Straße hat sich die Wohnsituation nach Sanierungsmaßnahmen verbessert. In der Kirschenallee ist die Sanierung bereits abgeschlossen, in der Rodgaustraße noch nicht. Dort hat die Stadt in einem ersten Sanierungsschritt 11 Reihenhäuser erstellt. Mit der Sanierung der Schlichtbauten in der Rodgaustraße wird voraussichtlich im Jahre 2000 begonnen. Der dringend notwendige Neubau eines Jugendhauses und der Bau eines Gemeinschaftshauses, wie er in Sanierungsgutachten gefordert wird, steht nicht in Aussicht. In der Kirschenallee ist durch die weiterhin bestehende Lebenslagenarmut und subkulturelle Sozialstruktur der Bedarf an Beratung und Förderung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, weiterhin hoch.

Im Wohngebiet Akazienweg ist die Bedarfslage vergleichbar mit der in der Rodgaustraße. Die Sanierungsmaßnahmen haben dort begonnen. Zum Teil wurden sie durch den Beschäftigungsträger Wurzelwerk e. V. durchgeführt, der Bewohner/innen aus den drei Brennpunkten beschäftigte. Ähnlich wie in der Rodgaustraße und Kirschenallee sind im Akazienweg längerfristige Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung, der Förderung von Selbsthilferessourcen und zur Unterstützung in der Erziehungsarbeit notwendig<sup>38</sup>.

Dem Sozialbericht der Stadt Darmstadt über die Kirchtannensiedlung aus dem Jahr 1996 ist zu entnehmen, dass sich die soziale Lage im Viertel innerhalb kürzester Zeit erheblich verschlechtert hat. Als besonders problematisch stellt sich die steigende Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, sowie der Zuwachs an Aussiedlerinnen und Aussiedlern dar. Erste Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage im Stadtteil wurden unternommen. Im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ (ehem. Einfache Stadterneuerung) wurde dort ein Stadtteilmanagement installiert, unterstützt von zwei Gemeinwesenarbeiter/innen, um:

- Mängel in der Infrastruktur des Wohngebietes zu beheben,
- die Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohner an Projekten zu initiieren,
- die Arbeitslosigkeit mittels lokalen Beschäftigungsprojekten zu reduzieren und
- längerfristig ein Entwicklungsnetzwerk vor Ort einzurichten.

In Kranichstein-Süd besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Die personellen und finanziellen Ressourcen der Stadtverwaltung sowie der freien Träger sind dort ausgereizt. Die Aufnahme des Stadtteils in das Förderprogramm Soziale Stadt könnte Abhilfe schaffen. Deswegen ist auch ein Antrag auf Aufnahme in das Förderprogramm beim Land Hessen gestellt worden. Die von der Sozialverwaltung initiierten Prozesse der Jugendhilfeplanung und deren Ergebnisse könnten dann schrittweise umgesetzt werden.

Um dem besonderen Entwicklungsbedarf von Stadtteilen mit hoher Sozialhilfedichte, Arbeitslosigkeit, Segregation und sonstigen Standortnachteilen Rechnung zu tragen, sind aus Sicht der Verfasserinnen und Verfasser folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

<sup>38</sup> Aktuelle Informationen zum Akazienweg sind im Sozialbericht Waldkolonie enthalten.

- Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort,
- Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Bewohnerinnen und Bewohner,
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur des Wohngebietes,
- Städtebauliche Weiterentwicklung des Stadtteils.

Über allem und vorrangig sollte jedoch die Bürgerbeteiligung stehen, da nur so letztlich eine Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit „ihrem“ Stadtteil erreicht werden kann.

## 7.5 Wohnungssuchende

Bei der gegenwärtigen Situation auf dem Wohnungsmarkt gibt es weder in der Bundesrepublik noch in Darmstadt eine allgemeine Wohnungsnot. Die Mehrheit der Bevölkerung ist unmittelbar nicht davon betroffen, sondern lebt in guten oder zumindest doch akzeptablen Wohnverhältnissen. Demgegenüber ist es eine Minderheit, die in den letzten Jahren Wohnungsnot ausgesetzt war.

Wohnungsnot ergibt sich aus folgenden Ursachen:

- Obdachlosigkeit (vgl. Kap. 7.6)
- drohender Verlust der Wohnung
- unzumutbare Wohnverhältnisse
- extreme Mietbelastung

Eine Analyse der Wohnungssuchenden und der vermittelten Wohnungen ergibt sich aus den Jahresberichten der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle des Amtes für Wohnungswesen. Die registrierten wohnungssuchenden Haushalte sind jedoch nur ein Teil der insgesamt bestehenden Nachfrage nach günstigem Wohnraum. Die kommunale Wohnungsvermittlung können nur die Bewohnerinnen und Bewohner in Anspruch nehmen, die auch Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben und sich innerhalb der festgelegten Einkommensgrenzen bewegen.

Tabelle 19

<b>Wohnungsbewerber/innen und vermittelte Wohnungen der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle</b>								
Wohnungen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Bewerber/innen</b>								
vermittelte Wohnungen	532	584	502	655	611	554	670	573
Wohnungsbewerber/innen am 31.12. darunter <sup>1)</sup>	3.842	2.656	2.330	2.088	2.256	1.741	1.569	1.397
Kinderreiche Familien	313	240	213	172	199	145	166	163
Junge Ehepaare	1.009	759	629	513	620	466	386	343
Ältere Menschen	275	222	195	189	187	141	143	128
Alleinerziehende	500	327	267	240	242	177	176	129
Ausländische Arbeitnehmer/innen	698	628	597	551	662	568	538	485
Schwerstbehinderte	123	128	151	132	147	143	121	127
Aussiedler/innen	1.196	677	522	446	446	247	184	98
Sonstige	1.178	729	654	589	617	534	474	467

1) Anspruchsberechtigte können auch mehrere Kriterien erfüllen.  
Quelle: Jahresberichte Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle, Amt für Wohnungswesen  
Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Die Zahl der Wohnungsbewerberinnen und -bewerber ist in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern zurückgegangen. Dies ist ein Hinweis auf eine entspanntere Lage auf dem Wohnungsmarkt als noch zu Beginn der neunziger Jahre. So sank die Zahl der Wohnungssuchenden, die sich an die Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle wandten, von 3.842 Personen im Jahr 1991 auf 1.397 Personen am 31.12.1998.

Auffällig ist, dass in Darmstadt junge Ehepaare, Migrantinnen und Migranten das Gros der Wohnungssuchenden stellen. Die Zahl der Alleinerziehenden, die eine Wohnung suchen, ist seit 1991 deutlich zurückgegangen: von 500 im Jahr 1991 auf 129 im Jahr 1998.

Eine Auswertung nach Art der gesuchten Wohnungen ergab folgendes Bild:

Tabelle 20, Grafik 11

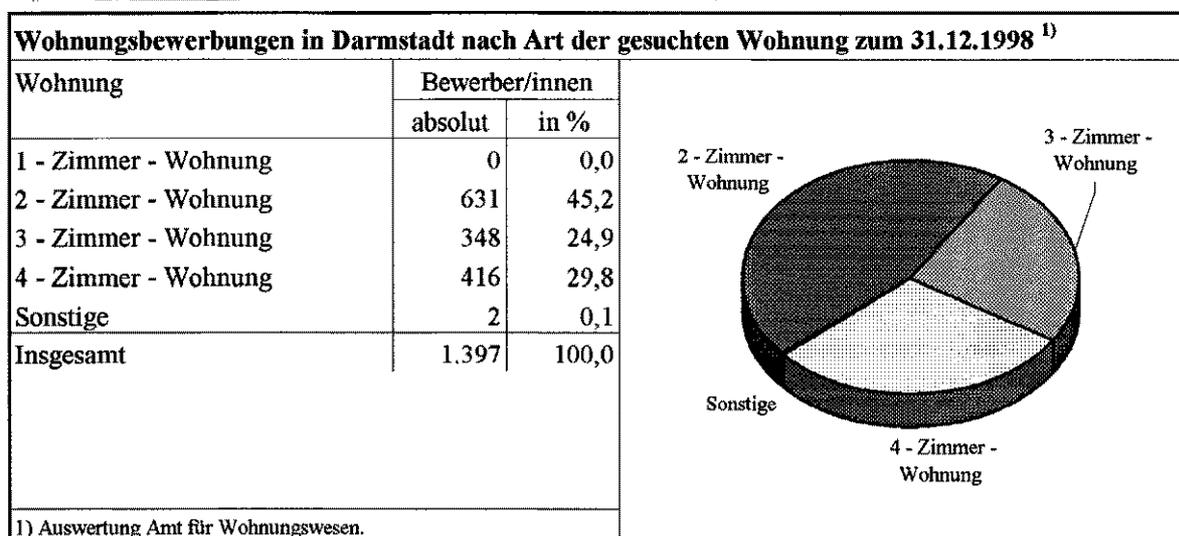


Tabelle u. Grafik: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Interessant ist, dass fast die Hälfte aller Wohnungsbewerberinnen und -bewerber nach einer 2-Zimmer-Wohnung sucht, die, wie zuvor gezeigt, nur einen kleinen Anteil am Darmstädter Wohnungsmarkt ausmacht.

## 7.6 Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist die augenfälligste Art von Wohnungsnot. Sie widerspricht üblichen Standards, Obdachlose sind gezwungen, ihr Leben vor den Augen anderer zu führen, das Mindestmaß an Privatsphäre, Rückzugsmöglichkeit und Schutz ist nicht mehr gegeben.

Die geforderte Wohnungssicherungsstelle wurde inzwischen eingerichtet. Die Erfahrungen mit der Wohnungssicherungsstelle sind überwiegend positiv. In zahlreichen Fällen konnte Wohnungslosigkeit durch die Arbeit dieser Stelle verhindert werden. Es zeigte sich aber auch, dass eine intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen notwendig ist. Ebenso sollte die Wohnungssicherungsstelle noch bekannter gemacht werden.

In der Vergangenheit erfolgte die Unterbringung Obdachloser in Darmstadt zum überwiegenden Teil in Gemeinschafts-Notunterkünften. In diesen Unterkünften entstanden sowohl durch die Belegung mit unterschiedlichsten Problemgruppen als auch aufgrund der räumlichen und baulichen Gegebenheiten „untragbare“ Zustände.

Die mit Obdachlosen arbeitenden freien Träger haben zusammen mit dem Amt für Wohnungswesen und der Sozialverwaltung, unter Federführung der zuständigen Dezernentin für Wohnungswesen, in den Jahren 1998 und 1999 ein Konzept zur Unterbringung Wohnungsloser, das **Konzept Obdachlosenhilfe**, entwickelt. Kernpunkte des Konzeptes sind die dezentrale Unterbringung in kleineren Einheiten, die Entmischung der Problemgruppen, das Angebot sozialarbeiterischer Betreuung und ein spezielles Angebot für Frauen.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1999 wurde mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen. Es entstanden

- eine Unterkunft, die vorwiegend mit Personen mit Alkoholproblemen sowie mit psychisch Kranken belegt wird,
- eine Unterkunft, die vorwiegend mit Personen mit Drogenproblemen belegt wird,
- eine Unterkunft für Familien mit Kindern,
- ein Übernachtungsheim für Frauen.

Bestandteil des Konzeptes ist die Einrichtung von Notschlafplätzen für Drogenabhängige. Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat am 14.07.1999 die Einrichtung von Notschlafplätzen beschlossen, so dass nunmehr die Umsetzung dieses wichtigen „Bausteins“ erfolgen kann.

Die bisherige Umsetzung des Konzeptes Obdachlosenhilfe hat nach übereinstimmender Einschätzungen den Betroffenen erhebliche Verbesserungen gebracht.

Das Konzept kann jedoch nur als ein Anfang verstanden werden. Die Unterkünfte können für die Betroffenen jeweils nur eine Übergangslösung in einer Notsituation sein. Es fehlt noch immer an Angeboten, die durch eine bedarfsgerechte Hilfe ein dauerhaftes Wohnen ermöglichen.

In Darmstadt fehlen insbesondere Angebote für Wohnungslose, die nicht mehr in Wohnung und Arbeit einzugliedern sind. Oft sind Wohnungslose durch das Leben auf der Straße „vorgealtert“, so dass Gesundheitszustand und Hilfebedarf eine Altenheimaufnahme rechtfertigen würden. In den bestehenden Altenheimen finden Wohnungslose aufgrund der dort bestehenden Altersstruktur, aber auch aufgrund der eher auf die Mittelschicht orientierten Ausrichtung der Heime kaum Aufnahme und sind wegen ihres abweichenden Verhaltens dort nur schwer zu integrieren.

Ebenso fehlen Angebote für psychisch kranke Wohnungslose. In den bestehenden Angeboten finden diese Wohnungslosen wegen der relativ hochschwelligten Anforderungen nur schwer Aufnahme.

Im Bereich des Betreuten Wohnens ist für Darmstadt eine Ausweitung der Platzzahlen nach § 72 BSHG durch den LWV (überörtlicher Sozialhilfeträger) zugesagt, aber noch nicht erfolgt.

Für den Bereich der Drogenhilfe fehlt in Darmstadt das Angebot des Betreuten Wohnens völlig.

Eine Folge des Konzeptes ist, dass damit die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zur Regel wird. Wohnungslose, die die Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften für sich nicht annehmen können, z. B. weil sie den dort bestehenden Kontakt zu anderen scheuen oder weil sie keine sozialarbeiterische Betreuung wollen und lediglich ein Obdach suchen, fallen durch alle Angebote hindurch. Daher ist die Fortschreibung des Konzeptes Obdachlosenhilfe angezeigt.

Tabelle 21

<b>Personen mit Tabellenwohngeld in Darmstadt nach statistischen Bezirken zum 31.12.1998</b>			
Statistische Bezirke/ Stadtteile	Personen mit Tabellen- wohngeld	Einwohner/innen zum 31.12.1998 <sup>1)</sup>	Personen mit Tabellenwohngeld auf 1000 Einw.
110 Stadtzentrum	67	1.310	51,1
120 Rheintor/Grafenstraße	119	3.246	36,7
130 Hochschulviertel	9	548	16,4
140 Kapellplatzviertel	132	5.128	25,7
150 St. Ludwig mit Eichbergviertel	141	5.905	23,9
100 DA-Mitte	468	16.137	29,0
210 Johannesviertel	135	4.859	27,8
220 Martinsviertel-West	233	5.597	41,6
230 Martinsviertel-Ost	271	5.564	48,7
240 Waldkolonie	89	3.703	24,0
250 Bahnhofsviertel	11	593	18,5
260 Industrieviertel	142	2.556	55,6
270 Am Ziegelbusch	204	4.373	46,6
200 DA-Nord	1.085	27.245	39,8
310 Am Oberfeld	14	3.244	4,3
320 Mathildenhöhe	89	2.622	33,9
330 Woogsviertel	145	4.783	30,3
340 An den Lichtwiesen	15	2.023	7,4
300 DA-Ost	263	12.672	20,8
410 Paulusviertel	50	5.008	10,0
420 Alt-Bessungen	148	6.065	24,4
430 An der Ludwigshöhe	18	1.637	11,0
400 DA-Bessungen	216	12.710	17,0
510 Am Südbahnhof	107	2.990	35,8
520 Heimstättensiedlung	59	5.857	10,1
530 Verlegerviertel	183	3.929	46,6
540 Am Kavalleriesand	15	776	19,3
500 DA-West	364	13.552	26,9
DA-Innenstadt	2.396	82.316	29,1
610 Alt-Arheilgen	86	4.207	20,4
620 Arheilgen-Süd	71	4.114	17,3
630 Arheilgen-West	129	5.090	25,3
640 Arheilgen-Ost	12	1.545	7,8
600 DA-Arheilgen	298	14.956	19,9
710 Alt-Eberstadt	83	4.998	16,6
720 Am Lämmchesberg	43	3.399	12,7
730 Villenkolonie	18	4.000	4,5
740 Am Frankenstein	26	3.360	7,7
750 Kirchtannensiedlung	484	6.366	76,0
700 DA-Eberstadt	654	22.123	29,6
810 Wixhausen-West	30	2.196	13,7
820 Wixhausen-Ost	80	3.551	22,5
800 DA-Wixhausen	110	5.747	19,1
910 Kranichstein-Süd	552	6.779	81,4
920 Kranichstein-Nord	205	3.394	60,4
900 DA-Kranichstein	757	10.173	74,4
Stadtgebiet insgesamt	4.215	135.315	31,1

Quelle: Amt für Wohnungswesen. 1) Auswertung aus dem Planungsdatensatz Einwohnerwesen.

Tabelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Wohnungslosigkeit ist Ausdruck extremster Armut. Diese Armut zu bekämpfen bedeutet, am Bedarf des Einzelnen orientierte Hilfe zu leisten. Für den einen ist eine mietrechtlich abgesicherte Wohnung die richtige Hilfe, für den anderen vielleicht ein sicherer Platz in einem Heim. Welche Art der Hilfe auch notwendig ist, das Ziel der Arbeit mit Wohnungslosen ist immer die Integration in das Leben der Gemeinschaft.

## 7.7 Wohngeld

Das Kriterium „Wohngeld“ ist neben der Sozialhilfedichte ein weiterer Faktor, der Aussagen über die regionale Verteilung von Armut zulässt.

Unterschieden wird dabei zwischen pauschalierem und Tabellenwohngeld. Die Mehrzahl der Empfängerinnen und Empfänger von HLU erhalten pauschaliertes Wohngeld, nämlich solange die Höhe der HLU mindestens 42,8 % der zu erbringenden monatlichen Grundmiete entspricht.

Empfängerinnen und Empfänger von HLU, die die Voraussetzung für pauschaliertes Wohngeld nicht erfüllen, können, wie sonstige Anspruchsberechtigte, Tabellenwohngeld geltend machen. Tabellenwohngeld ist abhängig von der Höhe des Einkommens, der Höhe der Miete und der Anzahl der Familienmitglieder.

In Ermangelung entsprechender Daten konnten im ersten Armutsbericht seinerzeit nur Aussagen zum pauschalierem Wohngeld getroffen werden. Mit den nunmehr vorhandenen Daten über die Bezieherinnen und Bezieher von Tabellenwohngeld ist der Untersuchungskreis derer, die einem höheren Armutsrisiko unterliegen, erweitert worden. Die Auswertung ergab, dass in Darmstadt 49,2 % der Bezieherinnen und Bezieher von Tabellenwohngeld Einpersonenhaushalte sind. 30 % sind Arbeitslose, 25,8 % Rentnerinnen und Rentner und nur 24,4 % Erwerbstätige<sup>39</sup>.

Die regionale Verteilung der Personen, die in Darmstadt am 31.12.1998 Tabellenwohngeld erhielten, ist in der Tabelle 21 und der Grafik 12 dargestellt.

Die statistischen Bezirke 110, Stadtzentrum, 230, Martinsviertel-Ost, 260, Industrieviertel, 910, Kranichstein-Süd und 920, Kranichstein-Nord liegen mit 50 % und mehr über dem städtischen Durchschnitt von 31,1 Personen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Zusammenhang mit der Sozialhilfedichte sind die statistischen Bezirke 260, 750 und 910 als extrem belastete Bezirke bekannt.

Der erhöhte sozialpolitische Handlungsbedarf in diesen Bezirken wird durch die Ergebnisse der regionalen Verteilung von Tabellenwohngeld nachhaltig unterstrichen. Die statistischen Bezirke 110, Stadtzentrum, 230, Martinsviertel-Ost und 920, Kranichstein-Nord sind im Zusammenhang mit der Sozialhilfedichte zwar noch nicht extrem, aber bereits überdurchschnittlich belastet.

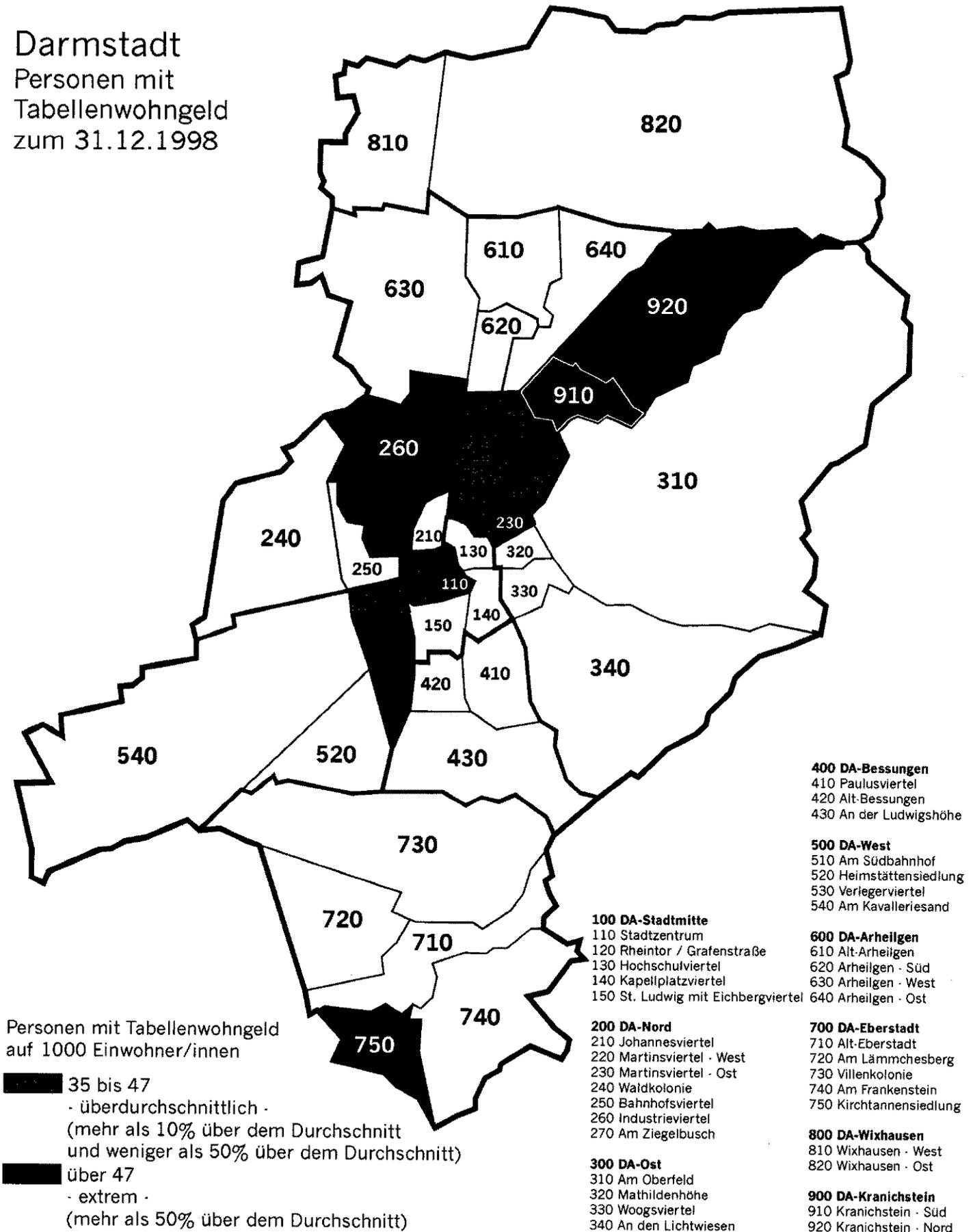
Aus Sicht der Verfasserinnen und Verfasser liegt in diesen Bezirken das größte Risikopotential für die weitere Entwicklung der Sozialhilfekosten der Stadt Darmstadt. Die geringsten Veränderungen wie Mieterhöhungen oder die Verringerung des Einkommens infolge Arbeitslosigkeit könnten in diesen Bezirken zur Zunahme der Anspruchsberechtigten auf HLU führen.

<sup>39</sup> Quelle: Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik, Darmstadt in Zahlen, 1998

Grafik 12

# Darmstadt

## Personen mit Tabellenwohngeld zum 31.12.1998



## 8. Gesundheit und Armut

Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind ebenfalls Risikofaktoren, die zu Armut führen können. Dies gilt vor allem dann, wenn die Beeinträchtigungen nicht von kurzer Dauer oder Folgen eines Arbeitsunfalls sind. Am Beispiel der Pflegeversicherung wird dies deutlich. Bei stationärer Pflege werden pflegebedingte Aufwendungen bis DM 2.800,- monatlich, in Ausnahmen (Vermeidung von Härtefällen) bis DM 3.300,- übernommen. Angesichts der Kosten für eine Platz in einem Pflegeheim von ca. DM 4.000,- bis DM 5.500,- verbleibt eine beträchtliche Finanzierungslücke, die - je nach Einzelfall - Sozialhilfebedürftigkeit nach sich zieht.

Am 31.12.1998 bezogen in Darmstadt 382 Personen ergänzende Sozialhilfe infolge stationärer Unterbringung wegen ihrer Pflegebedürftigkeit. Insgesamt standen 1.187 Pflegebetten zur Verfügung, wobei zu beachten ist, dass diese auch von Personen, die außerhalb Darmstadt wohnhaft sind, belegt werden können.

Eine differenzierte Untersuchung der Zusammenhänge von Armut und Gesundheit hätte ein Ausmaß an Untersuchungen und Auswertungen erfordert, die die Verfasserinnen und Verfasser des vorliegenden Berichtes so nicht zu leisten vermochten. Die in diesem Kapitel getroffenen Aussagen basieren daher auf den Erfahrungen Freier Träger, die in diesem Bereich tätig sind und Mitglieder der AG Armut waren.

### 8.1 Sucht

Im Zusammenhang mit Drogen ist zunächst zwischen illegalen und legalen Drogen zu unterscheiden. Allerdings hat diese Unterscheidung eher Auswirkungen im strafrechtlichen Bereich (z. B. Heroin im Vergleich zu Alkohol als legale Drogen) weniger jedoch im Zusammenhang mit Armut.

Suchtmittelmissbrauch und Suchtmittelabhängigkeiten führen oftmals bei Betroffenen und Angehörigen zu Armut oder Armutsmerkmalen in Form von:

- finanzieller Armut (in Einzelfällen durch hohen Kostenaufwand für die Beschaffung von Suchtmitteln, durch Arbeitsplatzverlust und Entstehung von Schulden)
- sozialer Armut (in Einzelfällen durch Vereinsamung, Verlust von Kontakten und Bindungen)
- seelischer Armut (in Einzelfällen durch Reduzieren persönlicher Interessen und lebensgestaltender Fähigkeiten, Pflegebedürftigkeit und seelischer Abbauprozesse und damit von Lebensqualität allgemein).

Gefährdet in Bezug auf Suchtmittelmissbrauch und Abhängigkeit von stoffgebundenen Suchtmitteln (Alkohol, Medikamente, Drogen) sowie nicht-stoffgebundenen Suchtmitteln (Spieler) können vorrangig Menschen mit sozialen und psychischen Störungen und Defiziten sein.

Suchtmittel werden oft zur Verbesserung von Alltagsempfindungen und zum Abbau von Sorgen und persönlichen Belastungen eingesetzt.

Jede Hilfsmaßnahme im Rahmen der Suchthilfe zielt auf eine Reduzierung von Armut, eine Aktivierung noch vorhandener Ressourcen und Fähigkeiten sowie auf eine Stabilisierung von Abstinenz mit dem Ziel erneuter sozialer- familiärer- beruflicher- und gesellschaftlicher Integration, soweit dies im Einzelfall erforderlich ist. Bei Schulden verweisen einzelne Hilfestellen auf die Möglichkeit einer Schuldnerberatung oder führen diese zum Teil selbständig mit geschultem Fachpersonal durch.

Zur Verringerung der Gefahr von Suchtabhängigkeiten dienen auch Präventionsmaßnahmen, die bei Bedarf u. a. in Schulen, Jugendzentren und Betrieben angeboten werden.

Die Stadt Darmstadt bemüht sich um eine umfassende und moderne Suchthilfe im Sinne eines Netzwerkes zwischen einzelnen Hilfeinrichtungen und Hilfesystemen, um ein möglichst umfassendes Angebot an Hilfen in der Stadt vorhalten zu können.

Neben den Hilfsangeboten kommunaler, kirchlicher und freier Träger besteht eine Zusammenarbeit der Hilfeinrichtungen untereinander, aber auch zu Ärzten, Fachärzten, stationären Einrichtungen der Suchthilfe, Allgemeinkrankenhäusern, Betrieben und zur Selbsthilfe.

Die Hilfsangebote umfassen Information, Beratung, Motivation, Unterstützung der Angehörigen, ambulante Therapie, Vermittlung in stationäre Einrichtungen und niederschwellige Angebote wie Hausbesuche, Methadonvergabe, Teestube, Nachtschlafstätten und Öffentlichkeitsarbeit.

Hervorzuheben sind die vielfältigen Dienste und Unterstützungsmaßnahmen, die die verschiedensten Selbsthilfegruppen der Suchthilfe in der Stadt leisten.

Darüber hinaus unterstützt ein Förderverein Suchthilfeprojekte insbesondere in den Fällen, wo kommunale und kirchliche Mittel nicht mehr vorhanden sind oder nicht ausreichen.

Der kommunale Präventionsrat der Stadt Darmstadt (KPRD), an dem alle Hilfeinrichtungen teilnehmen, versucht die bestehende Suchthilfe umfassend zu vernetzen, Lücken in der Hilfestellung aufzudecken und zu beseitigen sowie eine noch gezieltere Effektivität der Hilfen anzustreben.

Aus diesem Grunde wurde im Sommer 1999 eine Fragebogenaktion im Bereich legaler Suchthilfe gestartet. Nach deren Auswertung wird ein klareres Bild der Suchthilfemöglichkeiten in Darmstadt und noch bestehender Defizite erkennbar sein.

## **8.2 Psychisch Kranke**

Symptomatisch für psychisch Kranke ist, dass sie oftmals aus allen sozialen Bezügen wie Familie, Arbeit und Freundeskreis herausfallen. Daher ist ihre soziale Einbindung von hoher Priorität.

Abhängig vom jeweiligen Krankheitsbild ist darüber hinaus festzustellen, dass psychisch Kranke einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind als die übrige Bevölkerung. Ein Großteil der chronisch psychisch Kranken muss dauerhaft Medikamente einnehmen mit zum Teil schädlichen Nebenwirkungen. Neue, jedoch teure Medikamente mit geringeren Nebenwirkungen werden wegen der Budgetierung im Gesundheitswesen nicht bzw. ungern verschrieben. Ein weiterer der Gesundheit abträglicher Aspekt ist der psychische Dauerstress dem die Betroffenen ausgesetzt sind. Sie sind in ihrer Bewegung eingeschränkt, ernähren sich ungünstig, rauchen etc., kurzum, sie befinden sich in einem „Teufelskreis“ aus Stressbewältigung und gesundheitlichen Risiken.

Um soziale Kontakte zu pflegen, bedarf es für psychisch Kranke der entsprechenden Angebote oder auch finanzieller Mittel. Auf Rückfragen wird immer wieder berichtet, dass einige der Klienten Angebote der Beratungsstelle nur deshalb nicht wahrnehmen, weil ihnen die Anfahrtkosten zu teuer sind.

Das Freizeitverhalten gestaltet sich ebenfalls schwierig. Zum einen fehlt es, außerhalb von Beratungsstellen, an entsprechenden Angeboten, zum anderen sind auch hierfür in der Regel die finanziellen Mittel eingeschränkt.

Hinzu kommt der Umstand, dass bei psychisch Kranken häufig wenig Eigenmotivation vorhanden ist, um selbst etwas zu unternehmen.

Im Zusammenhang mit Kriminalität ist auf das erhöhte Opferrisiko hinzuweisen. Oft werden psychisch kranke Menschen von Betrügern übervorteilt, wobei Zeitungsabonnements noch das geringere Übel darstellen. In der Folge ist es nicht einfach für die Betroffenen, aus Verträgen ohne größere Verluste herauszukommen. Für eine Rechtsschutzversicherung fehlt häufig das Geld.

Im Vergleich zur Situation der psychisch Kranken in Darmstadt zum Zeitpunkt des Armutsberichtes 1995 mit heute haben sich durchaus positive Entwicklungen ergeben. So konnte im Rahmen der differenzierten Hilfsangebote Ende 1998 ein Beschäftigungsprojekt in der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle, Sturzstraße 9, eingerichtet werden. Hier haben psychisch kranke Menschen die Möglichkeit, einer leichten Beschäftigung nachzugehen. Dieses ist sicherlich nicht im Rahmen von einer geregelten Arbeit zu sehen, sondern eher im Bereich Tagestrukturierung, soziale Beziehungen und Freizeit. Außerdem gibt es eine geringe wirtschaftliche bzw. finanzielle Unterstützung.

Das Betreute Einzelwohnen für psychisch kranke Menschen konnte ausgebaut werden. Der Sozialpsychiatrische Verein, Stiftstraße 35, konnte eine Wohneinrichtung für „intensiv Betreutes Wohnen“ aufbauen. Hier können psychisch kranke Menschen mit einem Betreuungsschlüssel von einem Betreuer, einer Betreuerin auf 3,5 Kranke versorgt werden; es gibt momentan sechs Plätze.

Eine engere Vernetzung der bestehenden ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen für psychisch kranke Menschen wurde umgesetzt, muss jedoch noch verbessert werden.

Die staatlichen Zuschüsse für die PSKB (Beratungsstelle) für psychisch kranke Menschen sind „eingefroren“ worden. Hier ist die Personalsituation leicht zurückgegangen. In diesem Bereich ist eher ungewiss, wie sich der Dienst aufgrund knapper Kassen und den Veränderungen, die der § 93 BSHG ff mit sich bringt, entwickeln wird.

Aber auch nach wie vor bestehende Defizite sollen nicht unerwähnt bleiben.

Die Einrichtung eines Krisendienstes, der in Notfallsituationen den Angehörigen von psychisch kranken Menschen und den Betroffenen auch nachts und an den Wochenenden zur Verfügung steht, konnte bislang nicht umgesetzt werden. Die Mittel für die Finanzierung eines solchen Dienstes werden auch in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Im Bereich Betreutes Einzelwohnen besteht trotz personellen Ausbaus nach wie vor ein Defizit. Es gibt immer noch psychisch kranke Menschen, die nicht ausreichend versorgt sind. Besonders im Bereich der älteren und alten psychisch kranken Menschen ist eine große und ernstzunehmende Versorgungslücke zu beobachten. Auch obdachlose psychisch kranke Menschen können in Darmstadt zum Teil nicht optimal versorgt werden. Die Tagesstätte für psychisch kranke Menschen des Caritasverbandes ist momentan mit 18 Plätzen ausgestattet, diese werden am Ende des Jahres um 6 weitere Plätze aufgestockt. Es ist aber schon jetzt absehbar, dass diese Aufstockung nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken. In Darmstadt wäre eine Tagesstätte mit ca. 45 Plätzen angemessen.

### **8.3 Pflegebedürftigkeit**

„Pflegebedürftigkeit gleich sozialhilfebedürftig“ – diese Gleichung galt vor Einführung der Pflegeversicherung in Deutschland immerhin für rund 400.000 Menschen ab 60 Jahren. Die Sozialhilfestatistik teilte sie auf in Personen „in besonderen Lebenslagen“, die im Laufe des Jahres 1994 vollstationäre Hilfe (287.000), teilstationäre (1.800) oder ambulante Hilfen benötigten.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1994 war die Hoffnung verbunden, dass sich diese Situation verändern würde und mit den Leistungen der Pflegeversicherung einerseits eine Entlastung der Sozialhilfe andererseits aber auch eine wesentliche

finanzielle Besserstellung der pflegebedürftigen Menschen erreicht würde. Nach 5 Jahren Pflegeversicherung müssen jedoch die darmstädter Verbände feststellen, dass sich für die pflegebedürftigen Menschen dieser Stadt keine tiefgreifenden Verbesserungen ergeben haben.

Gründe hierfür sind:

- Das vom Gesetz vorgegebene Leistungsangebot ist eng begrenzt und entspricht keineswegs den Anforderungen pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Pflegeversicherung verkürzt das, was ein pflegebedürftiger Mensch braucht, auf rein körperbezogene Verrichtungen der Hygiene, der Ernährung und der damit verbundenen Abläufe.  
Bedürfnisse nach Kommunikation, nach Kontakt mit anderen Menschen oder ähnliche Bedürfnisse an sozialem, emotionalem und geistigem Erleben kommen als Begründung für den Anspruch auf Pflegeversicherungsleistungen nicht vor. Und Hilfen für Menschen, die diesen Bedürfnissen nicht aus eigener Fähigkeit heraus nachgehen können, gehören – zumindest in der ambulanten Pflege – auch nicht zum Leistungskatalog. Darüber hinaus erschweren eine restriktive Auslegung der gesetzlichen Leistungspflicht seitens der Krankenkassen und veränderte Leistungsvoraussetzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung zunehmend eine häusliche Krankenpflege, die dem Hilfe- und Versorgungsbedarf der zu Hause lebenden kranken und pflegebedürftigen Menschen gerecht wird. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die altersverwirrten Menschen, die aufgrund von Unruhe- und Angstzuständen, Orientierungslosigkeit oder dem Drang zum Weglaufen einen besonders hohen und intensiven Betreuungs- und Pflegebedarf haben.
- Die Pflegeversicherung stattet den Pflegebedürftigen mit Kaufkraft aus und überantwortet ihn dem Markt. Dieser Markt wird aber weit weniger bestimmt durch die Orientierung an den individuellen Bedürfnissen von Menschen und der Wahrung ihrer Würde als von den Regulierungsmechanismen in der Hand der Kostenträger. Diese erzwingen im Blick auf ihre eigenen Kassen mit den Mitteln des Preiswettbewerbs Rationalisierung und Standardisierung. Tatsächlich aber verfügen pflegebedürftige Menschen nur selten über die Kompetenzen, ihre Bedürfnisse und Beschwerden deutlich zu formulieren, verschiedene Angebote zu vergleichen, ihren Leistungsanspruch und ihre Rechte einzufordern und als selbstbewusster „Kunde“ aufzutreten.
- Die demographische Entwicklung weist auf einen erheblichen Anstieg des Bevölkerungsanteils älterer Migrant/innen hin. Derzeit leben in der Bundesrepublik nahezu eine halbe Million Migranten im Alter von 60 und mehr Jahren, in der Stadt Darmstadt waren es (Ende 1998) 1.437 Personen. Prognosen zufolge wird diese Zahl bis zum Jahr 2010 auf das Zweieinhalbfache und bis zum Jahr 2030 um das Viereinhalbfache ansteigen.

Aufgrund von Veränderungen in den Familienbeziehungen und –strukturen und dem hohen Anteil Alleinstehender ist absehbar, dass künftig ältere Migrantinnen und Migranten auf die Dienste der Altenhilfe angewiesen sein werden.

Eine Öffnung der Träger ambulanter und stationärer Einrichtungen für die Gruppe der älteren Migrantinnen und Migranten hat in Darmstadt bisher kaum stattgefunden. Eine Ausnahme ist das sogenannte Now-Projekt, getragen von dem Arbeitszentrum für Fort- und Weiterbildung (AFE) des Elisabethenstiftes. Im Rahmen dieses Projektes werden pflegende Angehörige älterer türkischer Migrantinnen und Migranten betreut.

Auch in Zukunft darf die Verantwortung für pflegebedürftige Menschen weder ausschließlich auf die Politik, noch ausschließlich auf Institutionen und auf berufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter delegiert werden, ebenso wenig dürfen pflegende Angehörige mit ihren Aufgaben allein gelassen werden.

Um pflegebedürftigen Menschen ein sozial integriertes, beachtetes und geachtetes Leben zu ermöglichen, bedarf es noch stärker der Unterstützung durch freiwilliges soziales Engagement.

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege in Darmstadt arbeiten an der Umsetzung solcher Projekte und werden die Förderung eines bürgerschaftlichen Engagements, das die bestehenden Defizite in der Betreuung und Pflege alter Menschen abbaut, zu einem Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit machen.

Im Altenplan der Stadt Darmstadt von 1986 ist bereits festgestellt worden, dass zwar ein umfassendes Angebot an Dienstleistungen für Senioren besteht, die Informationen darüber aber in der Bevölkerung nur unzureichend sind. Diese Situation hat sich durch die geschilderte Entwicklung nach Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes noch verschärft.

Durch die Vielzahl der Anbieter ambulanter, aber auch teilstationärer und stationärer Altenpflege- und Altenwohneinrichtungen wird der Zugang zu den geeigneten und bedarfsorientierten Hilfeleistungen erschwert.

Der Arbeitsaufnahme der vom Magistrat im April 1999 beschlossenen Beratungs- und Koordinierungsstelle (BEKO) wird daher große Bedeutung beigemessen.

Ein großer Teil der Kompetenzen für eine interkulturelle Altenarbeit ist bereits in unterschiedlicher Weise in den Systemen Altenhilfe und Migrationsarbeit vorhanden. Eine Vernetzung dieser beiden Bereiche ist für die Zukunft dringend erforderlich. Voraussetzung hierfür ist eine Bereitschaft bei Trägern ambulanter und stationärer Altenpflegeeinrichtungen sich diesem Thema zu öffnen.

Es ist dringend erforderlich ein spezifisches Weiterbildungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entwickeln. Ältere Migrantinnen und Migranten sind in die Vorbereitung einzubeziehen. Das Angebot der ambulanten und stationären Trägern muss auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten ausgerichtet sein. Erforderlich ist die Ausbildung und Einstellung von bilingualem und bikulturellem Personal. Es bedarf einer Beratungs- und Clearingstelle für ältere Migrantinnen und Migranten, die in die geplanten Beratungs- und Koordinierungsstelle zu integrieren ist.

#### **8.4 Die Förderung der Selbsthilfe**

Für die Umsetzung einer modernen Gesundheitspolitik gilt es zu bedenken, dass auch in solch reichen Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor erhebliche, sozial bedingte, ungleiche Gesundheitschancen existieren. Teilt man die Bevölkerung nach Kriterien wie Bildung, Einkommen, berufliche Stellung in fünf gleich große Gruppen ein, so zeigt sich im groben Durchschnitt, dass für Angehörige des untersten Fünftels in jedem Lebensalter das Risiko ernsthafter Erkrankungen oder vorzeitigen Todes ungefähr doppelt so hoch ist wie für Angehörige des obersten Fünftels.

Will man also Strategien gegen soziale Ungleichheit und Benachteiligung entwickeln, so muss insbesondere dem Personenkreis der chronisch kranken und behinderten Menschen besonderes Augenmerk gelten.

Soziale Ungleichheiten und die sich daraus ergebenden Risiken, wie beispielsweise gesundheitsschädigende Bedingungen in der Umwelt und der Arbeitswelt – auch psychosomatische Belastungen durch Arbeitslosigkeit – bilden die eigentlichen Ansatzpunkte für eine gesundheitsfördernde Politik.

Einen wichtigen Beitrag im Gesundheitssystem leisten Selbsthilfegruppen, in denen sich Menschen aus persönlichem Anlass freiwillig und selbstbestimmt für ihre gesundheitlichen und sozialen Belange engagieren.

Von ihrem persönlichen Engagement profitieren zunächst einmal sie selbst und die Menschen, denen sie in ihrer Gruppenarbeit begegnen. Die Wirkung der Selbsthilfegruppenarbeit reicht jedoch viel weiter: In die alltägliche Umgebung der Selbsthilfegruppen-Mitglieder, in die Arbeitswelt, in Arztpraxen, Kliniken und andere Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung sowie in die öffentliche Sozial- und Gesundheitspolitik.

Hilfe zur Selbsthilfe hat in Deutschland Konjunktur. Rund 2 Millionen chronisch kranke und behinderte Menschen sind in etwa 47.000 Selbsthilfegruppen und 80 bundesweiten Gesundheitsselbsthilfeorganisationen engagiert.

Führt man sich allerdings vor Augen, dass ca. 10 % der deutschen Bevölkerung chronisch krank ist, dann deutet dies darauf hin, dass es im Bereich der Selbsthilfe noch ein beträchtliches Entwicklungspotential gibt. Insbesondere gilt dies für benachteiligte Gruppen und Schichten der Bevölkerung, Schichten, die gekennzeichnet sind durch Merkmale wie:

- geringes Einkommen
- geringen Bildungsstand
- geringe Teilhabe
- schwache Unterstützung durch soziale Netze
- geringen politischen Einfluss, sowohl individuell als auch als Gruppe

Es ist nachgewiesen, dass die Bereitschaft, sich einer Selbsthilfegruppe anzuschließen, mit zunehmender Informiertheit über die Selbsthilfe wächst.

Einer der wesentlichen Gründe für die Nichtnutzung von Selbsthilfeangeboten ist der Mangel an entsprechenden infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere personeller Ressourcen, in den einzelnen Städten und Landkreisen.

In Darmstadt konnte, auch durch die Unterstützung des Magistrats, eine Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen in freier Trägerschaft errichtet werden. Diese Einrichtung ist mit einer halben Personalstelle ausgestattet. Mit der Einrichtung dieser Stelle wurde eine Forderung des Armutsberichtes aus dem Jahr 1995 umgesetzt.

Die finanzielle Grundlage dieser Stelle steht ebenso wie die der anderen ca. 230 Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen in Deutschland auf bedrohlich wackeligen Füßen. Und dies, obwohl unter allen Fachleuten und Politikerinnen und Politikern Konsens darüber herrscht, dass die gegenseitige Beratung und Unterstützung aus der eigenen Betroffenheit heraus eine unverzichtbare Säule des Gesundheitssystems darstellt. Darüber hinaus ist der ökonomische Nutzen der Selbsthilfe unbestritten.

Selbsthilfe erwirtschaftet Einsparungen bei den sonst notwendig werdenden Leistungen des Gesundheits- und Sozialsystems. In diesem Zusammenhang gehen Schätzungen davon aus, dass durch die unentgeltliche Leistungen der Bürgerinnen und Bürger die Einsparungen ca. das 3,3fache der in die Selbsthilfe investierten Mittel ausmachen.

Um die Selbsthilfearbeit auch benachteiligten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen und zu erschließen, bleibt eine Ausweitung der Angebote und eine Aufwertung der Selbsthilfe weiterhin ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel.

## 9. Zusammenfassung und fachpolitische Stellungnahme

### 9.1 Kurzfassung der Ergebnisse und der Maßnahmen zur sozialen Sicherung

- Die **Fallbeispiele** dokumentieren exemplarisch, dass der Ausstieg aus der Sozialhilfe gelingen kann, dass sich die Lebensqualität auch mit Sozialhilfebezug verbessern kann, dass es aber auch Familien gibt, deren sozialer Abstieg unaufhaltsam zu sein scheint.
- Die Anzahl der Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, ist im Untersuchungszeitraum noch einmal drastisch angestiegen: Es waren Ende 1998 8.783 Menschen und damit 1.859 mehr als noch drei Jahre zuvor (+ 27 %). Bezogen auf die **Sozialhilfedichte** (von 5,1 % auf 6,5 %) bedeutet eine Zunahme um 1,8 Prozentpunkte eine Steigerung von 38 %.
- Die enormen Steigerungen der „Fallzahlen“ waren eine große Herausforderung und Belastung für die Mitarbeiter/innen in der Sozialverwaltung. Im Rahmen der Bemühungen um Verwaltungsreform konnte trotzdem eine deutliche Verbesserung für die Hilfesuchenden erreicht werden. Für die gesamte Sozialverwaltung wurde die **Vergabe von Terminen** eingeführt. Damit entfielen die - von den freien Trägern im letzten Bericht kritisierten - langen Wartezeiten. 1997 bezog die Sozialverwaltung das **neue Stadthaus in der Frankfurter Straße** und verfügt seit dem über ein offenes, modernes Verwaltungsgebäude. 1998 wurde das **Fachpersonal** in der Abteilung Allgemeine Sozialhilfe deutlich **aufgestockt**.
- Die Hälfte aller **Bedarfsgemeinschaften** erhielt erstmalig in den letzten zwei Jahren (1997/98) Hilfe zum Lebensunterhalt. 20 % der Hilfebedürftigen standen zum Stichtag seit fünf und mehr Jahren im Hilfebezug.
- In der von der Steigerung überproportional betroffenen Gruppe der Kinder und Jugendlichen (Durchschnitt der Sozialhilfedichte bei den Minderjährigen: 14,3 %) drückt sich die zunehmende **Armut von Familien** aus. Die **Sozialhilfedichte von Migrantinnen/Migranten** ist mit 14 % fast drei mal so hoch wie die der deutschen Bevölkerung (5,2 %). Bei den minderjährigen Migrantinnen und Migranten beträgt die Sozialhilfedichte sogar 25,6 %, d. h. jeder/jede vierte ist auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Dieses Ergebnis findet sich auch in der überproportionalen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wieder.
- Fast alle **alleinerziehenden Sozialhilfeempfänger** in Darmstadt sind Frauen, überwiegend sind es Frauen mittleren Alters mit zwei und mehr Kindern. Im Zusammenhang mit Überschuldung sind alleinerziehende und geschiedene Frauen einem höheren Risiko ausgesetzt als Männer. Jüngere Altersgruppen und ihre Kinder sind in der Hauptsache von Überschuldung betroffen.
- Die **regionalen Unterschiede** innerhalb Darmstadts haben sich weiter verschärft. Das betrifft vor allem Kranichstein Süd und Eberstadt Süd mit Sozialhilfedichten von über 20 %. In beiden Vierteln ist, von der ohnehin ungünstigen Ausgangslage von 1995, eine dramatische Verschlechterung eingetreten. Der Stadtteil Kranichstein ist in seiner Gesamtheit mit der höchsten Sozialhilfedichte belastet (17,1 %). In der Kirchtannensiedlung ist die Überschuldungsquote fast drei mal so hoch wie im städtischen Durchschnitt.

- Die Entwicklungen in den bereits 1995 sozial extrem belasteten Stadtteilen wurden in Folge des ersten Armutsberichts in **regionalisierten Sozialberichten** gesondert untersucht:
  - 1996 mit dem Sozialbericht Kirchtannensiedlung, 1998 aktualisiert durch den Entwicklungsbericht Kirchtannensiedlung
  - 1997 mit dem Sozialbericht Kranichstein
  - 1998 mit dem Sozialbericht Waldkolonie

Diese Berichte zeichnen sich durch eine hohe Praxisrelevanz aus. Es wurden nicht nur Daten analysiert, sondern mit Hilfe von Experteninterviews die soziale Problemlage beschrieben und vor allem auch Lösungsansätze aufgezeigt und teilweise umgesetzt.

- Auch die in der fachpolitischen Stellungnahme des ersten Armutsberichts geforderte Schaffung von Voraussetzungen für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung wurde vom Magistrat eingelöst. Seit 1997 verfügt die Sozialverwaltung über eine Vollzeitstelle für die **Koordination der Sozial- und Jugendhilfeplanung**. Zu den Aufgabenschwerpunkten gehört die Sozialberichterstattung. 1999 konnte eine neue Software erworben werden, die künftig noch detailliertere Analysen erlaubt, insbesondere im Bereich der Beschäftigungsförderung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern.
- Eberstadt-Süd wurde in das Bund-Länder-Programm „**Soziale Stadt**“ aufgenommen. Erste Ergebnisse sind bereits sichtbar, neue Räume für Jugendliche, verbesserter Service für die Mieter des Bauvereins, umsetzungsreife Pläne für Umfeldverbesserungen im Bereich von Schule und Kindergarten und vor allem: die Bürgerinnen und Bürger haben die Probleme selbst in die Hand genommen und arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen mit an der Verbesserung ihres Stadtteils. Es wurden große finanzielle Anstrengungen zur Sanierung der sozialen Brennpunkte in der Rodgaustraße und im Akazienweg unternommen, um die Wohnungen dort in einem Langzeitprogramm an die Standards des sozialen Wohnungsbaus anzugleichen. Der Antrag, auch Kranichstein in das Programm „Soziale Stadt“ aufzunehmen, ist auf den Weg gebracht (Ende 1999).
- Die **Arbeitslosenzahlen** haben seit 1995 zugenommen. Erstmals 1998 gab es einen Rückgang, der sich bei den Sozialhilfezahlen aber - wenn überhaupt - vermutlich erst mit einer zeitlichen Verzögerung niederschlagen wird. Im Dezember 1998 waren noch 5.592 Männer und Frauen arbeitslos.
- Besonders dramatisch für die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ist, dass die **Beschäftigungschancen** von un- und angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in Darmstadt in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen haben. An dieser Entwicklung setzen die Maßnahmen zur **Beschäftigungsförderung** an: Mit Orientierungslehrgängen, Qualifizierungsmaßnahmen und Praktika sollen die individuell vorhandenen Kenntnisse und Fertigkeiten an den Bedarf des Arbeitsmarktes angepasst werden. Auf der anderen Seite wird versucht, auch Arbeitsplätze mit relativ niedrigen Qualifikationsanforderungen zu finden, die diesem Personenkreis überhaupt einen Wiedereinstieg ins Berufsleben vermittelt.
- Eine der Empfehlungen des 1. Armutsberichtes, auf kommunaler Ebene Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Koordinierungsstelle zu schaffen, ist mit der Einrichtung der **kooperativen Beschäftigungsförderung** umgesetzt worden.

Der jährliche Etat für die Beschäftigungsförderung wurde seit 1995 Jahr für Jahr ausgeweitet und beträgt mittlerweile 5,5 Millionen DM. 453 Personen konnten bis 1999 direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, fast 500 fanden zunächst im zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigung, über 500 Personen konnten Qualifizierungs- und Orientierungslehrgänge unterschiedlichster Art sowie Praktika angeboten werden.

- Auch Trends auf dem **Wohnungsmarkt** unterliegen einer bundesweiten Entwicklung. In Darmstadt sind Mieten und bestimmte Teile der Nebenkosten in den letzten Jahren stärker als andere Lebenshaltungskosten gestiegen. Insbesondere sind von dieser Entwicklung Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen. Die höhere Miete kann dann zum Armutsrisiko werden, wenn sich die soziale Situation durch Arbeitslosigkeit, hohe Kinderzahl, niedrigeres Einkommen oder Trennung und Scheidung drastisch verschlechtert.
- Der im Armutsbericht 1995 befürchtete dramatische Rückgang an **Sozialwohnungen** ist so nicht eingetreten, weil in umfangreichem Maße Wohnungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen und somit der Verlust annähernd kompensiert werden konnte.
- Die Zahl der **Wohnungssuchenden**, die sich an die städtische Wohnungsvermittlungsstelle wandten, ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Junge Ehepaare, Migrantinnen und Migranten stellen das Gros der Wohnungssuchenden.
- Anhand der Analyse der Sozialhilfedichten in Kombination mit dem Anspruch auf **Wohngeld** gibt es drei statistische Bezirke in Darmstadt, in denen das höchste Risikopotential für steigende Sozialhilfeszahlen liegt: das Stadtzentrum, Martinsviertel-Ost und Kranichstein Nord. Die geringsten Veränderungen in der Miethöhe oder die Zunahme von Arbeitslosigkeit können in diesen Bezirken leicht zu einer Zunahme von Anspruchsberechtigten führen. Die kleinräumige Analyse des „Tabellenwohngeldes“ war im ersten Armutsbericht noch nicht möglich, eine Qualitätsverbesserung im Bereich der statistischen Analysen ist nun erreicht.
- Die Stadt Darmstadt hat - auch das war eine Empfehlung aus dem letzten Armutsbericht - eine **Wohnungssicherungsstelle** eingerichtet und in den Jahren 1998/1999 ein neues **Konzept für die Unterbringung von Obdachlosen** verabschiedet und mit deren Umsetzung begonnen. Es entstanden:
  - eine Unterkunft, vorwiegend für Personen mit Alkoholproblemen sowie psychisch Kranken
  - eine Unterkunft, vorwiegend für Personen mit Drogenproblemen
  - eine Unterkunft für Familien mit Kindern
  - ein Übernachtungsheim für Frauen.
- Um die Wohnsituation in den **traditionellen sozialen Brennpunkten** nachhaltig zu verbessern, soll langfristig eine Anhebung an die Standards des sozialen Wohnungsbaus erreicht werden. Als erste entscheidende Schritte wurden:
  - in der Rodgaustraße 11 Reihenhäuser erstellt, die im Frühjahr 1998 bezogen werden konnten
  - im Akazienweg 1999 mit der Vorbereitung der Sanierung für vier Häuser begonnen; die Sanierung ist für 2000 vorgesehen.

- Im Bereich von Gesundheit und Armut wurde im letzten Armutsbericht vor allem auf die Unterversorgung der Drogenabhängigen in Darmstadt hingewiesen. Es fehlten niedrigschwellige Angebote. Der **Kommunale Präventionsrat** griff dieses Thema auf und erarbeitete für die Stadt Darmstadt ein **Drogenpolitisches Konzept**, das 1998 von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde. Eine Reihe von Forderungen aus diesem Konzept wurden bereits umgesetzt:
  - Kontaktladen (1996)
  - Streetworker (1997) zur aufsuchenden Arbeit „rund um den Luisenplatz“
  - Substitutionsambulanz mit 40 Plätzen (1998), Aufstockung auf 60 (geplant für 2000)
  - Öffnungszeiten der Drogenberatung „Scentral“ täglich 10.00 bis 18.00 Uhr ab dem Jahr 2000
- Über die Zunahme der Zahl **psychisch kranken Menschen** wird von den sozialen Diensten berichtet. Positiv ist, dass es:
  - seit Ende 1998 ein Beschäftigungsprojekt für psychisch Kranke in der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle gibt
  - der Sozialpsychiatrische Verein eine Wohnrichtung für intensiv betreutes Einzelwohnen mit sechs Plätzen eingerichtet hat.
- Die Anzahl der **Selbsthilfegruppen** nimmt von Jahr zu Jahr zu. Mit der Einrichtung einer **Kontakt- und Informationsstelle** durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband 1995, die auch von der Stadt finanziell unterstützt wird, wurde eine weitere Forderung des Armutsberichtes erfüllt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

- dass zwar leider die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Berichtszeitraum noch einmal erheblich zugenommen hat, eine Entwicklung, auf die die Stadtverwaltung kaum Einfluss hat,
- dass die Instrumente und die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung geschaffen und ausdifferenziert wurden,
- dass mit Hilfe der Sozialberichterstattung, die immer auch Fachleute von freien Trägern und aus den jeweiligen Stadtteilen mit einbezieht, eine praxisorientierte Politikberatung erfolgte und
- dass, gewissermaßen als erfreulichstes Ergebnis, eine Vielzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Absicherung und Weiterentwicklung des sozialen Netzes in Darmstadt auch umgesetzt wurde.

## 9.2. Fachpolitische Stellungnahme und Empfehlungen

### 9.2.1 Sozialpolitische Konsequenzen auf kommunaler Ebene

Selbst wenn die Prognose stimmt, dass Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug mehr und mehr zu einer gesellschaftlichen „Normalität“ umgedeutet werden und langfristig dadurch sich bereits schon jetzt abzeichnende gesamtgesellschaftliche Probleme entstehen, denen nicht mehr über ein soziales Handeln begegnet werden kann, darf diese Entwicklung nicht zu sozialpolitischem Stillstand oder gar Resignation führen.

Ein zu starkes Auseinanderdriften von arm und reich kann letztlich den sozialen Frieden einer Stadt bedrohen.

Alle Maßnahmen, die

- der Vereinzelung entgegenstehen,
- Hilfe zur Selbsthilfe fördern,
- freiwilliges Engagement unterstützen,
- der drohenden Verelendung von Stadtvierteln begegnen,
- Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen,
- Personen, die aus der leistungsorientierten Arbeitsgesellschaft herausgefallen sind, unterstützen und ihnen trotzdem einen Platz in der Gesellschaft ermöglichen,
- der Überlebenshilfe dienen,
- der Beratung und Koordination über Hilfsangebote dienen und sie vernetzen,
- auf Prävention ausgerichtet sind,

müssen erhalten und zum Teil weiter ausgebaut werden. Das sind insbesondere:

#### Zu **Beschäftigung und Qualifizierung**

- Bedarfsorientierte Qualifizierungsangebote für von Armut Betroffene
- Ausbau und weitere Differenzierung des Beratungsangebotes der Beschäftigungsförderung
- Zusätzliche Arbeitsplätze im ersten und zweiten Arbeitsmarkt für besondere Zielgruppen, z. B. für Jugendliche und Langzeitarbeitslose
- Innovative Arbeitszeitmodelle zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, eventuell ein gesondertes Modell zur Betreuung der Kinder
- Vernetzung von arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsansätzen sowie fachliche Begleitung und Qualifizierung aller im Kontext Tätigen
- Neuordnung der Jugendberufshilfe in Darmstadt, um eine bessere Vernetzung und Kooperation im Interesse der Jugendlichen zu erreichen

#### Zur **Versorgung psychisch Kranker**

- Die Einrichtung eines Krisendienstes, der in Notfallsituationen den Angehörigen von psychisch kranken Menschen und Betroffenen auch nachts und an Wochenenden zur Verfügung steht (Der psychosoziale Beirat beschäftigt sich schon seit langem mit diesem Thema.).
- Wohnungsangebote für wohnungslose psychisch Kranke.

#### Zum **Wohnen**

- Versorgung von älteren Obdachlosen, die nicht mehr in Wohnung und Arbeit einzugliedern sind
- Betreutes Wohnen für Drogenabhängige
- Betreutes Wohnen für ältere Menschen
- Weiterführung der Sanierungsprogramme im Akazienweg zwecks Anhebung der Standards nach den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus.

### 9.2.2 Konsequenzen für die Sozialberichterstattung

Obgleich mit der Einführung der Sozialberichte und der Fortschreibung des Armutsberichtes Daten- und Informationslücken geschlossen werden konnten, haben sich auch neue Fragen gestellt und neue Defizite in den Datenbeständen gezeigt. Die Empfehlung, die Sozialberichterstattung weiterzuführen und weiter zu differenzieren, beruht auf der These, dass genauere Analysen Voraussetzung für noch bedarfsorientiertere Hilfen sein können. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

#### Zur **Sozialberichterstattung**:

- Sonderuntersuchung zu alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern durch Aktenauswertung im Sozialamt
- jährliche Berichterstattung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ zur Situation in Eberstadt und Kranichstein
- Analyse der Stadtteile/-viertel Darmstadts unter dem Aspekt der „Segregation“
- Ausdehnung der Sozialberichterstattung auch für Stadtteile mit überdurchschnittlich hohen Sozialhilfedichten (Prävention!).

#### Zur **Arbeitslosigkeit**:

- Strukturanalyse über Jugendliche, die keine Lehrstelle finden (wo wohnen sie, sind sie Sozialhilfeempfänger oder aus Sozialhilfe-Haushalten, welche Qualifikationen haben sie?)
- Analyse des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe nach kleinräumigen Gesichtspunkten

#### Zu **Migrantinnen und Migranten**:

In den statistischen Erhebungen werden die Migrantinnen und Migranten als soziale Gruppe nicht vollständig erfasst. Hinzu kommt, dass Migration nicht zu homogenen Lebenslagen führt. Differenzierungen sind nicht nur nach Nationalität, sondern auch nach Aufenthaltsdauer, dem Aufenthaltsstatus oder dem Zuzugsstatus erforderlich. Vieles spricht dafür, zumindest grob zwischen „alter Migration“ (vor 1990, hauptsächlich Arbeitsmigranten und ihre Familien) und „neuer Migration“ (nach 1990, hauptsächlich Bürgerkriegsflüchtlinge und Spätaussiedler) zu unterscheiden und die „alte Migration“, die teilweise in zweiter und dritter Generation hier ist, der „Kernbevölkerung“ zuzurechnen. Die rechtliche und soziale Lage der „neuen Migration“ ist dagegen prekärer. Sie findet schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt und kommt eher in Nischenplätzen unter. Dieses sind Thesen, die durch eine genaue Untersuchung zuerst überprüft werden müssten, denn es ist z.B. zu berücksichtigen, dass sich auch die soziale Lage für die „Kernbevölkerung“ drastisch verändert hat. Es sind Analysen zumindest folgender Punkte erforderlich:

- Differenzierte Untersuchung von Migrantinnen und Migranten nach Bildung, Einkommen, Aufenthaltsstatus und -dauer etc. in kleinräumiger Gliederung.
- Armut bei Migrantinnen und Migranten im Alter
- Situation der Kinder und Jugendlichen in Schule und Ausbildung
- Auswirkung kultureller Einflüsse auf die Erziehung und deren Bedeutung für die Integration (geschlechtsdifferenziert).

Mit die Erstellung eines Ausländer-/Aussiedlerberichtes bzw. Migrationsberichtes könnte das Interkulturelle Büro der Stadt Darmstadt, als die Fachinstanz, beauftragt werden. Voraussetzung wäre darüber hinaus, die Schulen zu veranlassen, auf Darmstadt bezogene Daten zu liefern.

### Zu **Gesundheit**

Es wird bundesweit bemängelt, dass es keine Verbindung zwischen der Sozialberichts- und der Gesundheitsberichterstattung gibt. Eine Kooperation zwischen dem Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik, Abteilung Statistik, und dem Gesundheitsamt Darmstadt ist in die Wege geleitet. Ergebnis hiervon soll ein kommunaler Gesundheitsbericht werden.

### Zum **Wohnen**

Bericht zum Wohnen in Darmstadt unter dem besonderen Blickwinkel von „Wohnen und Armut“. Die Komplexität der Thematik und ihre Tragweite für die Darmstädter Wohnbevölkerung legen einen gesonderten Bericht unter Federführung des Amtes für Wohnungswesen nahe.

Auch mit dem zweiten Armutsbericht ist die Hoffnung verbunden, dass sich die Darmstädter Öffentlichkeit und die politisch Verantwortlichen mit dem Thema Armut konstruktiv auseinandersetzen. Es geht nicht darum, Probleme zu beschreiben, sondern darum, Selbsthilfepotentiale und Ressourcen zu ihrer Lösung zu erschließen.

**Literaturverzeichnis**

Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik, Darmstadt in Zahlen, Darmstadt 1999

Peter Bartelheimer u. a., Armut am Main, Frankfurt 1994

Bundesanstalt für Arbeit, Geschäftsbericht 1998, Nürnberg 1999

Bundessozialhilfegesetz (BSHG)

Hessische Landesregierung, Dokumentation der Armutskonferenz vom 27.11.1998, Wiesbaden 1998

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ HEGISS, Wiesbaden 1999

Hessisches Statistisches Landesamt, Vierteljährliche Sozialversicherungsstatistik, Wiesbaden (fortlaufend)

Hessisches Statistisches Landesamt, Hessische Kreiszahlen 1/1998, Wiesbaden 1998

Hessisches Statistisches Landesamt, Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1994 bis 1998 nach Regionaleinheiten, Wiesbaden 1999

Hessisches Statistisches Landesamt, Die Sozialhilfe in Hessen 1998, Wiesbaden 1999

Hessisches Statistisches Landesamt, Verarbeitendes Gewerbe in Hessen, Wiesbaden 1999

HLT, Region Starkenburg: Stärken und Schwächen, Wiesbaden 1998

Interkommunaler Städtevergleich, Die HLU im Vergleich 1998, Kassel 1999

Magistrat der Stadt Darmstadt, Sozialdezernat, Armut in Darmstadt, Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/1995, Darmstadt 1995

Magistrat der Stadt Darmstadt, Magistratsbeschluss Nr. 0264, April 1996

Magistrat der Stadt Darmstadt, Sozialdezernat, Sozialbericht Kirchtannensiedlung, Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/1996, Darmstadt 1997

Magistrat der Stadt Darmstadt, Sozialdezernat, Sozialbericht Kranichstein, Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/1997, Darmstadt 1998

Magistrat der Stadt Darmstadt, Sozialdezernat, Sozialbericht Waldkolonie, Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/1998, Darmstadt 1999

Schellhorn/Jirasek/Seipp, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, 15. Auflage

Sozialverwaltung, Jahresbericht 1998/99 der Beschäftigungsförderung in Darmstadt, Darmstadt 1999

Statistisches Bundesamt, Preise, Fachreihe 17, Wiesbaden 1995 ff.

Statistisches Bundesamt, Einkommens-Verbraucherstichprobe 1998, Wiesbaden 1999

## Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

<b>Tabelle 1</b>	
Sozialhilfedichte in Darmstadt von 1992 – 1998	S. 15
<b>Tabelle 2</b>	
Sozialhilfedichte in ausgesuchten Städten zum 31.12.1998	S. 15
<b>Tabelle 3</b>	
Entwicklung verschiedener Ausgabearten der Stadt Darmstadt in 1000 DM	S. 16
<b>Grafik 1</b>	
Entwicklung der Ausgaben (1980 = 100)	S. 16
<b>Tabelle 4</b>	
Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Altersgruppen zum 31.12.1998	S. 17
<b>Grafik 2</b>	
Sozialhilfedichte nach Altersgruppen in Prozent	S. 17
<b>Tabelle 5</b>	
Einwohner/innen und Empf. von Sozialhilfe in Darmstadt nach Geschlecht zum 31.12.1998	S. 18
<b>Tabelle 6</b>	
Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Nationalitäten zum 31.12.1998	S. 19
<b>Grafik 3</b>	
Sozialhilfedichte nach der Nationalität zum 31.12.1998	S. 19
<b>Tabelle 7</b>	
Sozialhilfedichte in Darmstadt nach Altersgruppen und Nationalität zum 31.12.1998	S. 20
<b>Tabelle 8</b>	
Sozialhilfedichte der Ausländer/innen nach Altersgruppen und Geschlecht zum 31.12.1998	S. 20
<b>Tabelle 9</b>	
Struktur der Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt zum 31.12.1998	S. 23
<b>Tabelle 10</b>	
Bedarfsgemeinschaften der „Alleinerziehenden“ in Darmstadt zum 31.12.1998	S. 24
<b>Tabelle 11/Grafik 4</b>	
Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt nach Ursache des Sozialhilfebezuges zum 31.12.1998	S. 25
<b>Tabelle 12/Grafik 5</b>	
Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt nach dem Beginn des Sozialhilfebezuges zum 31.12.1998	S. 26
<b>Tabelle 13</b>	
Sozialhilfedichte in Darmstadt nach statistischen Bezirken zum 31.12.1998	S. 28
<b>Grafik 6</b>	
Darmstadt Sozialhilfedichte am 31.12.1998	S. 29
<b>Tabelle 14</b>	
Ratsuchende Personen der Schuldnerberatung im Jahr 1998 nach statistischen Bezirken	S. 32
<b>Grafik 7</b>	
Darmstadt Schuldnerberatung	S. 33
<b>Grafik 8</b>	
Langfristige Entwicklung der Arbeitslosen-Bestandszahlen in Darmstadt	S. 37
<b>Tabelle 15</b>	
Entwicklung der Arbeitslosen-Bestandszahlen und Arbeitslosenquote in Der Stadt Darmstadt	S. 38

<b>Grafik 9</b>	
Entwicklung der Arbeitslosen-Bestandszahlen in der Stadt Darmstadt 1996 bis 1998	S. 39
<b>Tabelle 16</b>	
Entwicklung des Wohnungsbestandes in Darmstadt 1988 – 1998	S. 46
<b>Tabelle 17</b>	
Wohnungsbestand in Darmstadt nach Anzahl der Räume zum 31.12.1998	S. 46
<b>Tabelle 18/Grafik 10</b>	
Öffentlich geförderte Wohnungen in Darmstadt nach statistischen Bezirken	S. 48
<b>Tabelle 19</b>	
Wohnungsbewerber/innen und vermittelte Wohnungen der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle	S. 50
<b>Tabelle 20/Grafik 11</b>	
Wohnungsbewerbungen in Darmstadt nach Art der gesuchten Wohnungen zum 31.12.1998	S. 51
<b>Tabelle 21</b>	
Personen mit Tabellenwohngeld in Darmstadt nach statistischen Bezirken zum 31.12.1998	S. 54
<b>Grafik 12</b>	
Darmstadt Personen mit Tabellenwohngeld zum 31.12.1998	S. 55